



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


06 | 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz regional: Südliche Weinstraße
Demografischer Wandel
Migrationshintergrund



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

Motiv: Burg Trifels

Vom 28. bis 30. Juni 2019 fand in Annweiler am Trifels im Landkreis Südliche Weinstraße der 35. Rheinland-Pfalz-Tag statt. Aus diesem Anlass wird der Kreis in der Reihe „Rheinland-Pfalz regional“ vorgestellt. Die Stadt Annweiler feiert in diesem Jahr zudem 800 Jahre Stadtrechte.

B e i l a g e : „Rheinland-Pfalz heute 2019“

06 | 2019

STATISTISCHE MONATSFESTE

72. Jahrgang

kurz + aktuell **365**

Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Einzelhandel
Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Soziales
Bildung ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik **379**

Verbraucherpreisindex **380**

Rheinland-Pfalz in Karten: Stärkste Partei bei der Europawahl
2019 nach Verwaltungsbezirken **381**

Rheinland-Pfalz regional: Landkreis Südliche Weinstraße **382**

Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz –
Fünfte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung **400**

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2017 **407**

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz **429**

Neuerscheinungen **445**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2019

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion sinkt im März 2019 deutlich

Der Index der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion ist im März 2019 deutlich gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 5,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Die Ausbringung war in allen drei industriellen Hauptgruppen rückläufig. Der Output der Vorleistungsgüterhersteller war im März um drei Prozent niedriger als im Februar. In der Investitionsgüterindustrie schrumpfte der Güterausstoß um 4,4 Prozent. Am stärksten fiel der Rückgang der bereinigten Produktion in der Konsumgüterindustrie aus (-20 Prozent).

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verzeichneten Einbußen: Der Output der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die Industriebranche mit dem höchsten Umsatz ist, verringerte sich im März um 4,2 Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die zur Investitionsgüterindustrie gehören und gemessen am Umsatz die zweitgrößte Branche bilden, drosselten ihre Produktion um sieben Prozent. Im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und unter den Industriebranchen an dritter Stelle steht, war der Güterausstoß um 5,9 Prozent geringer als im Februar.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	März 2019		Jan. bis März 2019	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Feb. 2019	März 2018	Jan. bis März 2018	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-5,1 % ↓	-15,9 % ↓	-11,1 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,0 % ↓	-1,3 % ↘	1,6 % ↗	
Investitionsgüterproduzenten	-4,4 % ↓	-3,7 % ↓	-2,3 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	-19,9 % ↓	-48,2 % ↓	-39,0 % ↓	
Chemie	-4,2 % ↓	-1,1 % ↘	2,5 % ↑	
Fahrzeugbau	-7,0 % ↓	3,7 % ↑	7,5 % ↑	
Maschinenbau	-5,9 % ↓	-16,2 % ↓	-14,5 % ↓	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	-2,1 % ↓	-14,4 % ↓	-14,6 % ↓	
Inland	-3,1 % ↓	-4,6 % ↓	-6,7 % ↓	
Ausland	-2,5 % ↓	-21,4 % ↓	-19,4 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,1 % ↘	-4,7 % ↓	-3,9 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	-7,1 % ↓	-15,2 % ↓	-17,0 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	14,7 % ↑	-37,2 % ↓	-36,2 % ↓	
Chemie	-0,3 % ↘	-4,3 % ↓	-3,3 % ↓	
Fahrzeugbau	-7,8 % ↓	-16,9 % ↓	-18,3 % ↓	
Maschinenbau	-12,0 % ↓	-22,1 % ↓	-21,3 % ↓	

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Zugleich lag die bereinigte Industrieproduktion im März 2019 deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-16 Prozent). Der Output der Konsumgüterindustrie ist – allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau – stark zurückgegangen. In der Vorleistungsgüterindustrie und in der Investitionsgüterindustrie gab es ebenfalls Einbußen. Von den drei größten Industriebranchen drosselten zwei ihre Produktion; nur in der Kraftwagen- und Kraftwagenteile-

industrie war die Ausbringung höher als im März 2018.

Weniger Auftragseingänge der Industrie im März

Im März 2019 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsinde um 2,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Aus dem In- und Aus-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



land gingen weniger Bestellungen ein als im Februar (-3,1 bzw. -2,5 Prozent).

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war das Ordervolumen rückläufig. Die Investitionsgüterindustrie verzeichnete kräftige Einbußen gegenüber dem Vormonat (-7,1 Prozent). Die bereinigten Auftragseingänge der Vorleistungsgüterhersteller nahmen um 1,1 Prozent ab. Einen deutlichen Anstieg der Bestellungen gab es hingegen in der Konsumgüterindustrie (+15 Prozent).

In den drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie lagen

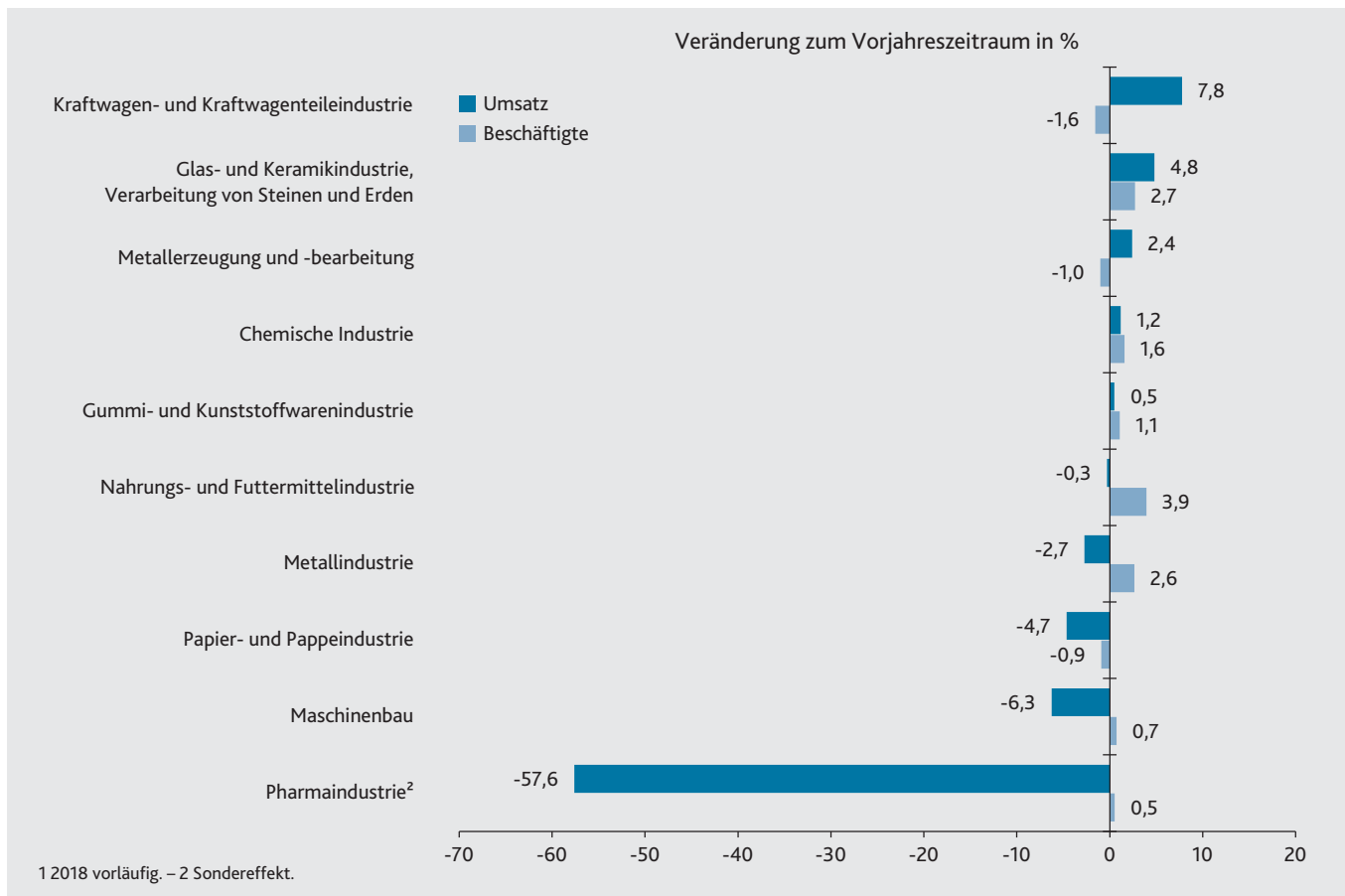
die bereinigten Auftragseingänge unter dem Niveau des Vormonats.

In der Chemieindustrie fiel die Nachfrage mit -0,3 Prozent nur etwas geringer aus als im Monat zuvor. Deutliche Rückgänge gab es in den beiden großen Bereichen der Investitionsgüterindustrie, im Maschinenbau sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Im Maschinenbau schrumpfte das Ordervolumen im März um zwölf Prozent. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die die zweitgrößte Industriebranche bilden,

gingen 7,8 Prozent weniger Bestellungen ein als im Februar.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ging die Nachfrage nach Industrieprodukten deutlich zurück. Im März 2019 lagen die bereinigten Auftrags-eingänge um 14 Prozent unter dem Niveau von März 2018. Vor allem das Auslandsgeschäft lief schlechter als ein Jahr zuvor, aber auch im Inland gab es Einbußen. Die Rückgänge erstreckten sich über alle drei Hauptgruppen. Auch in allen drei großen Industriebranchen fielen die Bestellungen geringer aus als im Vorjahresmonat.

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis März 2019¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Positive Beschäftigungsentwicklung in der Industrie hält an

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Industrie ist im März 2019 erneut gestiegen. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sie sich um rund 2 800 bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent).

Insgesamt waren im ersten Quartal 2019 rund 261 500 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018 erhöhte sich der Beschäftigtenstand um 1,5 Prozent (Deutschland: +1,9 Prozent). Gemessen an der Zahl der Beschäftigten wiesen sieben der zehn bedeutendsten Industriezweige eine positive Entwicklung auf. Das größte Plus verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,9 Prozent). Den größten Rückgang bei der Belegschaft gab es in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-1,6 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen von Januar bis März 2019 mit 24 Milliarden Euro um 3,9 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1,3 Prozent). Die inländischen Umsätze gingen um 2,8 Prozent und die Auslandsumsätze um 4,7 Prozent zurück. (Deutschland: +0,3 und 2,3 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag im ersten Quartal mit 57,6 Prozent um 0,5 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

In fünf der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse im

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	März 2019		Jan. bis März 2019
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Feb. 2019	März 2018	Jan. bis März 2018
Auftragseingang	-12,9 % ↓	-0,6 % ↘	5,0 % ↑
Hochbau insgesamt	-6,0 % ↓	5,5 % ↑	9,3 % ↑
Wohnungsbau	11,3 % ↑	1,4 % ↗	-0,2 % ↘
gewerblicher Hochbau	-7,0 % ↓	7,4 % ↑	14,5 % ↑
öffentlicher Hochbau	-43,0 % ↓	-33,1 % ↓	3,1 % ↑
Tiefbau insgesamt	-18,8 % ↓	-6,2 % ↓	0,9 % ↗
gewerblicher Tiefbau	-3,7 % ↓	21,4 % ↑	36,7 % ↑
Straßenbau	-27,7 % ↓	-33,7 % ↓	-9,6 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	21,8 % ↑	6,8 % ↑	-12,6 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-2,1 % ↓	13,3 % ↑	11,4 % ↑
Hochbau insgesamt	-3,7 % ↓	14,9 % ↑	13,6 % ↑
Wohnungsbau	-6,1 % ↓	14,3 % ↑	10,5 % ↑
gewerblicher Hochbau	-3,0 % ↓	25,1 % ↑	22,9 % ↑
öffentlicher Hochbau	3,2 % ↑	0,5 % ↗	0,7 % ↗
Tiefbau insgesamt	1,4 % ↗	17,1 % ↑	10,8 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-0,5 % ↘	-0,5 % ↘	-1,3 % ↘
Straßenbau	2,5 % ↑	17,9 % ↑	11,6 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	0,6 % ↗	32,7 % ↑	20,9 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

ersten Quartal 2019 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+7,8 Prozent). Dahinter folgte die Glas- und Keramikindustrie (+4,8 Prozent). Den größten Rückgang verzeichnete die Pharmaindustrie (-58 Prozent).

Die gegenwärtige Entwicklung in der Pharmaindustrie wird von Sondereffekten überlagert und spiegelt nicht die allgemeine Entwicklung der Branche wider. Ohne Einbeziehung der Pharmaindustrie stieg der Umsatz der rheinland-pfälzischen Industrie um 0,9 Prozent (Inland: -2,1 bzw. Ausland: +3,3). Die Exportquote lag ohne die Pharmaindustrie mit 56,9 Prozent

um 1,3 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im ersten Quartal höher als im Vorjahr

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im März 2019 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum Februar 2019 – kalender- und saisonbereinigt – um 13 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich um 2,1 Prozent. Gegenüber dem ersten Quartal 2018 verbesserte sich dagegen das Ordervolumen um fünf Prozent, der Umsatz zog um elf Prozent an.

Im Vergleich zum Februar 2019 blieben die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–19 Prozent). Im Hochbau gab es ebenfalls eine geringere Nachfrage (–6 Prozent). Die stärksten Auftragseinbußen verzeichneten der öffentliche Hochbau sowie der Straßenbau (–43 bzw. –28 Prozent). Für den sonstigen öffentlichen Tiefbau sowie für den Wohnungsbau errechnen sich kräftige Auftragszuwächse (+22 bzw. +11 Prozent). Gegenüber dem ersten Quartal 2018 wurde im Hochbau eine deutliche Nachfragesteigerung registriert (+9,3 Prozent). Im Tiefbau gab es eine leichte Verbesserung (+0,9 Prozent).

Im Vergleich zum Februar 2019 gingen die bereinigten Erlöse im Hochbau um 3,7 Prozent zurück. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen eine leichte Umsatzsteigerung (+1,4 Prozent). Die stärksten Einbußen gab es

im Wohnungsbau sowie im gewerblichen Hochbau (–6,1 bzw. –3 Prozent). Im öffentlichen Hochbau und im Straßenbau übertrafen die Erlöse das Vormonatsergebnis (+3,2 bzw. +2,5 Prozent). Gegenüber dem ersten Quartal 2018 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftig (+14 bzw. +11 Prozent).

Deutlich mehr neue Wohnungen im Jahr 2018

Im Jahr 2018 wurden in Rheinland-Pfalz 25 Prozent mehr Neubauwohnungen fertiggestellt als im Jahr zuvor. Es entstanden fast 13 320 Wohnungen in 6 387 neuen Wohngebäuden.

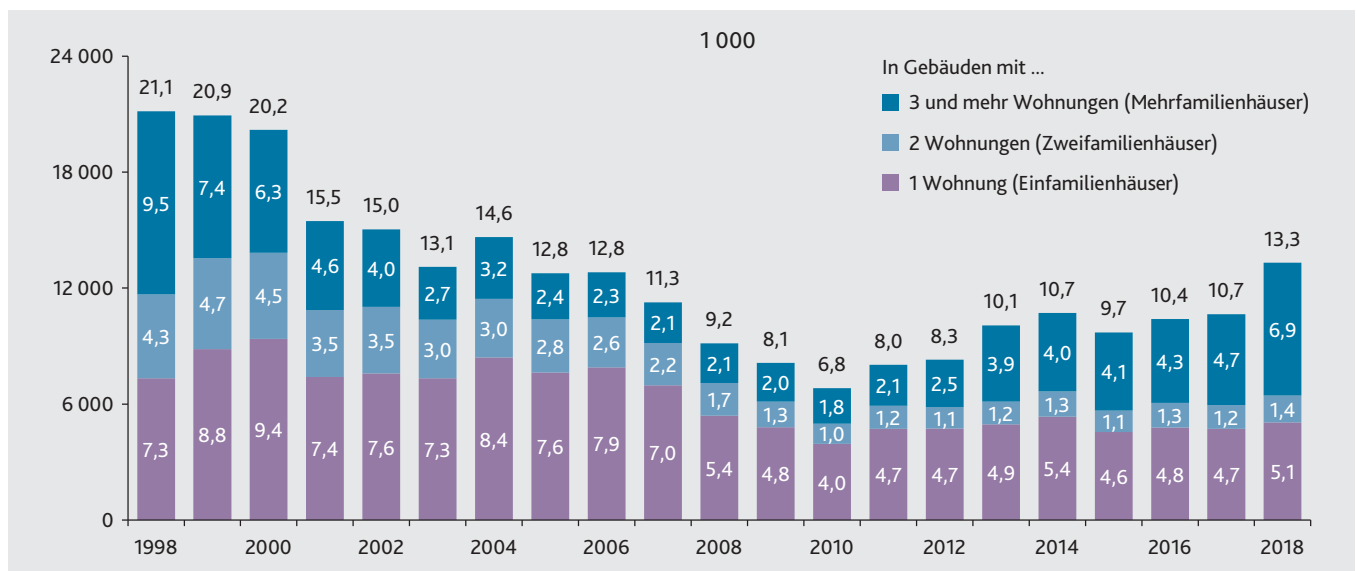
Gut die Hälfte der Wohnungen entfiel auf Mehrfamilienhäuser, zu denen auch Wohnheime zählen (6 876 bzw. 52 Prozent). In Einfamilienhäusern entstanden 5 060 Wohnungen (38 Prozent), in Zweifamilienhäusern

wurden 1 384 Wohnungen fertiggestellt.

Landesweit wurden durchschnittlich 33 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner fertiggestellt. Den höchsten Wert wies der Landkreis Mainz-Bingen mit 73 Wohnungen auf, den zweithöchsten Wert – gleichzeitig den höchsten unter den kreisfreien Städten – die Landeshauptstadt Mainz mit 64 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die niedrigsten Werte verzeichneten die kreisfreien Städte Frankenthal mit 4,2 und Pirmasens mit neun Wohnungen. Der drittniedrigste Wert – zugleich der niedrigsten unter den Landkreisen – errechnete sich für den Landkreis Altenkirchen mit 9,2 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Im Jahr 2018 hat sich die Dominanz der neuen Wohngebäude mit Wärmepumpenheizung weiter verstärkt.

Errichtung neuer Wohnungen 1998–2018 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



Über 51 Prozent der fertiggestellten Neubauten hatten eine Wärmepumpe als primäre Heizquelle (2008: 23 Prozent), nur noch gut 35 Prozent Gas. Im Jahr 2008 lag der Gasanteil noch bei knapp 60 Prozent. Ölheizungen sind bei Neubauten mittlerweile nahezu bedeutungslos. Im Jahr 2018 wurde nur in weniger als ein Prozent aller Neubauten eine Ölheizung installiert.

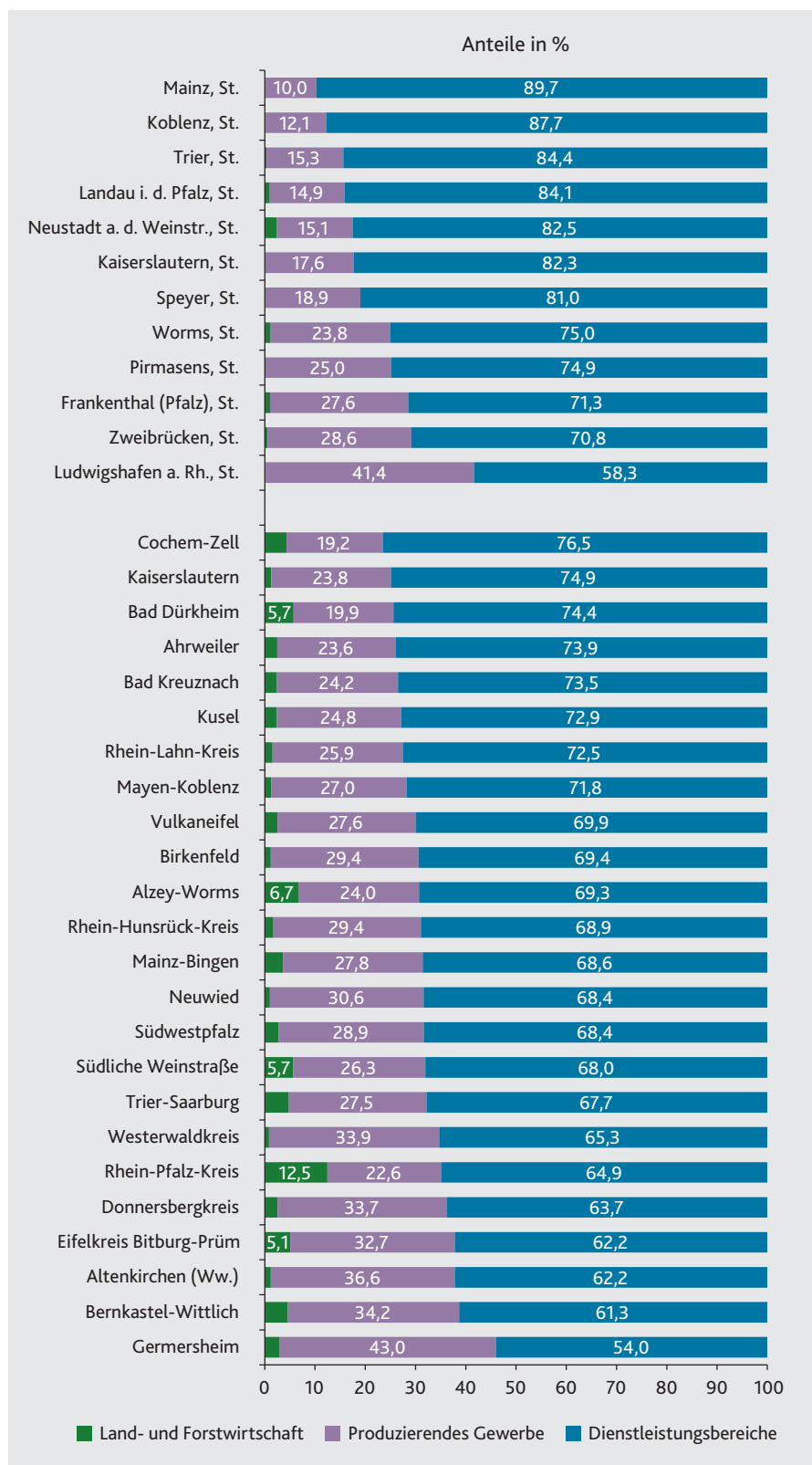
Erwerbstätigkeit legt in fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten zu

Die Zahl der Erwerbstätigen ist in den Landkreisen mit +1 Prozent etwas stärker gestiegen als in den kreisfreien Städten mit +0,9 Prozent. In den meisten kreisfreien Städten und Landkreisen nahm die Erwerbstätigkeit zu; lediglich in der kreisfreien Stadt Trier sowie den Landkreisen Mayen-Koblenz und Südwestpfalz nahm sie leicht ab. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz 2017 um ein Prozent auf gut zwei Millionen.

Von den Erwerbstätigen arbeiteten 1,26 Millionen bzw. 62 Prozent in den 24 Landkreisen und rund 760 000 Millionen bzw. 38 Prozent in den zwölf kreisfreien Städten. Knapp ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz konzentrierten sich auf die Städte Mainz, Ludwigshafen und Koblenz. Unter den Landkreisen gab es die meisten Arbeitsplätze im Westerwaldkreis sowie in Mayen-Koblenz.

Typischerweise ist die Arbeitsplatzdichte in den kreisfreien Städten

Erwerbstätige am Arbeitsort 2017 nach Verwaltungsbezirken und Wirtschaftsbereichen



deutlich höher als in den Landkreisen. In den kreisfreien Städten kamen 2017 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren durchschnittlich 1 070 Erwerbstätige, in den Landkreisen waren es 645. Wie schon in den Jahren zuvor wies die Stadt Koblenz die mit Abstand höchste Arbeitsplatzdichte auf. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter kamen dort 1 431 Erwerbstätige. Den niedrigsten Wert aller 36 Verwaltungsbezirke verzeichnete der Landkreis Südwestpfalz mit 393 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter.

In den kreisfreien Städten sind knapp vier Fünftel aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen tätig;

etwa ein Fünftel hat einen Arbeitsplatz im Produzierenden Gewerbe. Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ hat mit einem durchschnittlichen Erwerbstätigenanteil von 0,4 Prozent in den Städten nur eine sehr geringe Bedeutung. Den höchsten Anteil an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe gibt es in Ludwigshafen (2017: 41 Prozent). Dagegen sind in Mainz 90 Prozent aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsbereichen beschäftigt.

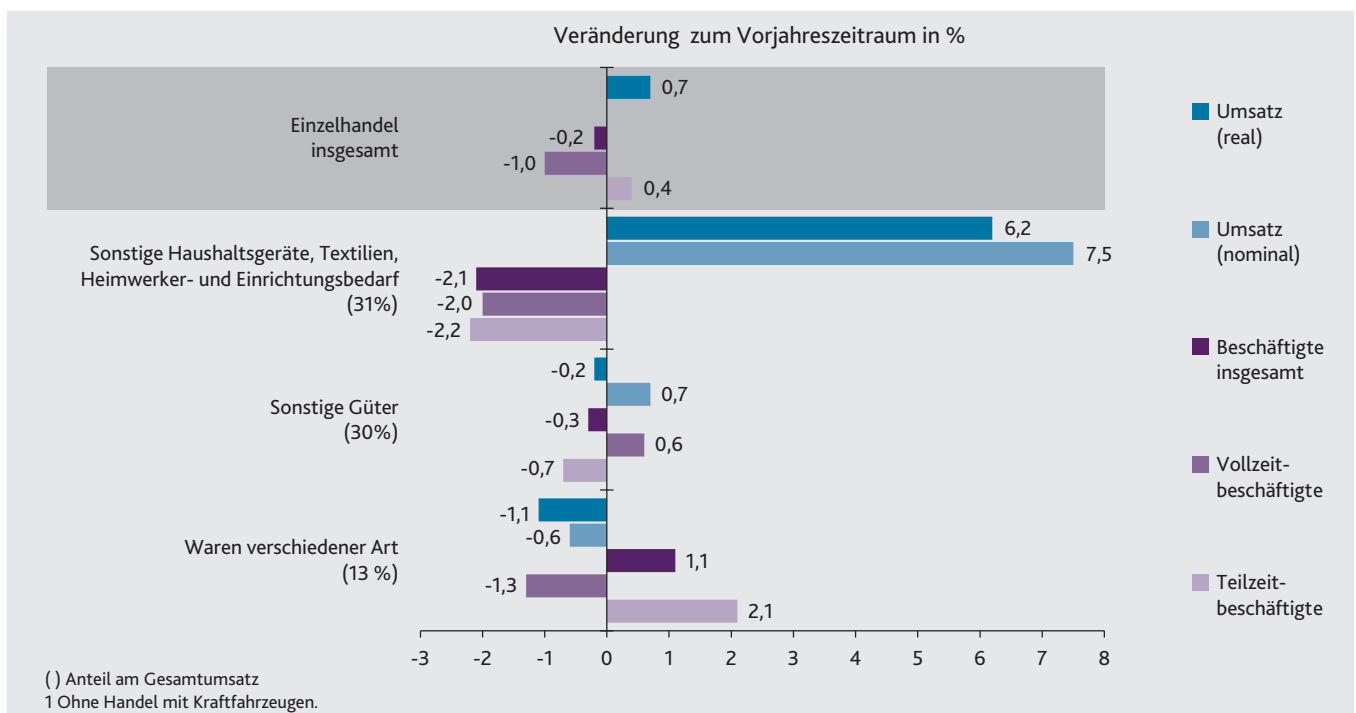
In den Landkreisen liegt der durchschnittliche Anteil der Dienstleistungsbereiche mit 68 Prozent deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten. Ungefähr 29 Prozent der Erwerbstätigen in den Landkreisen sind im Produzierenden Gewerbe tätig. Im Bereich „Land- und Forst-

wirtschaft, Fischerei“ arbeiten durchschnittlich 3,1 Prozent der Erwerbstätigen. Einen besonders großen Anteil hat das Produzierende Gewerbe mit 43 Prozent im Landkreis Germersheim. Im Kreis Cochem-Zell arbeiten dagegen 19 Prozent der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe; hier stellen die Dienstleistungsbereiche mehr als drei Viertel der Arbeitsplätze. Den höchsten Erwerbstätigenanteil in der Landwirtschaft weist der Rhein-Pfalz-Kreis mit gut zwölf Prozent auf.

Einzelhandel mit Umsatzanstieg im ersten Quartal

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte im ersten Quartal 2019 mehr um als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ von Januar bis März 2019



Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 0,7 Prozent höher als im ersten Quartal 2018. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse um 1,4 Prozent. Deutschlandweit legten die Einzelhandelsumsätze preisbereinigt um 1,7 Prozent zu (nominal: +2,3 Prozent).

Die Umsatzentwicklung war in den verschiedenen Bereichen des Einzelhandels unterschiedlich. Der umsatzstärkste Bereich ist der „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“. In diesem Handelssegment lagen die preisbereinigten Umsätze im ersten Quartal 2019 um 6,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im zweitgrößten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, zu denen Bekleidung,

Schuhe und Lederwaren zählen, lagen die realen Quartalerlöse auf dem Niveau des Vorjahres (-0,2 Prozent). Die Umsätze im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, fielen preisbereinigt niedriger aus als im Vorjahreszeitraum (-1,1 Prozent). Der Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren setzte real 6,7 Prozent mehr um als ein Jahr zuvor. Im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik stiegen die Umsätze preisbereinigt um vier Prozent an.

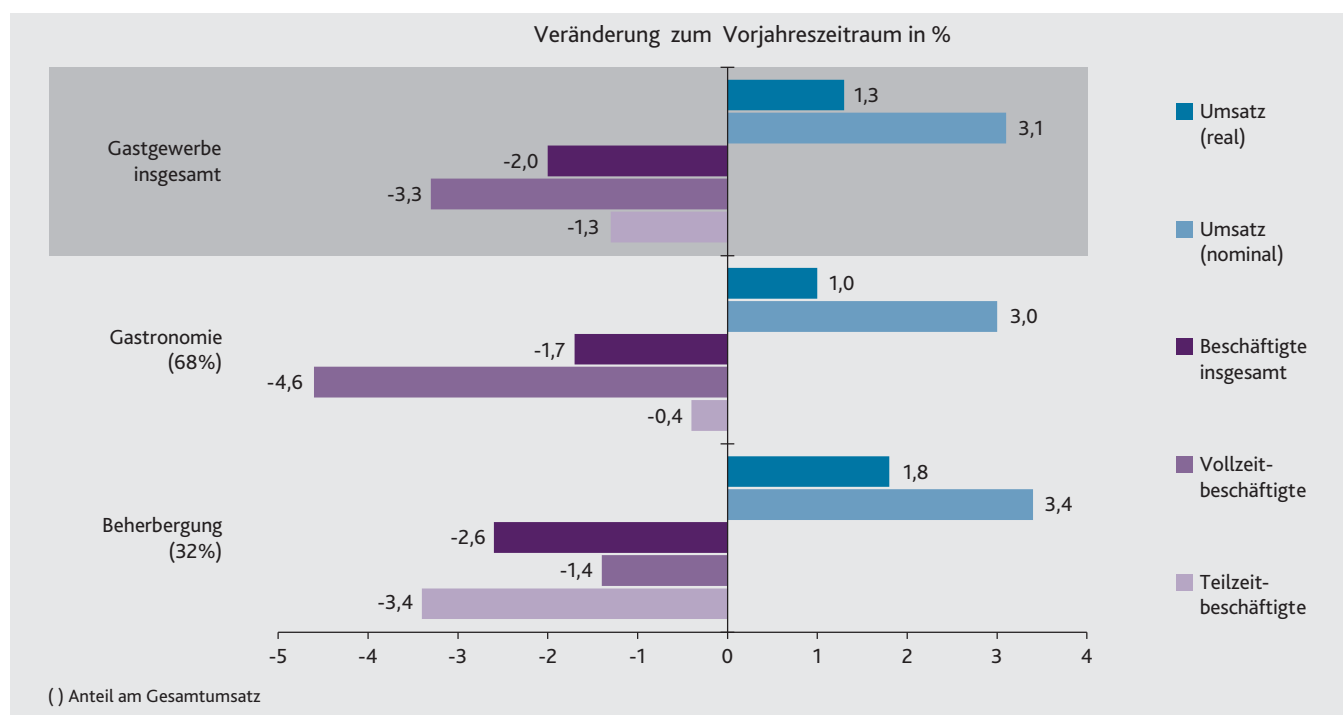
Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag in der Zeit von Januar bis März 2019 mit einem Minus von 0,2 Prozent auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Zahl der Voll-

zeitbeschäftigten verringerte sich um ein Prozent; die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich leicht um 0,4 Prozent.

Mehr Umsatz, weniger Beschäftigte im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte im ersten Quartal 2019 mehr um als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 1,3 Prozent höher als im ersten Quartal 2018. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen stiegen die Erlöse um 3,1 Prozent. Deutschlandweit stiegen die Gastgewerbeumsätze preisbereinigt ebenfalls um 1,7 Prozent an; in jeweiligen Preisen legten sie um 3,5 Prozent zu.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe von Januar bis März 2019



In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, stiegen die Erlöse im ersten Vierteljahr 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum real leicht an (+1 Prozent). Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, verzeichnete preisbereinigt eine Erlössteigerung von 2,4 Prozent. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen gingen hingegen um 1,5 Prozent zurück. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das knapp ein Drittel der Umsätze des Gastgewerbes erwirtschaftet, fielen die preisbereinigten Erlöse um 1,8 Prozent höher aus als im ersten Quartal 2018.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe war im ersten Quartal 2019 um zwei Prozent geringer als ein Jahr zuvor. Dabei ging die Zahl der Vollzeitkräfte um 3,3 Prozent und die der Teilzeitkräfte um 1,3 Prozent zurück.

Weniger Gäste und Übernachtungen im ersten Quartal 2019

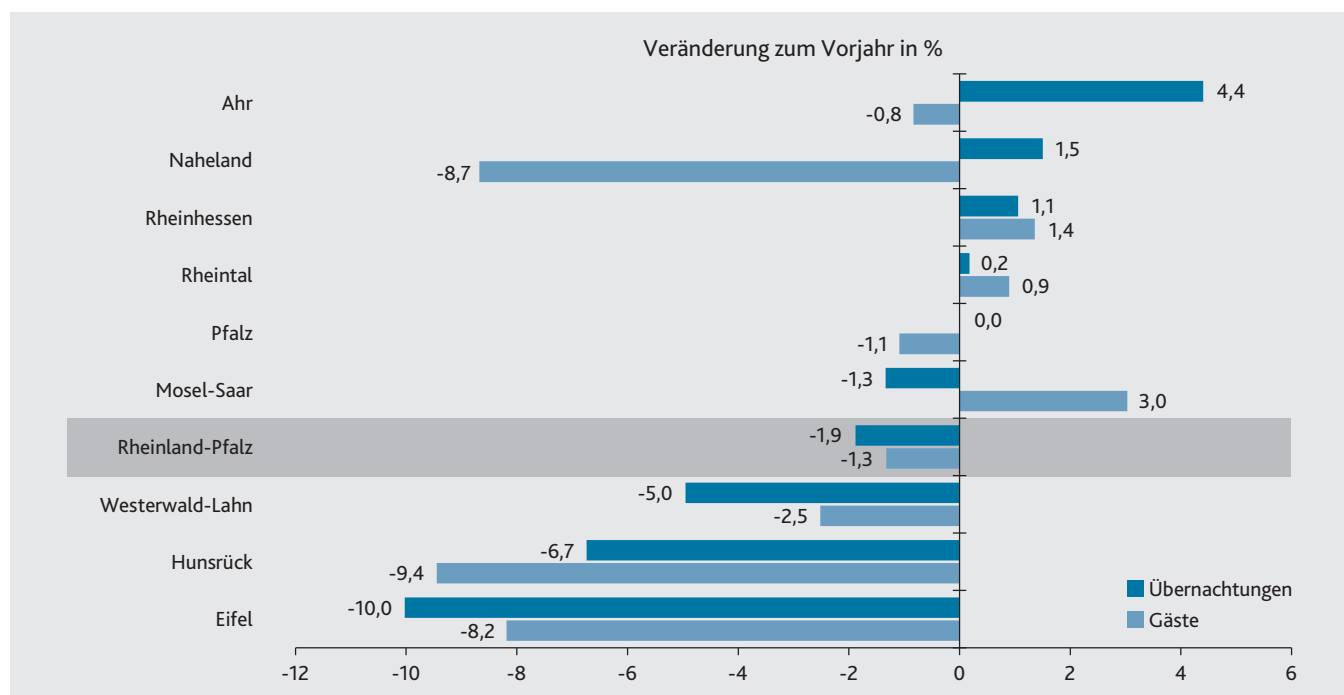
Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im ersten Quartal 2019 einen Rückgang der Gäste- und Übernachtungszahlen. Von Januar bis März übernachteten 1,43 Millionen Gäste im Land, was einem Minus von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Gleichzeitig nahmen die Übernachtungen um 1,9 Prozent auf 3,57 Millionen ab. Dieser Rückgang dürfte unter anderem durch die Lage der Osterferien zu erklären sein, die

2019 in den April fielen und im Vorjahr zur Hälfte im März lagen.

In vier der neun Tourismusregionen lag das Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei die Region Ahr mit einem Zuwachs von 4,4 Prozent mit Abstand den ersten Platz belegte. In der Mehrzahl der Regionen entwickelte sich die Zahl der Gäste rückläufig. Einen Anstieg konnten die Regionen Mosel-Saar, Rheinhessen und Rheintal verbuchen.

Unter den elf touristischen Betriebsarten verbuchten lediglich die Camping- und Reisemobilplätze und die Hotels garnis einen Zuwachs der Gäste- und Übernachtungszahlen. In den anderen Betriebsarten sank das Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Die größten Rückgänge

Übernachtungen und Gäste von Januar bis März 2019 nach Tourismusregionen



verzeichneten Jugendherbergen, Hütten u. ä., Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Ferienhäuser und Ferienwohnungen.

Im ersten Quartal 2019 übernachteten 1,19 Millionen Gäste aus dem Inland in Rheinland-Pfalz. Das war ein Minus von 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Zahl ihrer Übernachtungen sank um 2,2 Prozent und belief sich auf 2,96 Millionen. Aus dem Ausland kamen 242 000 Besucherinnen und Besucher (-2,6 Prozent), die 609 000 Übernachtungen buchten (-0,2 Prozent).

Erneut mehr Schlachtschweine importiert

An den Schlachtstätten in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2018 wieder relativ mehr Schweine ausländischer

Herkunft gewerblich geschlachtet. Der Anteil stieg von 13 Prozent im Jahr 2017 auf 16 Prozent 2018. Insgesamt wurden – zusammen mit Hausschlachtungen – rund 1,2 Millionen Schweine (keine Veränderung zum Vorjahr) und 75 000 Rinder (-1 Prozent) geschlachtet. Das waren 2,2 Prozent der bundesweit geschlachteten 60 Millionen Schweine und Rinder. Die Schlachtmenge der Schweine und Rinder lag mit 138 800 Tonnen auf Vorjahresniveau, wobei 83 Prozent auf Schweine entfielen.

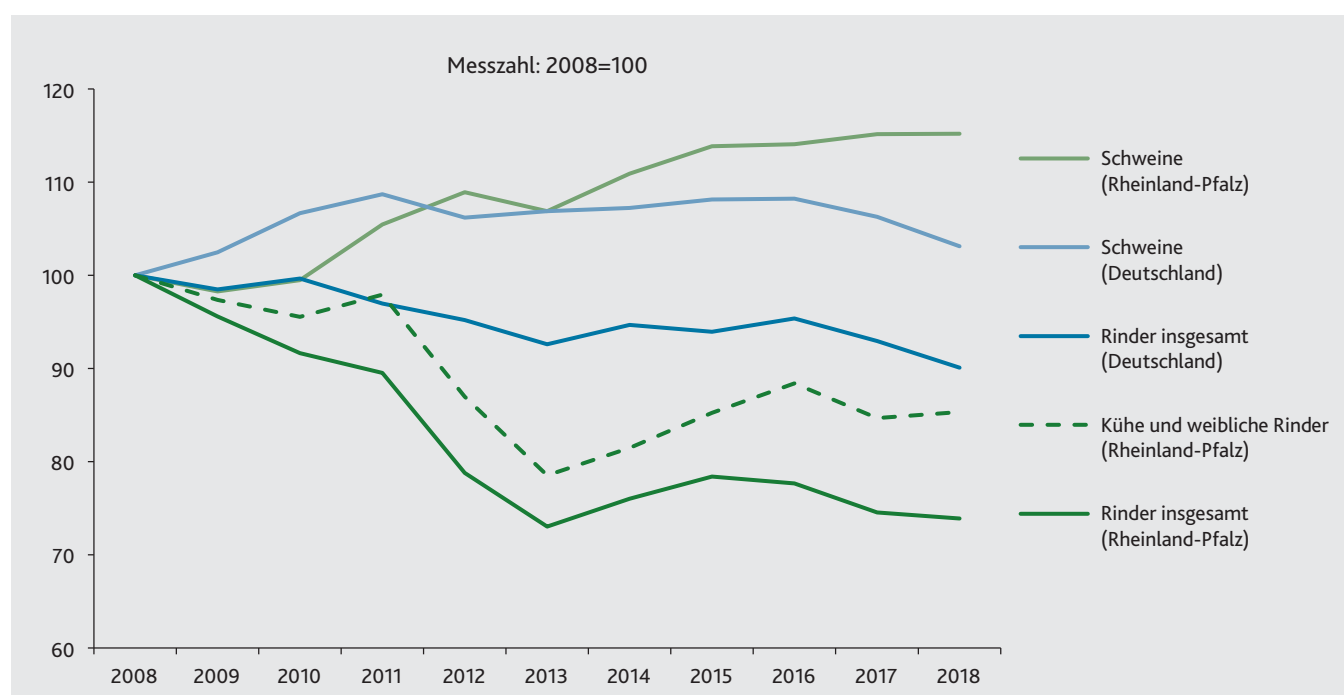
Im Vergleich zu 2017 sind 1 300 Mastbullen weniger (-6,1 Prozent) geschlachtet worden. Die Schlachtungen der Kühe bewegten sich auf Vorjahresniveau. Von den geschlachteten Rindern in Rheinland-Pfalz sind

knapp 71 Prozent Kühe und weibliche Rinder.

Die Zahl der Hausschlachtungen ist weiter rückläufig; bei den Rindern lag sie um 4,5 Prozent unter dem Wert von 2017, bei den Schweinen um 7,3 Prozent. Bei Schafen gab es ein Plus von rund 100 Hausschlachtungen (+14 Prozent), das größtenteils auf den Anstieg der Lämmerschlachtungen zurückzuführen ist. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 1,8 Prozent der Schafe in Deutschland – überwiegend als Lämmer (91 Prozent) – und 3,3 Prozent der Ziegen geschlachtet.

Die Zahl der geschlachteten und für den menschlichen Verzehr als tauglich freigegebenen Pferde ist im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr wieder rückläufig (-12 Prozent). Mit

Schlachtungen von Schweinen und Rindern in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2008–2018



knapp 800 Tieren hat Rheinland-Pfalz zwölf Prozent Anteil der in Deutschland geschlachteten Pferde.

Eine sehr geringe Bedeutung haben in Rheinland-Pfalz Geflügelschlachtungen. Hier gibt es nur sechs von bundesweit 217 Betrieben; 2018 entfielen 41 000 der fast 710 Millionen deutschlandweiten Schlachtungen auf Rheinland-Pfalz. Geflügelschlachtungen werden nicht wie die Schlachtungen von Großtieren über die Schlacht-tier- und Fleischbeschau ermittelt, sondern direkt bei Geflügelschlachtereien erhoben.

Immer mehr Menschen beziehen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Im Dezember 2018 erhielten in Rheinland-Pfalz 46 845 Frauen und Männer staatliche Unterstützung in Form von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das

waren 1 744 Personen bzw. vier Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang im Jahr 2016 setzt sich der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend steigender Empfängerzahlen weiter fort. Im Vergleich zum Jahr 2005 – dem Jahr der Einführung der Grundsicherungsleistungen nach SGB XII – hat die Zahl der Menschen, die auf diese Form der staatlichen Unterstützung angewiesen sind, um 55 Prozent zugenommen.

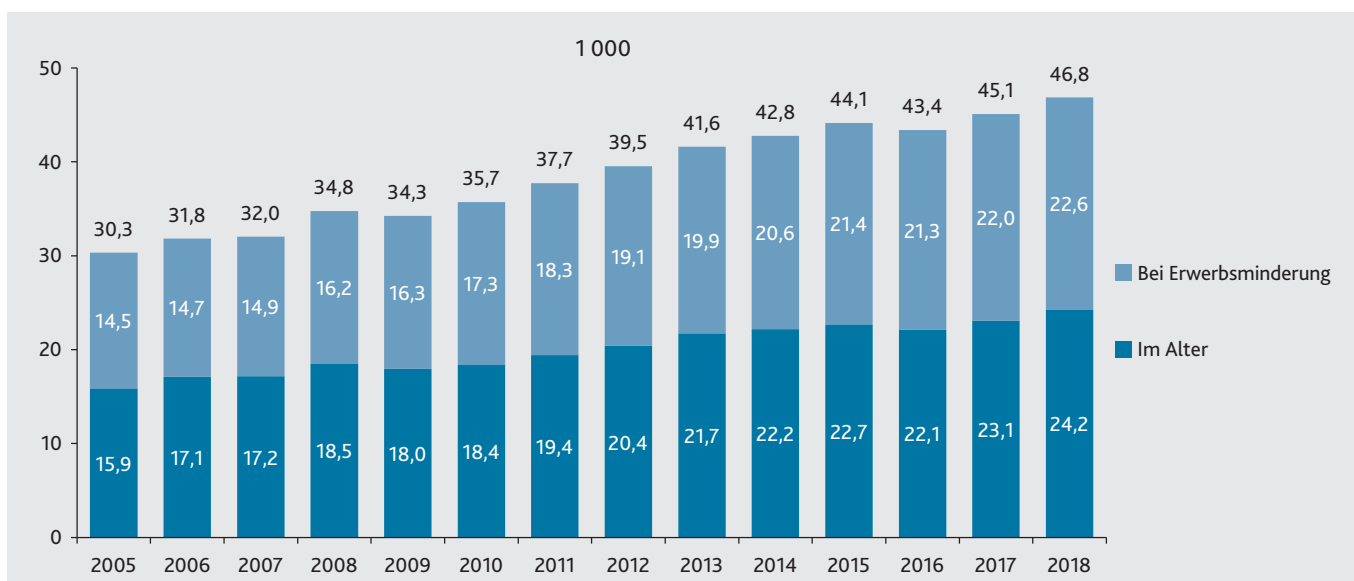
Im Dezember 2018 hatten 24 200 Leistungsberechtigte (52 Prozent) die Regelaltersgrenze erreicht bzw. überschritten und erhielten Grundsicherung im Alter. Rund 22 600 Empfängerinnen und Empfänger (48 Prozent) waren Volljährige unter der Regelaltersgrenze und nahmen die Leistungen aufgrund dauerhafter Erwerbsminderung in Anspruch. Leistungen zur Sicherung

des Lebensunterhalts im Alter wurden überwiegend Frauen gewährt (60 Prozent), während Leistungen infolge einer Erwerbsminderung häufiger von Männern beansprucht wurden (55 Prozent).

Regional betrachtet zeigen sich große Unterschiede bei der Inanspruchnahme. So kamen in den kreisfreien Städten auf 1 000 Volljährige im Durchschnitt 19,7 Leistungsempfängerinnen und Empfänger; in den Landkreisen lag dieser Wert bei lediglich 11,6 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Empfängerzahlen in den Kreisen um vier Prozent gestiegen; in den Städten war ein Plus von 3,6 Prozent zu verzeichnen.

Werden nur Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter betrachtet, fallen die regionalen Unterschiede noch größer aus. In den kreisfreien Städten kamen im Mittel auf 1 000 Einwohnerinnen

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2005–2018



und Einwohner, die die Regelaltersgrenze erreicht oder überschritten hatten, 49 Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter; in den Landkreisen lag dieser Wert bei durchschnittlich 22 Personen.

Hochschulen werben insgesamt 248 Millionen Euro an Drittmitteln ein

Im Jahr 2017 nahmen die Hochschulen in Rheinland-Pfalz insgesamt 248 Millionen Euro an Drittmitteln ein. Das waren knapp zehn Millionen Euro mehr als im Vorjahr (+4 Prozent).

Drittmittel sind Einnahmen, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt eingeworben werden. Der Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften konnte mit fast 61 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz die meisten Gelder einwerben. Auf Platz zwei liegt die Fächergruppe der „zentralen Einrichtungen“ mit ebenfalls fast 61 Millionen Euro. Hier sind Drittmittelbehalten beispielsweise für Hochschulbibliotheken enthalten. Rang drei bei den Drittmittelbehalten belegen mit knapp 40 Millionen Euro die Ingenieurwissenschaften.

Unter den wissenschaftlichen Hochschulen warb die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz mit gut 84 Millionen Euro die meisten Drittmittel ein; das waren 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die zweithöchsten Einnahmen konnte die Technische Universität Kaiserslautern mit



fast 55 Millionen Euro (+3,8 Prozent) verbuchen. Auf dem dritten Platz lag die Universitätsmedizin Mainz mit knapp 50 Millionen Euro (+8,3 Prozent). Zusammen kamen alle wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf rund 223 Millionen Euro (+6,3 Prozent).

Innerhalb der Hochschulen für angewandte Wissenschaften erzielten die Hochschule Kaiserslautern (6,6 Millionen Euro; +11 Prozent), die Hochschule Trier (sechs Millionen Euro; -27 Prozent) sowie die Hochschule Koblenz (fünf Millionen Euro; -15 Prozent) die meisten Drittmittel. In Summe nahmen alle rheinland-pfälzischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Jahr 2017 gut 25 Millionen Euro ein (-13 Prozent).

Wie in den Vorjahren wurden die höchsten Drittmittelbehalten je Professur für die Universitätsmedizin Mainz ermittelt. Die Einnahmen stiegen um 16 Prozent auf knapp 446 000 Euro. Innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen folgt die Technische Universität Kaiserslautern. Hier entfielen rechnerisch ca. 253 000 Euro auf jede Professur. Im Durchschnitt kommen die rheinland-pfälzischen wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt auf knapp 187 000 Euro/Professur (+5,5 Prozent).

Bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften belegte die erst relativ junge private Cusanus Hochschule Bernkastel-Kues bei den Drittmittelbehalten je Professur erneut den ersten Platz. Aufgeteilt auf die sie-

ben ansässigen Professuren dieser Hochschule ergeben sich rechnerisch jeweils fast 80 000 Euro (+20 Prozent). Die Hochschule Kaiserslautern belegt mit durchschnittlich 43 000 Euro je Professur Platz zwei (+13 Prozent). Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften kamen in Rheinland-Pfalz zusammen auf einen Durchschnitt von 27 000 Euro je Professur (-13 Prozent).

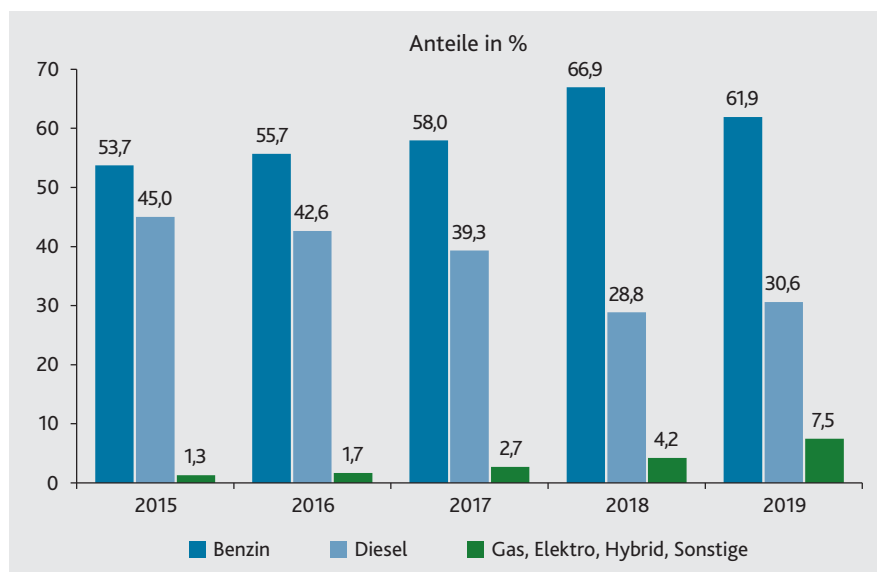
Im Vergleich zu den anderen Bundesländern werben die Professorinnen und Professoren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen seit Jahren unterdurchschnittlich Drittmittel ein. Auch 2017 belegte Rheinland-Pfalz mit rund 117 000 Euro je Professur den letzten Platz. Zum Vergleich: In Sachsen waren die Einnahmen im selben Zeitraum mehr als doppelt so hoch (236 000 Euro).

Rückgang neu zugelassener Diesel-Pkw gebremst

Im ersten Quartal 2019 wurden in Rheinland-Pfalz 34 632 Personenkraftwagen neu zugelassen. Das waren rund 300 Fahrzeuge bzw. 0,8 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für Deutschland insgesamt war ein Anstieg von 0,2 Prozent zu verzeichnen.

Der seit einiger Zeit zu beobachtende Rückgang bei den Neuzulassungen von Diesel-Pkw hat sich im ersten Quartal 2019 nicht fortgesetzt. Von den neu zugelassenen PKW hatten rund 10 600 einen Dieselmotor, das entspricht einem Anteilswert von 31 Prozent (Deutschland: 33 Prozent).

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Quartal 2015–2019 nach Kraftstoffarten



Zum Vergleich: Im ersten Quartal 2018 lag der entsprechende Wert für Rheinland-Pfalz noch bei 29 Prozent und damit um zwei Prozentpunkte niedriger als in diesem Jahr.

Weiterhin zugenommen hat der Anteil der erstmals zugelassenen Pkw, die nicht bzw. nicht ausschließlich von einem Benzin- oder Dieselmotor angetrieben werden. Von diesen rund 2 600 Fahrzeugen haben 1 745 einen Hybrid-Antrieb, 716 fahren mit einem Elektromotor und 128 werden mit Gas angetrieben. Insgesamt stieg der Anteil dieser Fahrzeuge an den Gesamtzulassungen von 4,2 Prozent im ersten Quartal 2018 auf 7,5 Prozent im Vergleichszeitraum 2019.

Die Anzahl der neu zugelassenen Krafträder stieg um 22 Prozent auf 2 327. Bei den Lastkraftwagen war eine Zunahme der Neuzulassungen um 5,2 Prozent auf 3 455 zu verzeichnen. Die Zahl der Zulassungen

bei den Zugmaschinen erhöhte sich um 33 Prozent auf 1 179 Fahrzeuge. Insgesamt wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 in Rheinland-Pfalz 41 830 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 1,5 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2018. Deutschlandweit ergab sich ein Plus von 2,3 Prozent.

Die Anzahl der Besitzumschreibungen bei den gebrauchten Personenkraftwagen blieb mit 98 373 gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast gleich. Bei den Krafträdern (+14 Prozent) und bei den Zugmaschinen (+8,9 Prozent) waren mehr Umschreibungen zu verzeichnen. Bei den Lastkraftwagen erhöhte sich die Anzahl leicht um 1,3 Prozent. Insgesamt wechselten 111 753 Kraftfahrzeuge ihren Besitzer; das waren 0,6 Prozent mehr als in den ersten drei Monaten des Jahres 2018 (Deutschland: +0,7 Prozent).

Mehr Verkehrstopfer im ersten Quartal des Jahres

Im ersten Quartal 2019 verloren in Rheinland-Pfalz 42 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren dies neun Todesopfer mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

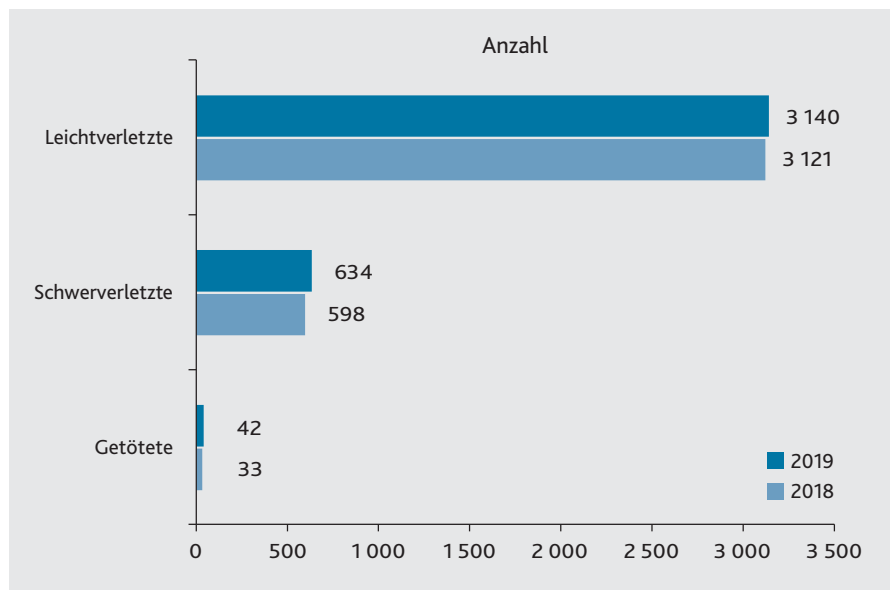
Die Zahl der Schwerverletzten stieg um sechs Prozent auf 634. Leicht verletzt wurden 3 140 Personen (+0,6 Prozent). Insgesamt registrierte die Polizei 33 080 Straßenverkehrsunfälle im Land. Das waren 2,3 Prozent weniger als im ersten Quartal des Vorjahres.

Steuervoranmeldungen für 241 Milliarden Euro Umsatz

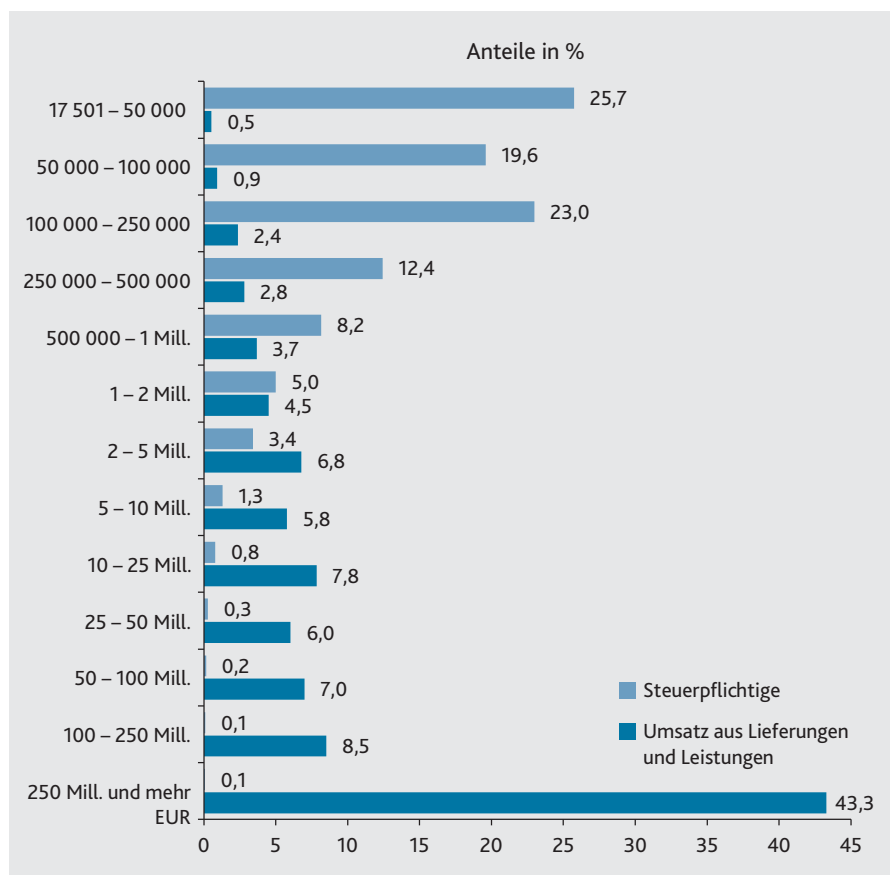
Im Jahr 2017 meldeten Unternehmen den Finanzämtern in Rheinland-Pfalz Umsätze aus Lieferungen und Leistungen im Wert von rund 241 Milliarden Euro, das waren fünf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Auf Grundlage der Statistik der Umsatzsteuervoranmeldungen betrug die aus den Umsätzen resultierende Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer gut 38,6 Milliarden Euro, nach Abzug der Vorsteuer ergaben sich Umsatzsteuervorauszahlungen von gut 6,6 Milliarden Euro. Statistisch erfasst wurden wie im Jahr zuvor rund 155 000 Unternehmen.

Das höchste absolute Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr erzielten mit 9,3 Milliarden Euro die Großunternehmen, d. h. Unternehmen mit Jahresumsätzen von mehr als

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis März 2018 und 2019



Steuerpflichtige sowie Umsatz aus Lieferungen und Leistungen 2017 nach Umsatzgrößenklassen



50 Millionen Euro. Diese Unternehmen erwirtschafteten regelmäßig den Großteil aller Umsätze. Im Jahr 2017 lag ihr Anteil bei rund 59 Prozent.

Der sekundäre Sektor, zu dem u. a. das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe gehören, erzielte mit 131 Milliarden Euro (+5,2 Prozent) den größten Teil der Umsätze. Dies entspricht einem Anteil von 54 Prozent an den Umsätzen insgesamt. Allein das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete Umsätze in Höhe von rund 105 Milliarden Euro (+5,5 Prozent).

Das Baugewerbe erwirtschaftete Umsätze in Höhe von rund 16 Milliarden Euro; das waren 4,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Die Unternehmen des Dienstleistungssektors verbuchten Umsätze in Höhe von 108 Milliarden Euro, das waren 4,7 Prozent mehr als im Jahr 2016. Diese Entwicklung ist vor allem auf den Handel (einschließlich der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) als umsatzstärkstem Wirtschaftsabschnitt in diesem Sektor zurückzuführen. Die Unter-

nehmen aus diesem Wirtschaftsabschnitt verzeichneten Umsätze in Höhe von 65,5 Milliarden Euro (+5,1 Prozent).

Bei regionaler Gliederung der Ergebnisse zeigt sich, dass die höchsten Umsätze mit 32,7 Milliarden Euro – bei einem Zuwachs von 8,7 Prozent – wie in den Vorjahren in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen erzielt wurden. Unter den Landkreisen lag erneut Mainz-Bingen mit 20,7 Milliarden Euro Umsatz vorn.

Europawahl 2019 – Statistisches Landesamt analysiert Ergebnisse in der Wahlnacht

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat die Ergebnisse der Europawahl noch in der Wahlnacht analysiert. Die Statistische Analyse identifiziert unter anderem regionale Schwerpunktgebiete der Parteien und betrachtet Zusammenhänge zwischen Wahlergebnissen und demografischen, ökonomischen sowie sozialen Einflussgrößen.



Bei der neunten Wahl zum Europäischen Parlament musste die CDU ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei einer Landtags-, Bundestags- oder Europawahl in Rheinland-Pfalz hinnehmen. Dennoch wird sie mit 31,3 Prozent deutlich stärkste Partei. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt sie vor allem im nördlichen Rheinland-Pfalz. Die Christdemokraten erobern acht Kreise bzw. kreisfreie Städte von der SPD zurück, verlieren aber die Universitätsstädte Landau, Mainz und Trier an die GRÜNEN.

Die SPD verzeichnet noch größere Stimmenverluste als die CDU. Sie kann nur noch 21,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, das sind 9,4 Prozentpunkte weniger als bei der Europawahl 2014. Der Stimmenanteil der SPD erreicht damit – ebenso wie der Anteil der CDU – einen historischen Tiefstand in Rheinland-Pfalz. Regionale Schwerpunkte der SPD liegen im westlichen Teil der Region Rheinhessen-Nahe, in der nördlichen Westpfalz sowie rund um Trier.

Die GRÜNEN verbuchen die größten Zugewinne. Ihr Stimmenanteil hat sich gegenüber der vorherigen Europawahl mehr als verdoppelt und steigt von 8,1 Prozent auf 16,7 Prozent. Damit erzielt die Partei bei dieser Wahl ihr

bisher bestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz. Zu den Schwerpunktgebieten der GRÜNEN zählen traditionell neben der Landeshauptstadt Mainz und Umgebung auch die Universitätsstädte Trier und Landau. In allen drei Städten ist sie bei dieser Wahl erstmals stärkste Kraft.

Auch die AfD verbucht ein deutliches Plus und erreicht einen Stimmenanteil von 9,8 Prozent. Die Partei bewarb sich zum zweiten Mal um Mandate des Europaparlaments. Im Jahr 2014 erzielte sie einen Stimmenanteil von 6,7 Prozent. Von den 52 Schwerpunktgebieten der AfD liegen alleine 42 in der Pfalz.

Die FDP verzeichnete ebenfalls Gewinne: Ihr Stimmenanteil liegt bei 5,8 Prozent, das sind 2,1 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Europawahl. Fünf Jahre zuvor musste die Partei starke Verluste hinnehmen. Die Liberalen gewinnen flächendeckend Stimmenanteile hinzu, in den Landkreisen stärker als in den kreisfreien Städten.

Auf die Partei DIE LINKE entfallen 3,1 Prozent der gültigen Stimmen, das sind etwas weniger als fünf Jahre zuvor (–0,6 Prozentpunkte). DIE LINKE liegt damit nur knapp vor den FREIEN WÄHLERN, die 2,9 Prozent der gültigen Stimmen erreichen. Die Partei DIE LINKE erzielt ihre besten Ergebnisse in städtischen Gebieten.

Die Wahlbeteiligung ist mit einem Plus von 7,9 Prozentpunkten kräftig gestiegen. Jedoch wird die hohe Wahlbeteiligung der 80er-Jahre nicht erreicht. Auch bei der Europawahl hat die Bedeutung der Briefwahl zugenommen; 44,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler nutzen diesen Weg für die Stimmabgabe.

Diese Analyse steht als kostenfreier Download unter www.statistik.rlp.de/ew2019 zur Verfügung.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Mai 2019

Der Verbraucherpreisindex lag um 1,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Energiepreise erhöhten sich im Vergleich zum Mai 2018 um 4,2 Prozent. Mineralölprodukte waren um 5,4 Prozent teurer. Während die Umlage für Fernwärme sowie die Strompreise binnen Jahresfrist um 4,8 bzw. 3,3 Prozent zulegten, blieben die Preise für Gas unverändert.

Die Nahrungsmittelpreise lagen im Mai 2019 um 0,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Deutlich tiefer in die Tasche greifen mussten Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf von Gemüse (+6,9 Prozent). Preissenkungen waren bei Obst zu verzeichnen (-7,8 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflation bezeichnet wird,

verringerte sich auf +1,2 Prozent nach +1,9 Prozent im April.

Im Jahresvergleich stiegen die Preise in zehn der zwölf Hauptgruppen. Den größten Zuwachs gab es im Bereich „Verkehr“ (+3,4 Prozent). Preisrückgänge waren in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Post und Telekommunikation“ zu beobachten (-1,6 bzw. -1 Prozent).

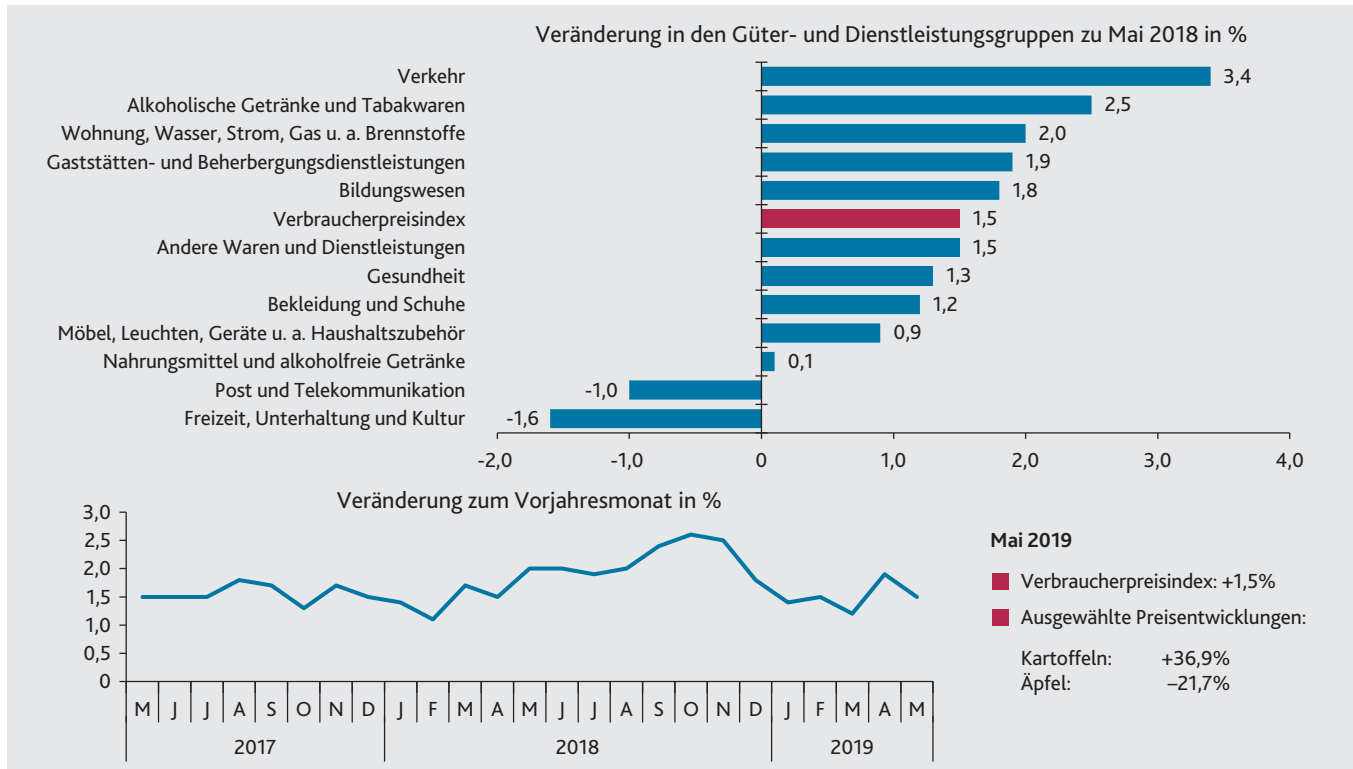
Gegenüber dem Vormonat verteuerten sich die Verbraucherpreise im Mai 2019 leicht um 0,2 Prozent. Die größten Preissteigerungen gab es in den Hauptgruppen „Verkehr“ (+1,2 Prozent, darunter Kraftstoffe: +4,1 Prozent) sowie „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+0,9 Prozent). Günstig aus Verbrauchersicht entwickelten sich hingegen die Preise für Bekleidung und Schuhe (-1 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Mai 2019



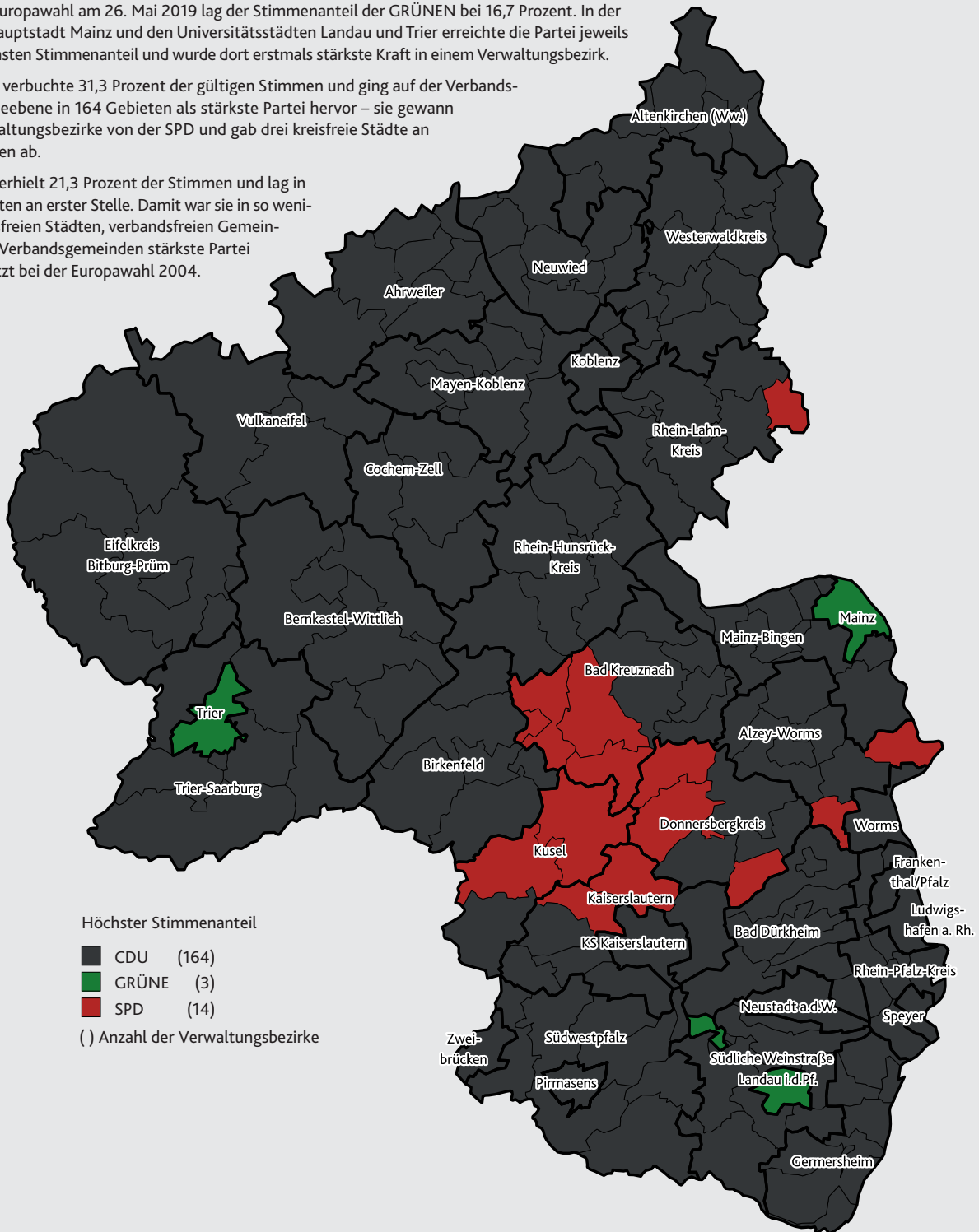
Stärkste Partei bei der Europawahl 2019 nach Verwaltungsbezirken

Grüne in einzelnen Verwaltungsbezirken erstmals stärkste Partei

Bei der Europawahl am 26. Mai 2019 lag der Stimmenanteil der GRÜNEN bei 16,7 Prozent. In der Landeshauptstadt Mainz und den Universitätsstädten Landau und Trier erreichte die Partei jeweils den höchsten Stimmenanteil und wurde dort erstmals stärkste Kraft in einem Verwaltungsbezirk.

Die CDU verbuchte 31,3 Prozent der gültigen Stimmen und ging auf der Verbandsgemeindeebene in 164 Gebieten als stärkste Partei hervor – sie gewann 30 Verwaltungsbezirke von der SPD und gab drei kreisfreie Städte an die Grünen ab.

Die SPD erhielt 21,3 Prozent der Stimmen und lag in 14 Gebieten an erster Stelle. Damit war sie in so wenigen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden stärkste Partei wie zuletzt bei der Europawahl 2004.



Rheinland-Pfalz regional: Landkreis Südliche Weinstraße



Von Simone Emmerichs

Vom 28. bis 30. Juni 2019 fand in Annweiler am Trifels im Landkreis Südliche Weinstraße der 35. Rheinland-Pfalz-Tag statt. Aus diesem Anlass wird der Kreis in der Reihe „Rheinland-Pfalz regional“ vorgestellt. Die Stadt Annweiler feiert in diesem Jahr zudem 800 Jahre Stadtrechte.

Die kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz werden als Siedlungsraum und Wirtschaftsstandort von strukturellen Rahmenbedingungen geprägt. In der Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“ werden die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise einer regionalstatistischen Analyse unterzogen. Als Basis dienen standortrelevante Daten und Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Tourismus und Arbeitsmarkt.

Region mit langer Geschichte

Keltensiedlung
800 vor Christus

Der Bereich des heutigen Landkreises Südliche Weinstraße war schon 800 vor Christus von Kelten besiedelt. Im Jahr 83 nach Christus wurde die römische Provinz „Germania Superior“ gegründet, deren Bewohnerinnen und Bewohner bereits Weinbau betrieben. Mit der Wahl Konrad II. zum König des Ostfrankenreichs begann 1024 die Salierherrschaft; die Reichsfeste Trifels wurde erstmals erwähnt. Im Jahr 1138 übernahmen die Staufer die Reichsführung; der Trifels wurde zu einer wehrhaften Burg ausgebaut und zum Mittelpunkt des Reiches. Hier wurden auch die Reichskleinodien Krone, Reichsapfel, Reichsschwert und Zepter aufbewahrt. Im Jahr 1193 wurde der englische König Richard Löwenherz auf der Burg gefangen gehalten.

Im 30-jährigen Krieg (1618 bis 1648) hatte die Pfalz verschiedene Besatzer; im Pfälzischen Erbfolgekrieg von 1688 bis 1697 wurde sie in weiten Teilen zerstört. Auf dem Wiener Kongress erfolgte die Abtretung der Pfalz an Bayern. Die zunächst geschaffene Kreis- bzw. Bezirksdirektion Landau wurde später auf drei Landkommissariate aufgeteilt, darunter Landau und Bad Bergzabern. Die Stadt Landau erlangte 1910 die Kreisfreiheit. Aus den bayrischen Landkommissariaten (später Bezirksämter genannt) gingen 1939 die Landkreise Landau und Bad Bergzabern hervor.

Zunächst getrennte Landkreise Landau und Bad Bergzabern

Im Zuge der Gebiets- und Verwaltungsreform 1969 wurden die beiden Kreise zum neuen Landkreis Landau-Bad Bergzabern zusammengelegt und gleichzeitig einige Gemeinden an den angrenzenden Landkreis

Seit 1978 „Südliche Weinstraße“

Pirmasens (seit 1997 Landkreis Südwestpfalz) sowie die kreisfreien Städte Landau und Neustadt ausgegliedert. Im Jahr 1972 erfolgte die Eingliederung von sechs Gemeinden in die kreisfreie Stadt Landau, 1974 kam Hayna vom Landkreis Germersheim zum Landkreis Landau-Bad Bergzabern. Seit 1978 führt der Kreis den Namen „Südliche Weinstraße“. Der Name leitet sich von der „Deutschen Weinstraße“ ab, die als eine der ältesten touristischen Straßen in Deutschland durch das Weinbaugebiet der Pfalz verläuft.¹

Bevölkerungszuwachs durch Wanderungsgewinne

110 620 Einwohnerinnen und Einwohner

Ende 2017 lebten 110 620 Menschen im Landkreis Südliche Weinstraße. In den letzten vier Jahrzehnten ist die Bevölkerungszahl des Kreises gestiegen: Zwischen 1970 und 2017 erhöhte sich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner um 12 450 bzw. 13 Prozent. Im Landesdurchschnitt stieg die

¹ Informationen zur Geschichte des Kreises finden Sie u. a. unter www.suedliche-weinstrasse.de/de/landkreis/informationen/geschichte.php oder www.suedlicheweinstrasse.de/service/presse/basistexte/

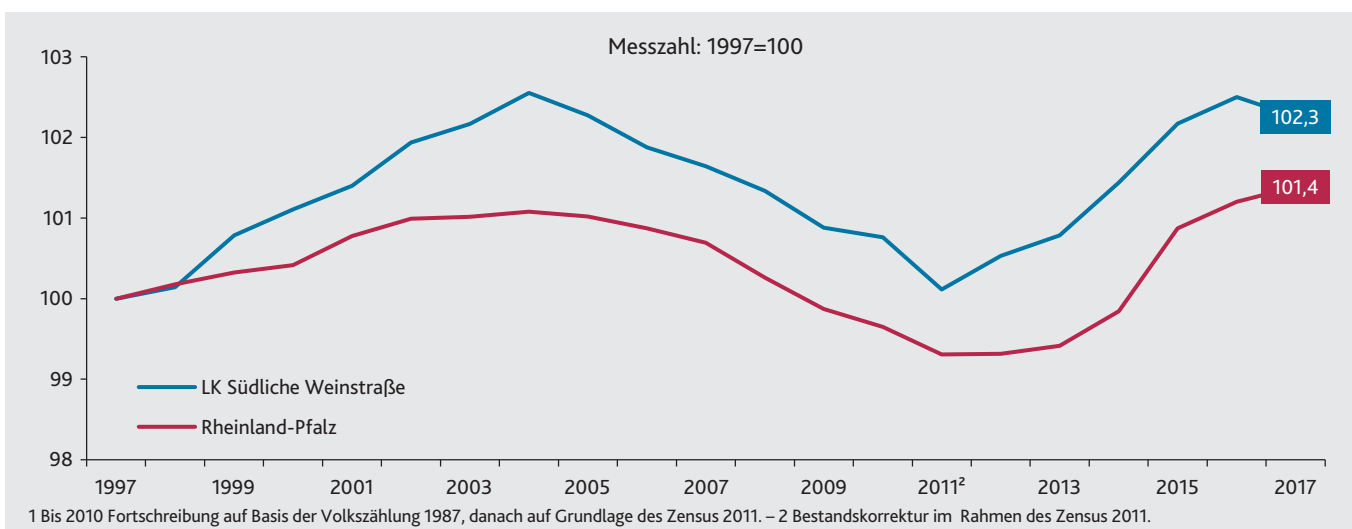
Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um elf Prozent, im Durchschnitt der Landkreise lag das Plus bei 14 Prozent.

In den 70er-Jahren bis zum Beginn der 80er-Jahre war die Bevölkerungszahl des Kreises, ebenso wie im Land insgesamt, rückläufig. Wanderungsverluste in einigen Jahren und ein negativer natürlicher Saldo (weniger Geburten als Sterbefälle) führten zu stärkeren Bevölkerungsverlusten als im Landesdurchschnitt. In der ersten Hälfte der 80er-Jahre stabilisierte sich die Bevölkerungszahl. Seit 1995 verläuft die Entwicklung günstiger als in Rheinland-Pfalz insgesamt. Mit 110 940 Menschen wurde 2004 der Höchststand erreicht. Danach führten eine weitgehend ausgeglichene Wanderungsbilanz und ein negativer natürlicher Saldo zu einem Rückgang der Einwohnerzahl bis 2011 auf 108 300. Es folgten fünf Jahre mit Bevölkerungszuwächsen. Im Jahr 2017 ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner wieder leicht gesunken (–0,2 Prozent). Für die steigende Bevölkerungszahl sind fast ausschließlich Wanderungsgewinne verantwortlich.

Höchststand der Bevölkerungszahl im Jahr 2004

G 1

Bevölkerung 1997–2017¹



Bevölkerungszuwachs durch Wanderungsüberschüsse

In den 70er-Jahren und Anfang der 80er-Jahre schwankten die Salden der Wanderungsbilanz des Kreises stark und waren in einigen Jahren auch negativ. In den folgenden zwanzig Jahren war die Bilanz durchgehend positiv. Starke Wanderungsgewinne verzeichnete der Kreis, wie auch das Land, mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Öffnung Mittel- und Osteuropas. Von 1989 bis 1993 wurden jährlich zwischen 1 200 und 1 600 mehr Zu- als Fortzüge verbucht. Während in Rheinland-Pfalz ab Mitte der 90er-Jahre nur noch vergleichsweise geringe Überschüsse registriert wurden, verzeichnete der Kreis weiterhin deutliche Wanderungsgewinne.

In den Jahren 2005 bis 2009 wies die Wanderungsbilanz nur noch geringe Überschüsse und sogar Defizite aus. Seit 2010 werden jedoch durchgängig Gewinne verbucht – besonders hohe in den Jahren 2014 und 2015.

Im Jahr 2017 gab es nur noch einen leichten Wanderungsüberschuss von 45 Personen; den 5 533 Fortzügen standen 5 578 Zuzüge gegenüber. Bezogen auf die jahresdurchschnittliche Bevölkerung ergibt sich ein Wanderungssaldo von +0,4 je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern. Damit lag der Wanderungsüberschuss 2017 sowohl unter dem rheinland-pfälzischen Mittel (+4,3) als auch unter dem Durchschnitt der Landkreise (+3,8).

Natürlicher Saldo negativ: Weniger Geburten als Sterbefälle

Bis auf leichte Überschüsse in den Jahren 1970, 1988 und 1992 fiel die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung für den Kreis Südliche Weinstraße durchgehend negativ aus. Seit 1970 gab es also fast nur Geburtendefizite. Im Jahr 2017 standen 952 Geburten 1 259 Sterbefälle gegenüber. Folglich nahm die Einwohnerzahl aufgrund natürlicher Bevölkerungsbewegungen um

307 Personen ab. Das natürliche Defizit beläuft sich somit auf 2,8 Personen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern (Rheinland-Pfalz: -2,4; Landkreise: -2,9).

Geburtenrate

Die **Geburtenrate** (zusammengefasste Geburtenziffer) gibt die Zahl der lebend geborenen Kinder an, die eine Frau – statistisch gesehen – im Durchschnitt in ihrem Leben zur Welt bringt.

Im Jahr 2017 brachte eine im Landkreis lebende Frau in ihrem Leben durchschnittlich 1,65 Kinder zur Welt. Die Geburtenrate lag damit etwas über dem Landesdurchschnitt (1,59). Im Durchschnitt der Landkreise waren es 1,67 Kinder je Frau.

Geburtenrate: 1,65 Kinder je Frau

Die Gesamtzahl der geborenen Kinder wird nicht nur durch die Geburtenrate, sondern auch durch die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter bestimmt. Der Anteil der Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren an allen Frauen lag im Kreis mit 31 Prozent etwas unter dem Durchschnitt (Rheinland-Pfalz: 33 Prozent; Landkreise: 31 Prozent).

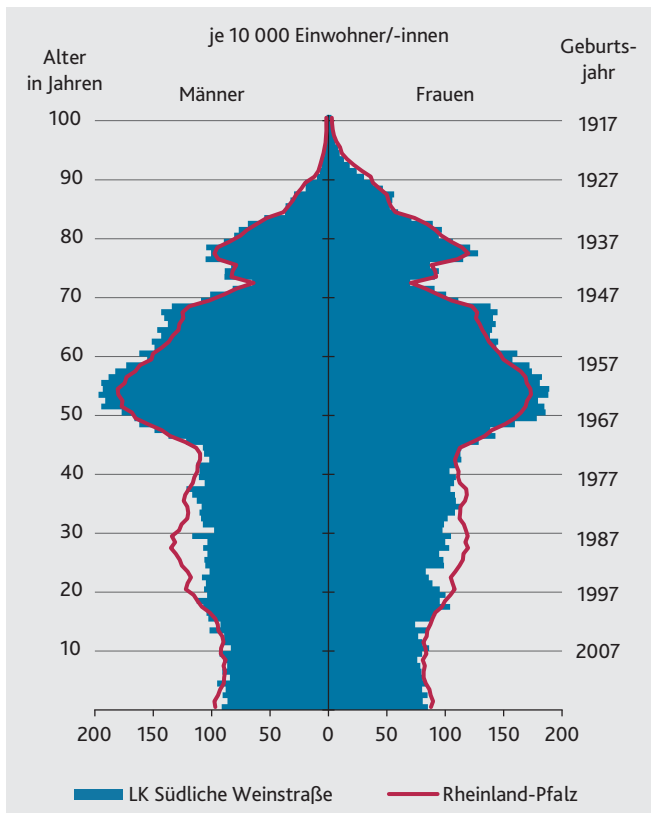
Demografische Alterung macht sich bereits bemerkbar

Der demografische Wandel macht sich auch im Kreis Südliche Weinstraße bemerkbar. Das zeigt ein Blick auf die Bevölkerungspyramide. Wie im Land insgesamt stehen weniger junge Menschen einer deutlich größeren Zahl von Menschen in höheren Altersgruppen gegenüber, die bereits das Rentenalter erreicht haben oder es in den nächsten zwanzig Jahren sukzessive erreichen werden.

Die Altersstruktur der Bevölkerung im Landkreis Südliche Weinstraße weicht gegenwärtig nur wenig von der Altersstruktur der Landes-

G 2

Aufbau der Bevölkerung 2017 nach Alter und Geschlecht



bevölkerung ab. Der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren liegt bei knapp 18 Prozent (Rheinland-Pfalz: gut 18 Prozent); er ist in den vergangenen zehn Jahren um 2,3 Prozentpunkte gesunken (Rheinland-Pfalz: -1,8 Prozentpunkte). Die Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren haben einen Bevölkerungsanteil von 59 Prozent (Rheinland-Pfalz: 60 Prozent); er erhöhte sich seit 2007 leicht um 0,4 Prozentpunkte (Rheinland-Pfalz: +0,6 Prozentpunkte). Dagegen ist der Anteil der älteren Menschen über 65 Jahren seit 2007 deutlich gestiegen um 1,8 Prozentpunkte auf knapp 23 Prozent (Rheinland-Pfalz: +1,2 Prozentpunkte auf knapp 22 Prozent).

Der Jugend- und der Altenquotient bringt die Lasten zum Ausdruck, die durch den

demografischen Wandel auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter entstehen. Im Jahr 2017 wurden auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 38 ältere Menschen ab 65 Jahren gezählt. Das sind etwas mehr als in den Landkreisen insgesamt (37) und im Landesdurchschnitt (36). Im Vergleich zu 1970 ist der Altenquotient im Kreis um 13 Prozentpunkte gestiegen (Rheinland-Pfalz und Landkreise: ebenfalls +13 Prozentpunkte).

Leicht überdurchschnittlicher Altenquotient

Der Jugendquotient im Landkreis Südliche Weinstraße liegt gleichauf mit dem Landeswert und nur leicht unter dem Durchschnitt der Landkreise. Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen dort 30 jüngere Menschen unter 20 Jahren (Rheinland-Pfalz: ebenfalls 30; Landkreise: 31) Im Vergleich zu 1970 ist der Jugendquotient mit einem Minus von 31 Prozentpunkten im Kreis aber etwas stärker gesunken als im Land insgesamt und im Durchschnitt der Landkreise (-27 bzw. -28 Prozentpunkte).

Der kräftige Rückgang des Jugendquotienten hat dafür gesorgt, dass in den vergangenen zehn Jahren im Landkreis Südliche Weinstraße die Gesamtlast für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter fast stabil geblieben ist. Die Summe aus Jugend- und

Gesamtlastquotient stabil

Jugend- und Altenquotient

Der **Jugendquotient** setzt die Zahl der unter 20-Jährigen ins Verhältnis zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Er gilt als Anhaltspunkt für die Aufwendungen der Gesellschaft für Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen.

Der **Altenquotient** setzt die Bevölkerung ab 65 Jahre ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Er dient als Kennzahl zur Beschreibung von Aufwendungen für Transfers und Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen.

Landkreis Südliche Weinstraße



Verwaltungsstruktur und Bevölkerung

Der Landkreis Südliche Weinstraße besteht aus den sieben Verbandsgemeinden Bad Bergzabern (21 Ortsgemeinden), Edenkoben (16), Landau-Land (14), Annweiler am Trifels (13), Herxheim (4), Offenbach an der Queich (4) und Maikammer (3). Der Sitz der Kreisverwaltung befindet sich in der kreisfreien Stadt Landau in der Pfalz, die vom Kreis umschlossen wird. Der Kreis Südliche Weinstraße gehört zum rheinland-pfälzischen Teil der grenzüberschreitenden Planungsregion Rhein-Neckar.

In den Gemeinden des Landkreises leben rund 110 600 Menschen. Bezogen auf die Kreisfläche von 640 Quadratkilometern ergibt sich damit eine Bevölkerungsdichte von 173 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern je Quadratkilometer. Damit liegt die Bevölkerungsdichte über dem Durchschnitt der Landkreise (160) aber unter dem Landesdurchschnitt (205).

Die einwohnerstärkste Verbandsgemeinde ist Bad Bergzabern mit rund 24 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Dagegen stellt Maikammer mit 8 100 Einwohnerinnen und Einwohnern die kleinste der sieben Verbandsgemeinden dar. Die bevölkerungsstärkste Gemeinde im Kreis ist Herxheim bei Landau mit 10 500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Oberschlettenbach in der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern ist mit 142 Einwohnerinnen und Einwohnern die kleinste Ortsgemeinde im Kreis.

Bevölkerung, Bevölkerungsdichte und Fläche 2017 nach Verwaltungsbezirken

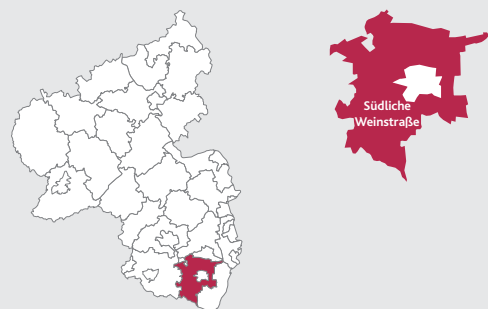
Verwaltungsbezirk	Bevölkerung		Bevölkerungsdichte	Fläche insgesamt
	insgesamt	Veränderung		
	31.12.2017 Anzahl	31.12.2017/2007 %	31.12.2017 Anzahl	31.12.2017 km ²
VG Annweiler am Trifels	16 838	-2,1	130	130
VG Bad Bergzabern	24 045	-1,2	146	165
VG Edenkoben	20 341	3,5	170	120
VG Herxheim	14 978	1,7	300	50
VG Landau-Land	13 660	-2,5	151	91
VG Maikammer	8 099	1,5	204	40
VG Offenbach an der Queich	12 661	5,0	278	46
Landkreis Südliche Weinstraße	110 622	0,6	173	640
Zum Vergleich				
Landkreise	3 009 555	-0,4	160	18 787
Rheinland-Pfalz	4 073 679	0,7	205	19 858

Geografische Lage und Flächennutzung

Der Landkreis erstreckt sich im südlichen Rheinland-Pfalz über eine Fläche von 640 Quadratkilometern. Im Norden grenzt er an den Landkreis Bad Dürkheim und an das Stadtgebiet von Neustadt an der Weinstraße. Im Westen grenzt er an den Rhein-Pfalz-Kreis und den Kreis Germersheim, im Süden an das französische Département Bas-Rhin. Westlicher Nachbar ist der Landkreis Südwestpfalz.

Im Osten reicht der Kreis in die Pfälzische Rheinebene und erstreckt sich im Westen in den Pfälzerwald. Dort liegt auch die höchste Erhebung des Kreises, die Kalmit ist mit 673 Metern Höhe auch der höchste Berg des Pfälzerwaldes.

Gut 44 Prozent der Bodenfläche des Kreises sind bewaldet, etwas mehr als im Durchschnitt der Landkreise (41 Prozent). Landwirtschaftlich genutzt werden 41 Prozent der Kreisfläche (Landkreise: 42 Prozent). Insgesamt liegt der Anteil der Flächen für Vegetation bei 87 Prozent. Als Siedlungsfläche dienen 7,2 Prozent der Fläche (Landkreise: 7,6 Prozent). Auf die Verkehrsfläche entfallen 5,2 Prozent (Landkreise: 5,8 Prozent). Der Gewässeranteil liegt bei 0,7 Prozent (Landkreise: 1,3 Prozent), größte Fließgewässer sind die Queich und – nahe der Grenze zu Frankreich – die Lauter, die am Oberlauf Wieslauter genannt wird.



Altenquotient belief sich 2007 auf 69 und liegt heute bei 68 (Landkreise: ebenfalls 68; Rheinland-Pfalz: 66). Das wird sich in Zukunft ändern.

Bis 2040 relativ günstige Bevölkerungsentwicklung

Vorausberechnung: Mittelfristig noch leichte Bevölkerungszuwächse im Kreis

Die fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes, die im Februar vorgelegt wurde, zeigt dass sich die demografische Alterung in den kommenden Jahren deutlich beschleunigen wird.² Unter den Annahmen der mittleren Variante dieser Vorausberechnung mit dem Basisjahr 2017 sinkt die Bevölkerungszahl von Rheinland-Pfalz bis 2040 um 2,6 Prozent von 4,07 Millionen auf 3,97 Millionen. Die Landkreise werden von der Entwicklung stärker betroffen sein als die kreisfreien Städte (-3,4 bzw. -0,4 Prozent). Lediglich in fünf der zwölf kreisfreien Städte und fünf der 24 Landkreise ist noch mit einem Bevölkerungswachstum zu rechnen. Zu diesen fünf Landkreisen gehört auch der Kreis Südliche Weinstraße mit einem leichten Plus von 0,2 Prozent (+1 700 Einwohnerinnen und Einwohner). Diese Entwicklung beruht vor allem auf erwarteten Wanderungsgewinnen, die vornehmlich auf Suburbanisierungswanderungen aus benachbarten wirtschaftsstarken städtischen Räumen zurückzuführen sein dürften.

Moderater Rückgang bei den unter 20-Jährigen erwartet

Die altersstrukturellen Verschiebungen, die schon in der Vergangenheit zu beobachten waren, werden sich schon bald deutlich verstärken und in den nächsten 20 Jahren vor allem die Altersgruppen der 20- bis 65-Jährigen und der 65-Jährigen und Älteren betreffen. Die Zahl der jüngeren Menschen unter

20 Jahren dürfte im Kreis Südliche Weinstraße bis 2040 vergleichsweise moderat um 4,6 Prozent sinken (Landkreise: -9,8 Prozent, Rheinland-Pfalz: -8,1 Prozent). Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren könnte bis 2040 um fast 15 Prozent abnehmen (Landkreise: -17 Prozent; Rheinland-Pfalz: -15 Prozent). Die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahre wird dagegen kräftig steigen. Im Landkreis Südliche Weinstraße nimmt sie 43 Prozent zu, und damit deutlich stärker als im Durchschnitt der Landkreise (+38 Prozent) und im Landesdurchschnitt (+34 Prozent). Diese Entwicklungen lassen den Altenquotienten bis 2040 hochschnellen, im Kreis Südliche Weinstraße auf 64 (+26 Punkte), im Durchschnitt der Landkreise auf 62 (+25 Punkte) und im Landesdurchschnitt auf 57 (+21 Punkte). Verursacht wird diese Entwicklung dadurch, dass in den nächsten Jahren immer mehr Babyboomer die Altersgrenze zum Ruhestand überschreiten.

Kräftiger Anstieg der Zahl der älteren Menschen

Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich

Im Jahr 2016 wurde im Landkreis Südliche Weinstraße ein Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Höhe von fast 2,8 Milliarden Euro erwirtschaftet.³ Das waren zwei Prozent des gesamten rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts.

Infolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise musste die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2009 einen kräftigen Rückgang des nominalen Bruttoinlandsprodukts hinnehmen (-2,7 Prozent). Im Landkreis Südliche Weinstraße zeigte sich die Wirtschaft wesentlich weniger krisenanfällig (-0,4 Pro-

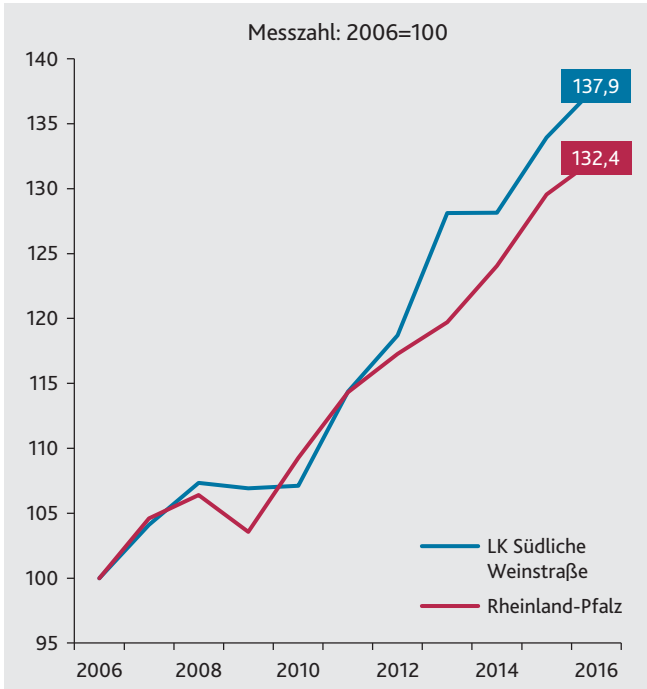
Stabile wirtschaftliche Entwicklung

² Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017). Bad Ems 2019.

³ Da auf regionaler Ebene keine Preisbereinigung durchgeführt werden kann, wird die Wirtschaftsleistung der Kreise mithilfe der nominalen Wertschöpfung dargestellt.

G 3

Bruttoinlandsprodukt in
jeweiligen Preisen 2006–2016



BIP +38 Prozent gegenüber 2006

zent). Während die konjunkturelle Erholung im Land bereits im Folgejahr zu einem kräftigen Wachstum führte (2010: +5,5 Prozent; 2011: +4,6 Prozent), kam der Aufschwung im Landkreis Südliche Weinstraße erst 2011 (2010: +0,2 Prozent; 2011: +6,8 Prozent). Mit Ausnahme des Jahres 2014, in dem die Wirtschaft stagnierte, – wurde im Landkreis Südliche Weinstraße in jedem Jahr überdurchschnittliches Wachstum erzielt. Am stärksten stieg die Wirtschaftsleistung 2013 mit einem Plus von 7,9 Prozent. Im Jahr 2016 erhöhte sich das nominale Bruttoinlandsprodukt um 2,9 Prozent (Rheinland-Pfalz: +2,2 Prozent; Landkreise: +2,3 Prozent). Gegenüber 2006 ist die Wirtschaftsleistung im Kreis mit +38 Prozent stärker gestiegen als im rheinland-pfälzischen Durchschnitt (+32 Prozent; Landkreise: +35 Prozent). Im Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise liegt die Südliche Weinstraße mit diesem langfristigen Wachstum auf Rang neun.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen lag 2016 im Landkreis Südliche Weinstraße bei 60 940 Euro. Im Durchschnitt der Landkreise sowie im Landesmittel war die Arbeitsproduktivität deutlich höher (66 220 bzw. 69 180 Euro). Der Kreis erreichte damit 92 Prozent des Durchschnittswerts der Landkreise bzw. 88 Prozent des Landesniveaus.

Unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität

Gegenüber dem Vorjahr ergab sich im Kreis ein überdurchschnittlicher Anstieg der Arbeitsproduktivität von 2,1 Prozent (Rheinland-Pfalz: +1,4 Prozent). Langfristig blieb der Anstieg mit +21 Prozent etwas hinter der Landesentwicklung zurück (+22 Prozent).

Wenn auch der in Stunden gemessene Umfang der erbrachten Arbeitsleistung berücksichtigt wird, ergibt sich im Kreis Südliche Weinstraße eine Arbeitsproduktivität in Höhe von 45,43 Euro. Sie liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Landkreise bzw. des Landes (50,04 bzw. 52,03 Euro).

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wird wesentlich durch die Wirtschaftsstruktur bestimmt: Die Arbeitsproduktivität ist im Produzierenden Gewerbe deutlich höher als in den meisten Dienstleistungs-

Wirtschaftsstruktur beeinflusst Produktivität

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Jahres in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist ein wichtiges Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region. Zurzeit liegen Daten für die kreisfreien Städte und Landkreise für das Jahr 2016 vor. Aktuellere Daten sind noch nicht verfügbar, da die Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Vielzahl an statistischen Basisinformationen erfordert, die erst zeitverzögert zur Verfügung stehen.

T 1

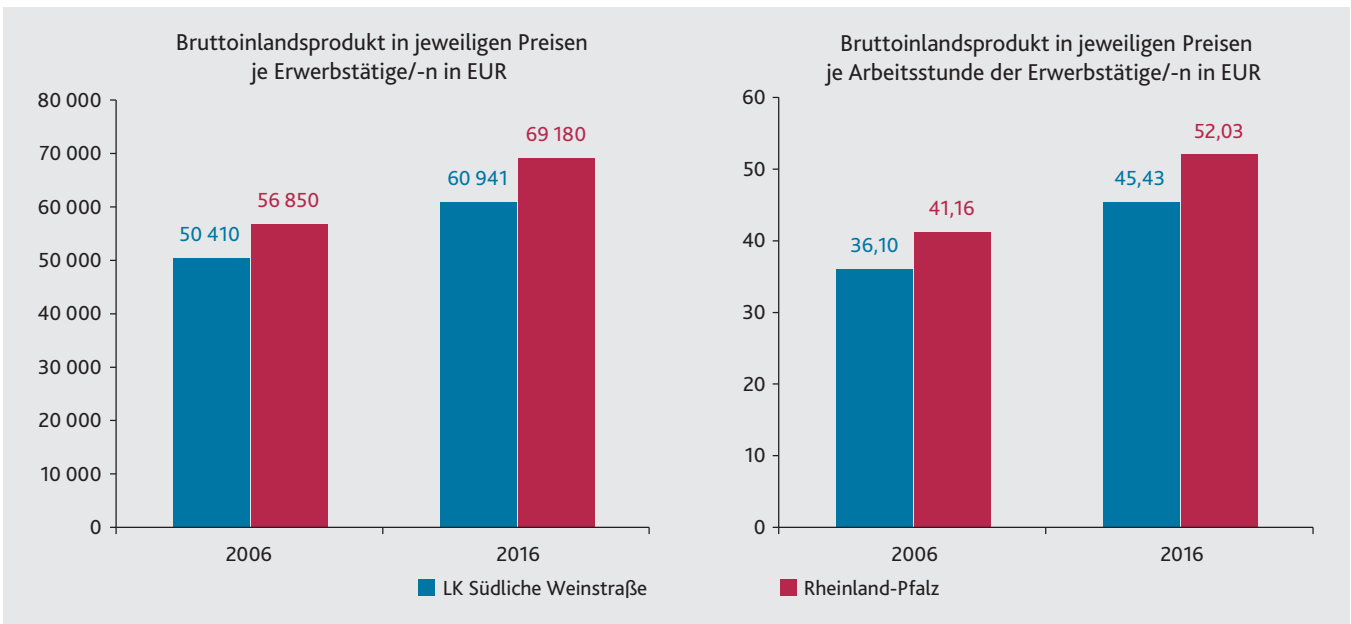
Ausgewählte Kennzahlen des Landkreises Südliche Weinstraße im Kreis- und Landesvergleich

Merkmal	Jahr	Einheit	LK Südliche Weinstraße	Landkreise	Rheinland-Pfalz
Bevölkerung	2017	Anzahl	110 622	3 009 555	4 073 679
Veränderung ¹	2016–2017	%	-0,2	0,1	0,2
	2007–2017	%	0,6	-0,4	0,7
Vorausberechnung ²	2017–2040	%	0,2	-3,4	-2,6
	2017–2070	%	-9,3	-13,6	-12,1
Bevölkerungsdichte	2017	Einwohner/-innen je km ²	173	160	205
Natürlicher Saldo	2017	Anzahl	-307	-8 718	-9 940
Wanderungssaldo	2017	Anzahl	45	11 263	17 542
Anteil an der Gesamtbevölkerung					
unter 20-Jährige	2017	%	17,9	18,5	18,3
20- bis 65-Jährige	2017	%	59,4	59,5	60,2
65-Jährige und Ältere	2017	%	22,7	22,0	21,5
Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2017	je 100 Personen	30,1	31,1	30,4
Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2017	je 100 Personen	38,3	37,0	35,7
<hr/>					
Verfügbares Einkommen	2016	EUR je Einwohner/-in	23 424	22 762	22 240
SGB II-Quote ³	2018	je 100 unter Altersgrenze	5,1	x	7,1
<hr/>					
Bruttoinlandsprodukt	2016	Mill. EUR	2 757	82 628	138 500
Veränderung	2015–2016	%	2,9	2,3	2,2
	2006–2016	%	37,9	34,9	32,4
Arbeitsproduktivität					
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige/-n	2016	EUR	60 941	66 216	69 180
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde	2016	EUR	45,43	50,04	52,03
<hr/>					
Erwerbstätige am Arbeitsort	2016	Anzahl	45 246	1 247 850	2 002 010
Arbeitsplatzdichte ⁴	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	627	636	749
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁵	2018	Anzahl	31 314	857 305	1 411 523
Arbeitslosenquote ⁶	2018	%	3,7	3,8	4,4
15 bis unter 25 Jahre	2018	%	3,6	3,6	4,1
55 bis unter 65 Jahre	2018	%	4,7	4,3	4,8

1 Jahr 2007 auf Basis der Volkszählung 1987.– 2 Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017), mittlere Variante. – 3 Leistungsberechtigte je 100 Einwohner/-innen unter der Regelaltersgrenze. – 4 Je 1 000 Einwohner/-innen der Durchschnittsbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. – 5 Am Arbeitsort; Stand 30.6.2018. – 6 Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

G 4

Arbeits- und Stundenproduktivität 2006 und 2016



bereichen. Ein Grund hierfür ist die höhere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe. Zudem ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten niedriger als in den Dienstleistungsbereichen, wodurch die Arbeitsproduktivität – als Quotient aus Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigen – höher ausfällt. Innerhalb des sehr heterogenen Dienstleistungssektors fällt die Arbeitsproduktivität jedoch unterschiedlich aus. Die Arbeitsproduktivität in der Land- und Forstwirtschaft bleibt

hinter der des Produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche zurück.

Gute Entwicklung in allen Wirtschaftsbereichen – Weinbau prägt den Kreis

In der Südlichen Weinstraße wurden 2016 rund 64 Prozent der gesamten Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen erzielt (Rheinland-Pfalz: 65 Prozent; Landkreise: ebenfalls 64 Prozent). Diese Bereiche erwirtschafteten fast 1,6 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Wertschöpfung im tertiären Sektor um 3,3 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz und Landkreise: +3 Prozent). In den letzten zehn Jahren wurde ein Wachstum von 34 Prozent erzielt (Rheinland-Pfalz: +32 Prozent; Landkreise: ebenfalls +34 Prozent).

Anteil der Dienstleistungsbereiche: 64 Prozent

Arbeitsproduktivität

Für regionale Vergleiche der Wirtschaftskraft sind die absoluten Werte des Bruttoinlandsprodukts nicht geeignet, da sich die Verwaltungsbezirke in Rheinland-Pfalz in Größe und Erwerbstätigenzahl stark unterscheiden. Für Vergleiche muss daher die Arbeitsproduktivität herangezogen werden. Als Bezugsgröße kommt die Zahl der Erwerbstätigen bzw. der geleisteten Arbeitsstunden in Betracht.

Der Wirtschaftsbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ erwirtschaftete 464 Millionen Euro und kam damit auf einen Wertschöpfungs-

Stärkstes Wachstum: „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“

anteil von 19 Prozent (Rheinland-Pfalz und Landkreise: 18,5 Prozent). Gegenüber 2015 stieg die Wirtschaftsleistung um 7,3 Prozent (Rheinland-Pfalz: +3,8 Prozent). In den letzten zehn Jahren wurde im Vergleich der 36 kreisfreien Städte und Landkreise in diesem Wirtschaftsbereich mit +65 Prozent das zweitstärkste Wachstum aller 36 kreisfreien Städte und Landkreise erzielt (Rheinland-Pfalz: +27 Prozent). Nur im Landkreis Germersheim war der Anstieg etwas höher (+68 Prozent).

Der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ trug 561 Millionen Euro bzw. 23 Prozent zur gesamten Wirtschaftsleistung im Kreis bei (Rheinland-Pfalz: 24 Prozent; Landkreise: 22 Prozent). Hierzu gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch das Erziehungs- und Unterrichtswesen, das Gesundheits- und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie private Haushalte mit Hauspersonal. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Wirtschaftsleistung nur leicht um

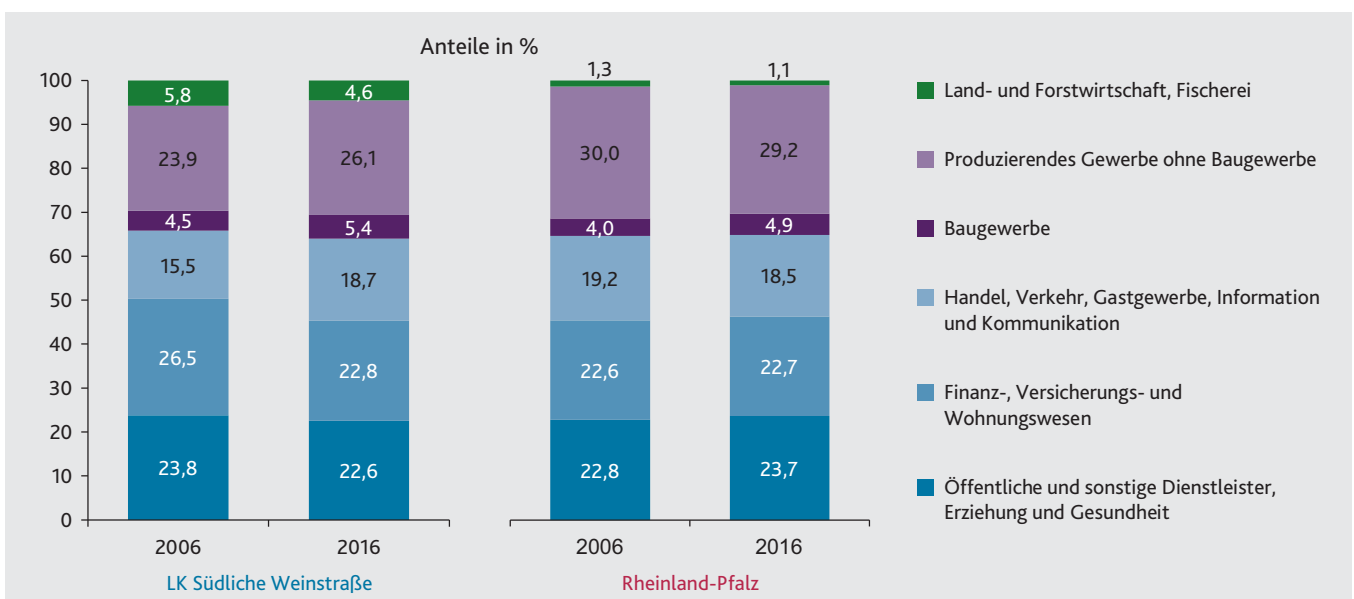
0,4 Prozent (Rheinland-Pfalz und Landkreise: +2,9 Prozent). Mit +30 Prozent ist dieser Dienstleistungsbereich auch langfristig unterdurchschnittlich gewachsen (Rheinland-Pfalz: +37 Prozent; Landkreise: +38 Prozent).

Mit 565 Millionen Euro steuerte auch der Wirtschaftsbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ 23 Prozent zur Wertschöpfung bei (Rheinland-Pfalz: ebenfalls 23 Prozent; Landkreise: 24 Prozent). Die Wirtschaftsleistung dieses Bereichs, zu dem das Kredit- und Versicherungsgewerbe, Dienstleister für Unternehmen sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen zählen, verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen überdurchschnittlichen Anstieg um 3,3 Prozent (Rheinland-Pfalz: +2,4 Prozent; Landkreise: +2,6). Im Vergleich zu 2006 zeigte sich hier mit +18 Prozent das geringste Wachstum unter den Dienstleistungsbereichen (Rheinland-Pfalz: +32 Prozent; Landkreise: +31 Prozent).

Langfristig geringstes Wachstum: „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“

G 5

Bruttowertschöpfung 2006 und 2016 nach Wirtschaftsbereichen



Langfristig überdurchschnittliches Wachstum des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe trug 2016 im Landkreis rund 781 Millionen Euro bzw. 31 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei und lag damit etwas unter dem Landesdurchschnitt bzw. dem Durchschnitt der Landkreise (34 bzw. 35 Prozent). Im Vergleich zu 2015 ist die Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe um 3,3 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +1,1 Prozent; Landkreise: +1,5 Prozent). Langfristig wurde hier ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum von 52 Prozent erzielt (Rheinland-Pfalz: +32 Prozent; Landkreise: +37 Prozent).

Zum starken längerfristigen Wachstum des Produzierenden Gewerbes haben sowohl das Verarbeitende Gewerbe als auch das Baugewerbe beigetragen: Die Industrie, die 2016 einen Wertschöpfungsanteil von 24 Prozent hatte (Rheinland-Pfalz: 26 Prozent; Landkreise: 25 Prozent), steigerte ihre Wertschöpfung seit 2006 um 52 Prozent und wuchs damit wesentlich stärker als im Landesdurchschnitt (+31 Prozent; Landkreise: +34 Prozent). Das Baugewerbe kam auf einen Wertschöpfungsanteil von 5,4 Prozent (Rheinland-Pfalz: 4,9 Prozent; Landkreise: 6,2 Prozent) und erhöhte seine Wirtschaftsleistung in den vergangenen zehn Jahren um 63 Prozent (Rheinland-Pfalz: +60 Prozent; Landkreise: +65 Prozent).

Überdurchschnittlicher Landwirtschaftsanteil

Die Landwirtschaft hat im Kreis Südliche Weinstraße ein relativ hohes Gewicht: Im Jahr 2016 erwirtschaftete der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ 113 Millionen Euro, das war die dritthöchste landwirtschaftliche Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz und wurde nur von den Landkreisen Alzey-Worms sowie Mainz-Bingen übertroffen. Diese drei Kreise zusammen trugen 29 Prozent zur landwirtschaftlichen Wertschöpfung in

Rheinland-Pfalz bei. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Wertschöpfung des Kreises lag mit 4,6 Prozent deutlich über dem rheinland-pfälzischen Mittel (1,1 Prozent) und dem Durchschnitt der Landkreise (1,6 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr ging die Wertschöpfung in der Landwirtschaft in der Südlichen Weinstraße zwar um 3,6 Prozent zurück (Rheinland-Pfalz und Landkreise: jeweils –3,9 Prozent), gegenüber 2006 konnte aber ein überdurchschnittliches Plus von 8,6 Prozent registriert werden (Rheinland-Pfalz: +5 Prozent; Landkreise: +3,4 Prozent). Die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft hängt wesentlich von den Erntemengen ab, die auch witterungsbedingten Schwankungen unterliegt.

Im Kreis Südliche Weinstraße dürfte die überdurchschnittliche Wertschöpfung der Landwirtschaft wesentlich auf den Weinbau zurückzuführen sein. Der Weinbau hat hier eine besondere Bedeutung und eine lange Tradition. Dies zeigt sich nicht nur im Namen sondern auch im Wappen des Kreises, in dem Trauben dargestellt sind und der Schrägbalcken auf die Deutsche Weinstraße verweist.

Mit knapp einem Sechstel der rheinland-pfälzischen Rebfläche liegt der Kreis unter den Verwaltungsbezirken hinter den Landkreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen auf dem dritten Platz. Die Rebflächen des Kreises gehören zum Weinanbaugebiet Pfalz. Vorherrschende Rebsorten sind Weißer Riesling, Dornfelder, Müller-Thurgau und Ruländer. Durch günstige klimatische Bedingungen und hochwertige Böden wachsen in der Region aber auch Feigen, Kiwis, Esskastanien und Mandeln.

Drittgrößte Weinbaugemeinde

Überdurchschnittliches verfügbares Einkommen

Verfügbares Einkommen als Indikator für Wohlstand und Kaufkraft

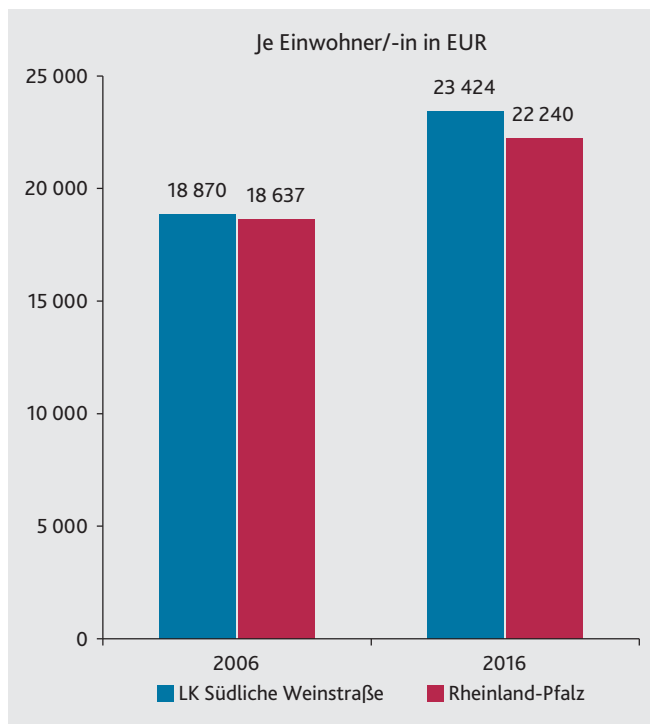
Insgesamt standen den privaten Haushalten im Kreis Südliche Weinstraße 2,6 Milliarden Euro Einkommen zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von 2,9 Prozent

am gesamten verfügbaren Einkommen in Rheinland-Pfalz. Gegenüber dem Vorjahr ist das verfügbare Einkommen im Kreis um 2,7 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +2,6 Prozent). Im längerfristigen Vergleich gegenüber 2006 hat es sich um 25 Prozent erhöht (Rheinland-Pfalz: +20 Prozent).

Pro-Kopf-Einkommen deutlich über Landesdurchschnitt

G 6

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2006 und 2016



Jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner des Landkreises Südliche Weinstraße hatte 2016 im Durchschnitt 23 420 Euro für den Konsum und zum Sparen zur Verfügung. Damit war das Pro-Kopf-Einkommen in der Südlichen Weinstraße um 660 Euro höher als im Durchschnitt der Landkreise (22 760 Euro) und sogar 1 180 Euro höher als im Landesdurchschnitt (22 240 Euro).

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Pro-Kopf-Einkommen um 2,1 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +1,9 Prozent). Auch im längerfristigen Vergleich gegenüber 2006 war der Anstieg mit +24 Prozent deutlich überdurchschnittlich (Rheinland-Pfalz: +19 Prozent). Da die Arbeitsproduktivität im Kreis Südliche Weinstraße unterdurchschnittlich ist, dürfte ein Grund für das überdurchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen die Nähe zu wirtschaftsstarken Räumen sein, in die die Menschen, die im Kreis wohnen zum Arbeiten auspendeln.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen umfasst alle Erwerbs- und Vermögenseinkommen der im Landkreis Südliche Weinstraße lebenden Personen zuzüglich der empfangenen Übertragungen – wie Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld usw. – und abzüglich der geleisteten Übertragungen, wie insbesondere direkte Steuern und Sozialbeiträge.

Das verfügbare Einkommen entspricht dem Einkommen, das den privaten Haushalten im Landkreis letztlich zufließt und das sie für den Konsum oder die Vermögensbildung verwenden können. Es ist ein Indikator für die Kaufkraft der Menschen, die in einer Region leben.

Vielfältige Angebote für Besucherinnen und Besucher

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz und auch für den Landkreis Südliche Weinstraße. Von besonderer Bedeutung für die Region ist der Wein: Die Deutsche Weinstraße beginnt am Deutschen Weintor in Schweigen-Rechtenbach nahe der französischen Grenze und endet am Haus der Deutschen Weinstraße in Bockenheim im Landkreis Bad Dürkheim.

Wein, Wandern und Mandelblüte

Daneben locken das milde Klima, Burgen und Burgruinen sowie die reizvolle Landschaft vor allem Wanderer und Naturliebhaber in den Kreis – ob zur Mandelblüte im Frühjahr oder im Herbst zu einer Wanderung auf dem „Pälzer Keschdeweg“ durch Kastanienwälder.

Rheinland-Pfalz-Tag vom 28. bis 30. Juni

Ausrichter des diesjährigen Rheinland-Pfalz-Tages war vom 28. bis 30. Juni 2019 die Stadt Annweiler am Trifels. Das alljährlich in einer anderen Stadt stattfindende Landesfest ist 1984 ins Leben gerufen worden und hat somit bereits zum 35. Mal stattgefunden. Die Besucherinnen und Besucher erwartet hier ein umfangreiches Informations- und Unterhaltungsprogramm. Für Annweiler ist 2019 zudem ein Jubiläumsjahr, da sich die Verleihung der Stadtrechte zum 800. Mal jährt. Im Jahr 1219 erhob Stauferkaiser Friedrich II. Annweiler zur freien Reichsstadt.

Im Jahr 2018 kamen 353 703 Übernachtungsgäste in den Landkreis Südliche Weinstraße, das waren 2,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im rheinland-pfälzischen Mittel

stiegen die Besucherzahlen um ein Prozent, in den Landkreisen lediglich um 0,2 Prozent. Auch im längerfristigen Vergleich zu 2008 konnte der Landkreis Südliche Weinstraße mit +20 Prozent ein überdurchschnittliches Wachstum der Gästezahlen verbuchen. (Rheinland-Pfalz: +16 Prozent; Landkreise: +13 Prozent).

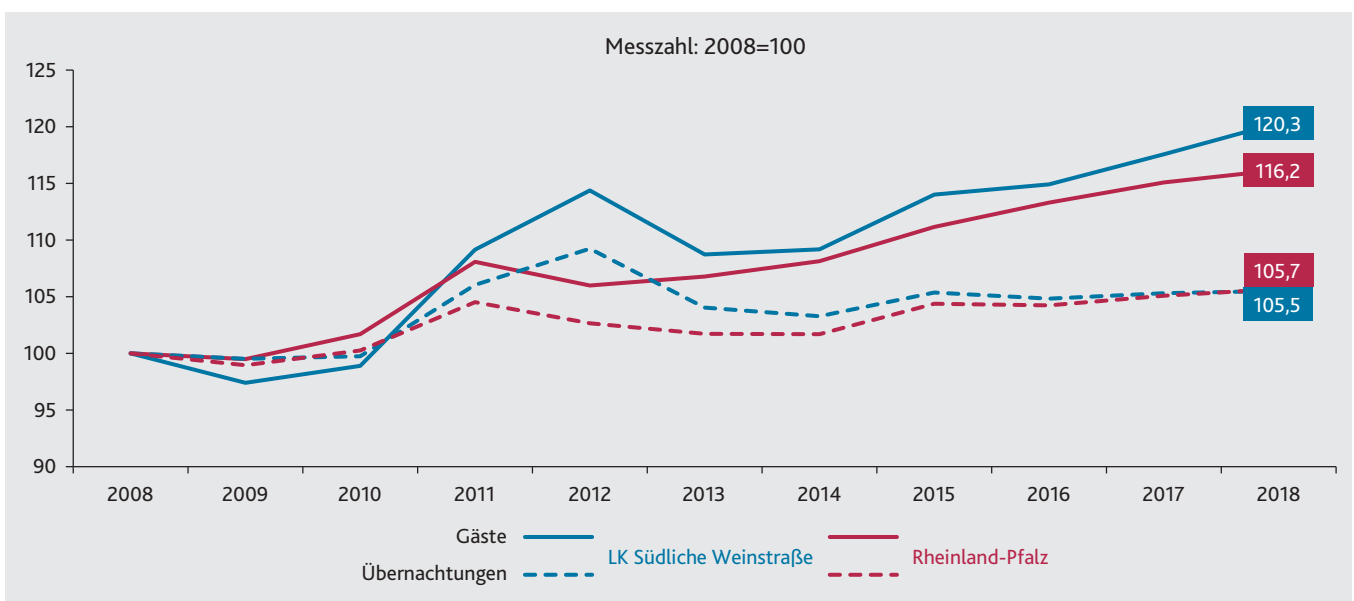
Überdurchschnittlicher Anstieg der Gästezahlen

Mit 95,5 Prozent kamen die meisten Übernachtungsgäste des Landkreises aus dem Inland. Der Anteil ausländischer Touristinnen und Touristen lag 2018 bei nur 4,5 Prozent, das ist der niedrigste Wert aller 36 Verwaltungsbezirke. Von den 16 070 Gästen aus dem Ausland kamen die meisten aus den Niederlanden und der Schweiz (18 bzw. 17 Prozent), gefolgt von den Reisenden aus Frankreich und Belgien (zwölf bzw. elf Prozent).

Nur wenige Gäste aus dem Ausland

Die Zahl der Übernachtungen lag 2018 mit 959 480 nur geringfügig höher als im Jahr zuvor (+0,2 Prozent). Im Landesdurchschnitt betrug der Anstieg 0,6 Prozent; im Durchschnitt der Landkreise war die Zahl der

G7 Gäste und Übernachtungen 2008–2018



Gäste- und Übernachtungsintensität

Für regionale Vergleiche wird die Zahl der Gäste bzw. der Übernachtungen auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner berechnet. Die Kennzahlen Gäste- und Übernachtungsintensität dienen als Indikatoren für die Bedeutung des Tourismus in einer Region und ermöglichen regionale Vergleiche.

Übernachtungen unverändert. Im längerfristigen Vergleich zu 2008 blieb das Wachstum mit +5,5 Prozent zwar leicht hinter der Landesentwicklung zurück (+5,7 Prozent), lag aber deutlich über dem Durchschnitt der Landkreise (+2,7 Prozent).

Überdurchschnittliche Gäste- und Übernachtungsintensität

Die insgesamt gute Entwicklung zeigt sich auch bei den Tourismusintensitäten: Im Jahr 2018 kamen auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner 3 194 Gäste. Im Landesmittel lag die Gästeintensität deutlich darunter (2 214; Landkreise: 2 246). Auch die Übernachtungsintensität war mit 8 663 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern überdurchschnittlich (Rheinland-Pfalz: 5 620; Landkreise: 6 265).

Besonders hohe Werte wurden in der Verbandsgemeinde Maikammer erzielt: Hier belief sich die Gästeintensität auf 10 245 und die Übernachtungsintensität auf 25 786.

Gäste bleiben durchschnittlich 2,7 Tage

Die mittlere Verweildauer der Gäste lag 2018 mit 2,7 Tagen etwas höher als im rheinland-pfälzischen Mittel (2,5 Tage), aber geringfügig unter dem Durchschnitt der Landkreise (2,8 Tage).

Günstige Entwicklungen am Arbeitsmarkt

Im Landkreis Südliche Weinstraße gab es 2016 Arbeitsplätze für rund 45 250 Menschen, das

waren 0,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor (Rheinland-Pfalz und Landkreise: jeweils +0,8 Prozent). Im längerfristigen Vergleich gegenüber 2006 stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 14 Prozent; im Landesdurchschnitt war der Anstieg mit +8,8 Prozent deutlich geringer (Landkreise: +8,3 Prozent).

Mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen (68 Prozent) waren 2016 im Landkreis Südliche Weinstraße in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt (Landkreise: ebenfalls 68 Prozent; Rheinland-Pfalz: 72 Prozent). Hier wurden in den letzten zehn Jahren per Saldo 4 610 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das Plus war mit 18 Prozent deutlich höher als im Landesdurchschnitt (+9,9 Prozent; Landkreise: +9,2 Prozent). Besonders viele neue Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (+2 870 Stellen bzw. +31 Prozent; Rheinland-Pfalz: +7,2 Prozent). Im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ wurden netto 1 045 Stellen bzw. 7,9 Prozent neue Arbeitsplätze geschaffen (Rheinland-Pfalz: +10 Prozent). Rund 700 Stellen entstanden im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“.

Viele neue Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen

Im Produzierenden Gewerbe konnten in den letzten zehn Jahren netto 1 025 neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden (+9,6 Prozent; Rheinland-Pfalz: +6,3 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe entstanden in diesem Zeitraum 480 neue Arbeitsplätze (+6,6 Prozent), im Baugewerbe waren es 560 (+18 Prozent).

Zuwachs auch im Produzierenden Gewerbe

In der Land- und Forstwirtschaft gingen dagegen netto 60 Arbeitsplätze verloren (-2,2 Prozent; Rheinland-Pfalz: +1 Prozent).

Arbeitsplatzdichte leicht unterdurchschnittlich

Für Vergleiche muss auf die Kennzahl „Arbeitsplatzdichte“ zurückgegriffen werden. Im Jahr 2016 kamen im Kreis Südliche Weinstraße auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner im erwerbsfähigen Alter 627 Erwerbstätige. Das waren etwas weniger als im Durchschnitt der Landkreise (636). Im Landesmittel lag die Arbeitsplatzdichte bei 749.

Arbeitsplatzdichte

Die absolute Zahl der Erwerbstätigen ist aufgrund der Größenunterschiede der Regionen als Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wenig aussagekräftig. Deshalb wird die sogenannte Arbeitsplatzdichte berechnet. Sie bezieht die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Starker Anstieg der Beschäftigtenzahlen

Rund 65 Prozent der Erwerbstätigen im Landkreis Südliche Weinstraße waren 2016 sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Landkreise: 66 Prozent; Rheinland-Pfalz: 68 Prozent). Im Juni 2018 hatten 31 310 Menschen mit einem solchen Beschäftigungsverhältnis ihren Arbeitsort im Kreis. Zwischen Mitte 2017 und Mitte 2018 hat sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 2,5 Prozent erhöht (Rheinland-Pfalz: +1,6 Prozent; Landkreise: +1,9 Prozent). Im Zehnjahresvergleich ist die Zahl kräftig um 30 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +16 Prozent; Landkreise: +18 Prozent).

Laut Bundesagentur für Arbeit gab es Mitte 2018 rund 9 590 geringfügig entlohnte Beschäftigte im Kreis. Von ihnen waren 62 Prozent ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt (Rheinland-Pfalz: 64 Prozent). Seit 2008 ist die geringfügige Beschäftigung um 17 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: +13 Prozent) und damit

deutlich schwächer als die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt.

Die Arbeitsmärkte im Landkreis Südliche Weinstraße und den umliegenden Regionen sind eng miteinander verflochten; es gibt eine große Zahl von Berufspendlerinnen und Berufspendlern. Berufsauspendlerinnen und -auspendler sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die zwar im Landkreis wohnen, aber außerhalb der Kreisgrenzen arbeiten. Berufseinpendlerinnen und -einpendler arbeiten dagegen im Kreis, wohnen aber außerhalb der Kreisgrenzen.

Im Jahr 2018 pendelten täglich 27 120 Beschäftigte aus dem Landkreis Südliche Weinstraße aus und 15 270 in den Kreis ein. Daraus ergibt sich ein Auspendlerüberschuss von 11 850 Beschäftigten. Vergleiche mit anderen Regionen sind jedoch wegen der Größenunterschiede nur mithilfe von Kennzahlen möglich: Auf 100 Beschäftigte mit Wohnort im Kreis kommen 63 Auspendlerinnen und Auspendler (Landkreise: 53). Landkreise weisen in der Regel einen Auspendlerüberschuss bzw. eine höhere Auspendler- als Einpendlerquote auf als kreisfreie Städte.

Der Großteil der Auspendlerinnen und Auspendler hatte einen Arbeitsplatz im übrigen Rheinland-Pfalz (73 Prozent). Der stärkste Auspendlerstrom führte in die kreisfreie Stadt Landau, die vom Kreisgebiet umschlossen wird und außerdem Sitz der Kreisverwaltung ist. Hier waren 7 370 bzw. 27 Prozent der Auspendlerinnen und Auspendler des Kreises beschäftigt. Jede bzw. jeder fünfte Beschäftigte pendelte in den Nachbarkreis Germersheim. In den kreisfreien Städten Ludwigshafen am Rhein und Neustadt an der Weinstraße hatten 6,7 bzw. 6,6 Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz.

Starke Pendlerverflechtungen

Auspenderüberschuss von 11 850 Beschäftigten

Enge Verflechtungen mit Landau und Nachbarkreis Germersheim

T 2

Auspendler/-innen und Einpendler/-innen aus dem bzw. in den Landkreis Südliche Weinstraße 2018

Zielgebiet Herkunftsgebiet	Auspendler/-innen ¹		Einpendler/-innen ²	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Insgesamt	27 123	100	15 269	100
darunter				
Rheinland-Pfalz	19 687	72,6	12 311	80,6
darunter				
Landau i. d. Pfalz, St.	7 368	27,2	3 306	21,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 811	6,7	241	1,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 793	6,6	1 480	9,7
Speyer, St.	1 041	3,8	200	1,3
LK Germersheim	5 401	19,9	3 180	20,8
LK Bad Dürkheim	610	2,2	870	5,7
Baden-Württemberg	5 661	20,9	1 250	8,2
darunter				
Karlsruhe, St.	2 656	9,8	271	1,8
Mannheim, St.	817	3,0	189	1,2
LK Karlsruhe	825	3,0	240	1,6
Rhein-Neckar-Kreis	271	1,0	176	1,2
Hessen	522	1,9	253	1,7

1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2018, die im Landkreis wohnen aber zur Arbeit über die Kreisgrenze hinaus fahren (ohne Ausland). – 2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2018, die im Landkreis arbeiten aber nicht wohnen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Von den Auspendlerinnen und Auspendlern arbeiteten 27 Prozent außerhalb von Rheinland-Pfalz. Jede bzw. jeder fünfte Beschäftigte pendelte in das Nachbarland Baden-Württemberg. Die meisten hatten ihren Arbeitsplatz in Karlsruhe (9,8 Prozent).

Der überwiegende Teil der Einpendlerinnen und Einpendler in den Kreis Südliche Weinstraße wohnen ebenfalls in Rheinland-Pfalz (81 Prozent). Die meisten Einpendlerinnen und Einpendler kamen 2018 aus Landau und dem Landkreis Germersheim (22 bzw. 21 Prozent). Ihren Wohnort außerhalb von Rheinland-Pfalz haben 19 Prozent der Einpendlerinnen und Einpendler. Die meisten dieser Beschäftigten kommen aus Baden-Württemberg (8,2 Prozent).

Insgesamt 2 290 Personen waren im Jahresdurchschnitt 2018 im Landkreis Südliche

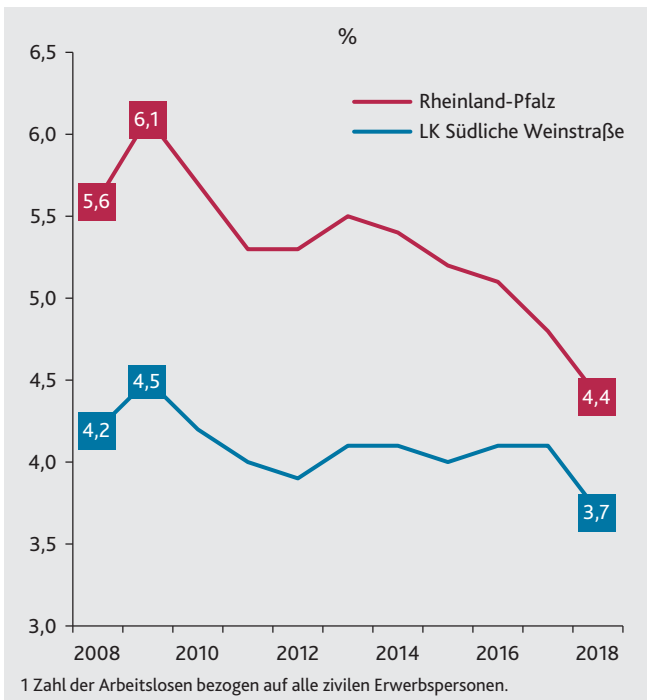
Weinstraße arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen an. Sie lag mit 3,7 Prozent unter dem rheinland-pfälzischen Wert und dem Durchschnitt der Landkreise (4,4 bzw. 3,8 Prozent).

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hatte deutliche Auswirkungen auf den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt. Im Jahr 2009 ist die Arbeitslosigkeit im Kreis Südliche Weinstraße – wie auch im Land insgesamt – gestiegen. Durch die vergleichsweise günstige wirtschaftliche Entwicklung im Kreis fiel der Anstieg aber geringer aus als im Landesdurchschnitt. Bis 2012 verringerte sich die Arbeitslosigkeit wieder. Im Jahr 2018 erreichte die Arbeitslosenquote im Kreis Südliche Weinstraße ihren niedrigsten Wert. Im Vergleich zu 2008 ist die Quote um 0,5 Prozentpunkte

Arbeitslosenquote niedrig

G 8

Arbeitslosenquote¹ 2008–2018



gesunken. Die rheinland-pfälzische Quote ist in diesem Zeitraum um 1,2 Prozentpunkte auf 4,4 Prozent gefallen.

Höchste Arbeitslosenquote bei den 55- bis unter 65-Jährigen

Besondere Problemgruppen am Arbeitsmarkt sind junge und ältere Arbeitslose, da bei ihnen die Gefahr besteht, dass der Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht bzw. nicht wieder gelingt. Die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen war 2018 mit 3,6 Prozent günstiger als im Landesdurchschnitt (4,1 Prozent; Landkreise: ebenfalls 3,6 Prozent). Die Arbeitslosenquote der 55- bis unter 65-Jährigen entsprach dagegen mit 4,7 Prozent nahezu dem rheinland-pfälzischen Wert (4,8 Prozent; Landkreise: 4,3 Prozent).

SGB II-Quote

Die SGB II-Quote bezieht die Zahl der Leistungsberechtigten, die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) erhalten, auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter bis zur Regelaltersgrenze.

Eine weitere Kennzahl für die Arbeitsmarktlage und die Wohlstandsverhältnisse in einer Region ist die SGB II-Quote. Sie war im Jahresdurchschnitt 2018 im Landkreis Südliche Weinstraße mit 5,1 Prozent deutlich geringer als in Rheinland-Pfalz insgesamt (7,1 Prozent). Werden nur die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (15 Jahre bis zur Regelaltersgrenze) betrachtet, ergibt sich eine Hilfequote von 4,3 Prozent (Rheinland-Pfalz: sechs Prozent). Bei den unter 15-Jährigen ergibt sich eine Quote von 8,9 (Rheinland-Pfalz: zwölf).

Niedrige SGB II-Quote

Fazit

In den vergangenen Jahrzehnten konnte der Landkreis Südliche Weinstraße Wanderungsgewinne erzielen, die ein stabiles Bevölkerungswachstum gewährleisteten. Auch für die Zukunft wird eine vergleichsweise günstige Entwicklung der Einwohnerzahl des Kreises erwartet.

Die hohe Lebensqualität und die Attraktivität des Kreises als Wohnort zeigen sich auch in dem überdurchschnittlichen verfügbaren Einkommen und der unterdurchschnittlichen Arbeitslosen- und SGB II-Quote. Viele Erwerbstätige arbeiten in den angrenzenden Ballungsräumen, wählen aber als Wohnort den Kreis Südliche Weinstraße. Dass es sich im Kreis gut leben lässt, ergab im letzten Jahr auch die ZDF-Zeit Studie „Wo lebt es sich am besten? – Die große Deutschland-Studie“⁴. Hier schnitt der Kreis Südliche Weinstraße im Vergleich der rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte und Landkreise am besten ab. Deutschlandweit belegte er Rang 17 von 401 Landkreisen und kreisfreien Städten.

4 ZDFzeit: Wo lebt es sich am besten? Die große Deutschland-Studie. <https://deutschland-studie.zdf.de> (Stand:28.5.2019).

Die Wirtschaft hat sich in allen Bereichen gut entwickelt, sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche konnten überdurchschnittliche Wachstumsraten verbuchen. Dadurch wurden viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Die Landwirtschaft, insbesondere der Weinbau, prägt das Bild des Kreises und ist zudem für den Tourismus von besonderer Bedeutung.

Der Landkreis Südliche Weinstraße gehört zur Metropolregion Rhein-Neckar und der

Technologieregion Karlsruhe. Zudem bietet die zentrale Lage des Landkreises in Deutschland und Europa, die räumliche Nähe zur Metropolregion Rhein-Main sowie gute Verkehrsanbindungen beste Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Kreises.

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“.

In der Reihe Rheinland-Pfalz regional sind bereits folgende Beiträge in den Statistischen Monatsheften erschienen:

- 6/2018 Kreisfreie Stadt Worms
- 5/2016 Landkreis Alzey-Worms
- 6/2015 Landkreis Kaiserslautern
- 4/2015 Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz
- 6/2014 Landkreis Mayen-Koblenz
- 11/2013 Landkreis Neuwied
- 6/2013 Rhein-Lahn-Kreis
- 4/2013 Westerwaldkreis
- 5/2012 Landkreis Mainz-Bingen
- 4/2012 Frankenthal (Pfalz)
- 10/2011 Kreisfreie Stadt Pirmasens
- 5/2011 Eifelkreis Bitburg-Prüm
- 3/2011 Kreisfreie Stadt Koblenz
- 2/2011 Kreisfreie Stadt Speyer
- 8/2010 Rhein-Hunsrück-Kreis
- 5/2010 Kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße
- 9/2009 Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein
- 6/2009 Landkreis Bad Kreuznach
- 7/2008 Kreisfreie Stadt Mainz
- 5/2008 Landkreis Ahrweiler
- 9/2007 Kreisfreie Stadt Trier
- 6/2007 Landkreis Birkenfeld

Diese Beiträge und unser umfangreiches Datenangebot auf regionaler Ebene finden Sie bei uns im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/regional/

Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung Ergebnisse auf der Verbandsgemeindeebene



Von Thomas Kirschey

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat im Februar 2019 mit der Statistischen Analyse „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017)“ eine neue Bevölkerungsprojektion vorgestellt. Die März-Ausgabe der Statistischen Monatshefte enthält einen Beitrag zu den mittel- und langfristigen demografischen Entwicklungen auf der Landesebene. In der April-Ausgabe wurden die Ergebnisse der Projektion für die kreisfreien Städte und Landkreise dargestellt.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis zum Jahr 2040 und beschreibt die Methode, die für die Vorausberechnung auf der Verbandsgemeindeebene verwendet wurde. Zudem werden Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Projektionsergebnisse gegeben.

Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz

Die fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2017 umfasst drei Modellvarianten, die sich nur hinsichtlich des künftigen Wanderungsgeschehens unterscheiden (siehe Textkasten: „Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung“).

Die Bevölkerungsprojektion wurde um die fünfte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden ergänzt. Diese basiert auf der mittleren Variante der fünf-

ten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung. Zur Berechnung wurden die Ergebnisse der 24 rheinland-pfälzischen Landkreise auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden „heruntergebrochen“. Es handelt sich also um eine tiefere Regionalisierung der auf der Kreisebene vorgelegten Zahlen.

Unter den Annahmen der mittleren Variante der fünften regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2017 ist bis 2040 mit einer Verringerung der Bevölkerungszahl um 2,6 Prozent zu rechnen; sie würde von 4,07 Millionen auf 3,97 Millionen Menschen sinken. Damit

Bevölkerungszahl sinkt im Land bis 2040 um 2,6 Prozent

wäre in etwa wieder die Bevölkerungszahl des Jahres 1995 erreicht. Der Rückgang um 105 600 Personen in den nächsten 23 Jahren bedeutet eine durchschnittliche Abnahme von jährlich etwa 4 600 Personen bzw. 0,11 Prozent.

Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Die Bevölkerungsentwicklung wird auch künftig regional unterschiedlich verlaufen. Das zeigen die Untersuchungen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise.

Entwicklung in den kreisfreien Städten bis 2040

Fünf der zwölf kreisfreien Städte werden bis 2040 noch Bevölkerungszuwächse aufweisen. Die höchsten Anstiege sind in Ludwigshafen (+4,6 Prozent), Worms (+1,7 Prozent) und Frankenthal (+1,4 Prozent) zu erwarten. Die stärksten Rückgänge dürften Pirmasens (-12 Prozent), Zweibrücken (-8,1 Prozent) und Kaiserslautern (-3,3 Prozent) zu verzeichnen haben.

Von den 24 rheinland-pfälzischen Landkreisen werden nach der mittleren Variante der Vorausberechnung bis 2040 noch fünf Kreise Einwohnergewinne erzielen. Die größten Zuwächse sind für den Rhein-Pfalz-Kreis, den Landkreis Mainz-Bingen (jeweils +2,9 Prozent) sowie den Landkreis Trier-Saarburg (+2,1 Prozent) zu erwarten. Dagegen werden für 19 Landkreise sinkende Bevölkerungszahlen vorausberechnet. Die Landkreise Birkenfeld (-12 Prozent), Kusel (-11 Prozent) und Südwestpfalz (-10 Prozent) werden im zweistelligen Prozentbereich Einwohnerinnen und Einwohner verlieren.

Entwicklung in den Landkreisen bis 2040

Bevölkerungsentwicklung in den verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Die Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden basiert auf den Berechnungen für die Landkreise. Der kleinräumigen Projektion liegt der Gebiets-

Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnungen

Die fünfte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden basiert auf der mittleren Variante der fünften regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2017.

Dieser liegen mittelfristig folgende Annahmen – bezogen auf Rheinland-Pfalz – zugrunde:

- Die **Geburtenrate** sinkt bis 2025 von 1,6 auf 1,5 Kinder je Frau und bleibt danach bis 2040 konstant.
- Die **Lebenserwartung** nimmt – im Vergleich zur Sterbetafel 2015/17 – bis 2040

bei Frauen von 83 auf 85,9 Jahre und bei Männern von 78,6 auf 82,1 Jahre zu.

- Der **Wanderungssaldo** sinkt bis 2025 von etwa +17 500 Personen im Jahr 2017 auf +9 000 Personen pro Jahr und bleibt danach bis 2040 konstant.

Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise: Den Berechnungen liegt in der Regel der sogenannte „**Ceteris-paribus-Ansatz**“ zugrunde. Das bedeutet, dass sich die geschlechts- und altersspezifische regionale Verteilung der Zuzüge und Fortzüge künftig so fortsetzt, wie im Stützzeitraum der mittleren Variante.

Kleinräumige
Entwicklung
auf der Ver-
bandsgemein-
deebene

stand zum 1. Januar 2019 zugrunde. Rheinland-Pfalz gliedert sich in zwölf kreisfreie Städte und 24 Landkreise. Zu den Landkreisen zählen aktuell 30 verbandsfreie Gemeinden und 139 Verbandsgemeinden. Die Verbandsgemeindeebene umfasst somit 181 Verwaltungsbezirke. Für künftige Fusionen werden die Berechnungen zu gegebener Zeit angepasst.

Bevölkerungs-
zuwächse bis
2040

Die Spannweite der Ergebnisse fällt größer aus als auf der Kreisebene. Neben fünf kreisfreien Städten sind bis 2040 für 14 der 30 verbandsfreien Gemeinden sowie für 28 der 139 Verbandsgemeinden Bevölkerungszuwächse zu erwarten. Die meisten Zuwächse ergeben sich in den beiden Landkreisen, für die der höchste Bevölkerungsanstieg vorausberechnet wurde. Im Rhein-Pfalz-Kreis sind es vier der fünf verbandsfreien Gemeinden sowie drei der fünf Verbandsgemeinden. Im Kreis Mainz-Bingen werden für zwei der drei verbandsfreien Gemeinden sowie für sechs der sieben Verbandsgemeinden höhere Bevölkerungszahlen erwartet. In den Landkreisen Trier-Saarburg, Germersheim und Südliche Weinstraße werden jeweils in vier Gebieten der Verbandsgemeindeebene 2040 mehr Einwohnerinnen und Einwohner leben als 2017. Für die verbandsfreie Gemeinde Schifferstadt (+10 Prozent), die Verbandsgemeinden Bodenheim und Heidesheim am Rhein (jeweils +8,6 Prozent) sowie für die Verbandsgemeinde Offenbach an der Queich (+8,1 Prozent) und die verbandsfreie Gemeinde Limburgerhof (+7,6 Prozent) ergeben sich aus der Projektion bis 2040 die höchsten Bevölkerungsanstiege.

Entsprechend werden bis 2040 – außer den sieben kreisfreien Städten – für 16 der 30 verbandsfreien Gemeinden sowie für 111 der 139 Verbandsgemeinden sinkende

Bevölkerungszahlen vorausberechnet. Rückgänge von mehr als acht Prozent ergeben sich neben den kreisfreien Städten Pirmasens und Zweibrücken für zwei verbandsfreie Gemeinden sowie für 37 Verbandsgemeinden. Am häufigsten betroffen sind die Landkreise Südwestpfalz (fünf der sieben Verbandsgemeinden) sowie Birkenfeld (eine verbandsfreie Gemeinde und drei der vier Verbandsgemeinden). In den Landkreisen Altenkirchen, Bad Kreuznach und Kusel sowie im Donnersbergkreis und im Rhein-Hunsrück-Kreis könnte die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in jeweils drei Gebieten der Verbandsgemeindeebene bis 2040 ebenfalls um mehr als acht Prozent sinken. Die stärksten Rückgänge gegenüber 2017 sind in den Verbandsgemeinden Herrstein und Baumholder (jeweils –18 Prozent), Meisenheim (–17 Prozent), Lauterecken-Wolfstein (–15 Prozent) sowie in der verbandsfreien Gemeinde Idar-Oberstein (–15 Prozent) zu erwarten.

Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Ergebnisse kleinräumiger Bevölkerungsvorausberechnungen

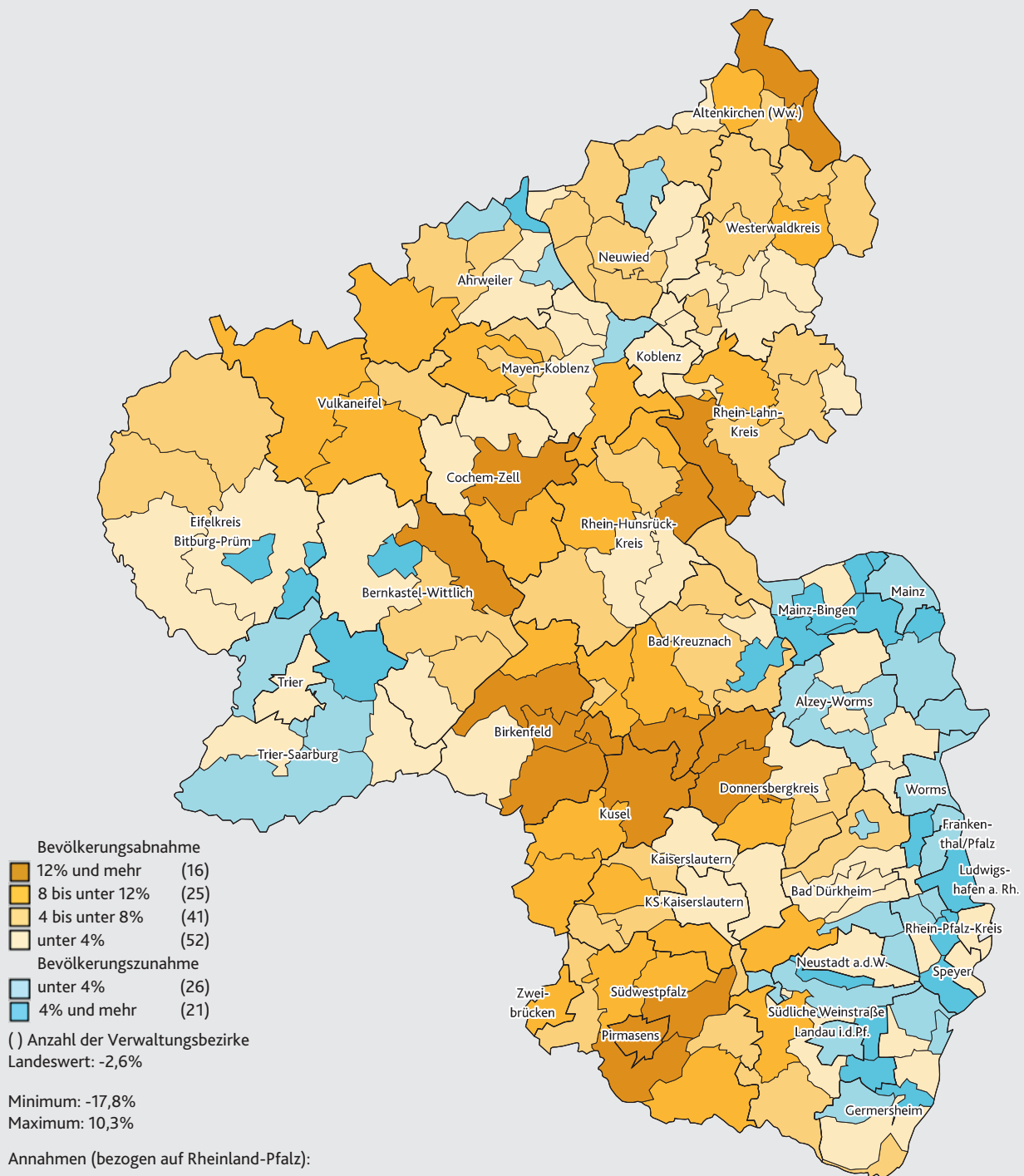
Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen werden von kommunalen Entscheidungsträgern für vielfältige Aufgaben der Fach- und Regionalplanung benötigt. Hier sind neben Kindertagesstätten, Schulen, Senioren- und Pflegeheimen auch Anlagen und Einrichtungen der Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur zu nennen. Darüber hinaus sind Gesamtzahl und Altersstruktur der Bevölkerung auch für die Entwicklung der kommunalen Finanzen sowie für die Flächennutzungsplanung von Bedeutung, beispielsweise im Hinblick auf die Ausweisung neuer Gebiete für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen.

Bevölkerungs-
rückgänge bis
2040

Bevölkerungs-
vorausbe-
rechnungen
als Planungs-
grundlagen

K 1

Bevölkerung 2017–2040 nach Verwaltungsbezirken



Bevölkerungsabnahme	
12% und mehr	(16)
8 bis unter 12%	(25)
4 bis unter 8%	(41)
unter 4%	(52)
Bevölkerungszunahme	
unter 4%	(26)
4% und mehr	(21)

() Anzahl der Verwaltungsbezirke
 Landeswert: -2,6%

Minimum: -17,8%
 Maximum: 10,3%

- Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz):
- Geburtenrate sinkt bis 2025 von 1,6 auf 1,5 Kinder je Frau, danach bis 2040 konstant.
 - Lebenserwartung steigt bis 2040 für Frauen von 83 auf 85,9 Jahre und für Männer von 78,6 auf 82,1 Jahre.
 - Wanderungssaldo sinkt bis 2025 von etwa +17 500 Personen in der mittleren Variante auf +9 000 Personen, danach bis 2040 konstant.

Schätzung der Parameter der Bevölkerungsbewegungen

Die Schwierigkeit einer Bevölkerungsvorausberechnung besteht darin, die Parameter zu schätzen, die benötigt werden, um für das jeweilige Projektionsjahr die Höhe der Geburten und Sterbefälle sowie das Ausmaß der Zuzüge und Fortzüge zu bestimmen. Diese Aufgabe ist umso schwieriger, je kleiner die Gebietseinheiten sind, für welche Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt werden sollen.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Um die künftigen Geburten berechnen zu können, müssen für die Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren Geburtenziffern geschätzt werden. Für die Berechnung der Sterbefälle sind alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern zu ermitteln. Beides geschieht in der Regel mithilfe von Vergangenheitswerten dieser Parameter. Je kleiner die Bevölkerung eines Gebietes und damit die Besetzung der einzelnen Altersjahre ist, desto stärker können von einem Jahr zum nächsten die Vergangenheitswerte der Geburten- bzw. Sterbeziffern schwanken, und umso schwieriger ist es, die Werte dieser Parameter für die Zukunft zu schätzen.

Räumliche Bevölkerungsbewegung

Noch größer sind die Schwierigkeiten bei der Abschätzung der künftigen Zu- und Fortzugsziffern, mit denen das Ausmaß der Zuzüge und der Fortzüge im Projektionszeitraum berechnet wird. Insbesondere kleinräumige Wanderungen sind schwankungsanfällig. So können Sonderereignisse wie zuletzt im Falle des verstärkten Zuzugs Schutzsuchender, aber auch beispielsweise durch die Ausweisung von Baugebieten, die Ansiedlung von Gewerbebetrieben oder den Ausbau von Verkehrsachsen für eine kurze Zeit zu einem starken Anstieg der Zuzüge aus Nachbargemeinden oder auch aus weiter entfernten Gemeinden führen. Ein sol-

cher Zuwanderungsstrom ebbt ab, wenn beispielsweise das Baugebiet ausgeschöpft ist oder der neue Gewerbebetrieb die angestrebte Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingestellt hat. Wenn in der Zeitreihe der Vergangenheitswerte eine solche kurzfristige „Spitze“ aufgetreten ist, geht diese in die Vorausberechnung ein und wird in die Zukunft fortgeschrieben. Dies führt zu einer Überschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung in solchen Gebieten.

Die Entwicklung kann aber auch unterschätzt werden, wenn bereits abgeschlossene Bau- oder Ansiedlungsplanungen der Kommunen, die erst im Vorausberechnungszeitraum realisiert werden, Auswirkungen auf die zukünftigen Wanderungsströme haben. In den nur aus Vergangenheitswerten geschätzten Zu- und Fortzügen des Projektionszeitraumes sind diese bevölkerungswirksamen Planrealisationen noch nicht enthalten.

Trotz dieser Schwierigkeiten können kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen für einen mittelfristigen Zeitraum gute Planungsgrundlagen liefern, wenn sie von den Nutzern um spezifische Ortskenntnisse ergänzt und entsprechend interpretiert werden.

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnungen auf der Verbandsgemeindeebene

Um zu gewährleisten, dass die kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis zum Jahr 2040 auf die fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung abgestimmt ist, wurden die Ergebnisse der mittleren Variante für die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise auf die jeweils zugehörigen verbandsfreien Gemeinden

Ergänzung um spezifische Ortskenntnisse erforderlich

Verbandsgemeindergebnisse auf mittlere Variante der Kreisergebnisse abgestimmt

und Verbandsgemeinden „heruntergebrochen“. Es handelt sich also um eine tiefere Regionalisierung der für die Kreisebene berechneten Zahlen. Die Summe der Ergebnisse auf der Verbandsgemeindeebene weicht dabei aufgrund von Rundungsdifferenzen geringfügig von den Ergebnissen des jeweiligen Landkreises ab.

Verbands-
gemeinde-
ergebnisse
bis 2040

Die Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgt für eine mittlere Frist. Da sich die Rahmenbedingungen kleinräumig schneller ändern können, als dies beispielsweise auf Landesebene der Fall ist, wurde der Projektionszeitraum auf das Jahr 2040 begrenzt.

Berechnungen
liegen kreis-
spezifische Zif-
fern zugrunde

Als Basis der fünften regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung dienen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2017. Das Jahr 2017 wird deshalb als Basisjahr bezeichnet. Für die Berechnung der künftigen Entwicklung wurde die Methode der geburtsjahrgangweisen Fortschreibung gewählt. Sie erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Bevölkerung.

Der Ablauf der Bevölkerungsvorausberechnung stellt sich folgendermaßen dar: Gerechnet wird auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbe- sowie Wanderungsziffern. Bei der Berechnung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

Kreisergebnis-
se der natür-
lichen und
räumlichen
Bevölkerungs-
bewegung ...

Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung für das erste Projektionsjahr ermittelt. Die Bevölkerung des Basisjahres wird um die Zahl der berechneten Sterbefälle vermindert. Die

überlebenden Personen rücken anschließend in das nächste Altersjahr vor. Die berechneten Lebendgeborenen bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Projektionsjahres.

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölkerungsbewegung an. Die Bevölkerung zum Ende des ersten Jahres der Projektion wird um die Fortzüge über die Kreisgrenzen vermindert. Die in eine kreisfreie Stadt bzw. einen Landkreis zuziehenden Personen erhöhen entsprechend die dortige Bevölkerungszahl.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Zeithorizont der Modellrechnung und erzeugt für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsstand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Die Verteilung der Geburten und Sterbefälle sowie der Zuzüge und Fortzüge über die Kreisgrenze auf die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden des jeweiligen Landkreises wird bei der kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung für alle Projektionsjahre anhand der durchschnittlichen Entwicklung im Stützzeitraum der mittleren Variante der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung vorgenommen. Der Stützzeitraum umfasst die Jahre 2008 bis 2017. Dabei sind auch bei der Verteilung auf die Verbandsgemeindeebene die Jahre 2015 und 2016, die durch ein extremes Außen- und Binnenwanderungsgeschehen gekennzeichnet waren, nicht berücksichtigt worden.

... werden
auf die ver-
bandsfreien
Gemeinden
und Verbands-
gemeinden
verteilt

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Berechnungen auf der Kreisebene und der Verbandsgemeindeebene ist die regio-

Berücksichtigung der Wanderungen auf der Verbandsgemeindeebene

nale Verteilung der Wanderungen. Bei den Modellrechnungen auf der Ebene der kreisfreien Städte werden nur die Wanderungen über die Kreisgrenzen berücksichtigt. Dabei handelt es sich um die Zuzüge und Fortzüge aus dem Ausland, den anderen Bundesländern sowie den anderen rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten und Landkreisen.

Bei der Berechnung der Verbandsgemeindergebnisse muss in einem weiteren Rechenschritt mit der Betrachtung der Wanderungen innerhalb eines Landkreises (Kreisbinnenwanderung) ein zusätzlicher Aspekt berücksichtigt werden. Auch bei dieser Berechnung erfolgt die Verteilung der künftigen Wanderungen zwischen den einzelnen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden eines Landkreises nach einzelnen Altersjahren und dem Geschlecht auf der Grundlage des durchschnittlichen Wanderungsgeschehens im Stützzeitraum der mittleren Variante der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Wo finden sich die Ergebnisse?

Detaillierte Ergebnisse kostenfrei im Internet

Für jeden Landkreis stehen detaillierte Ergebnisse für die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zum kostenfreien Download im Internet. Die Übersichtstabellen enthalten die Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion bis 2040 sowie die künftige Entwicklung der Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis unter 65 Jahre, 65 Jahre und älter) für das Basisjahr 2017 sowie für das Projektionsjahr 2040.

Darüber hinaus gibt es für jede verbandsfreie Gemeinde und Verbandsgemeinde ein Datenblatt, das neben der Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Hauptaltersgruppen auch die Entwicklungen in zehn

Ergebnisse der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Detaillierte Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für die Verbandsgemeindeebene stehen als PDF-Dateien zum kostenfreien Download im Internet-Angebot des Statistischen Landesamtes unter www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/demografischer-wandel/regionalergebnisse/ zur Verfügung. Für jeden Landkreis sind die Ergebnisse der zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden für ausgewählte Projektionsjahre nach Altersgruppen der Bevölkerung dargestellt.

bedarfsgerecht abgegrenzten Altersgruppen von 2017 bis 2040 enthält.

Um die Ergebnisse größenmäßig besser einordnen zu können, sind in den Datenblättern zusätzlich die Werte für den jeweiligen Landkreis und für Rheinland-Pfalz für die entsprechenden Jahre dargestellt.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen Staat, Soziales“ tätig.

Info

Die Statistische Analyse N° 48 „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017)“ steht im Internet unter www.statistik.rlp.de/Demografischer_Wandel zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In der März-Ausgabe der Statistischen Monatshefte erschien die Kommentierung der Ergebnisse für die Landesebene unter dem Titel: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung: Ergebnisse auf der Landesebene. In der April-Ausgabe wurden die Ergebnisse auf der Kreisebene beschrieben.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2017

Fast jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer hat einen Migrationshintergrund



Von Sebastian Fückel

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht durch Geburt besitzen, oder die von mindestens einem Elternteil abstammen, auf das dies zutrifft, ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Im Jahr 2017 hatten knapp 936 000 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer einen Migrationshintergrund.

Das waren knapp 23 000 mehr als vor einem Jahr und knapp 182 000 mehr als noch 2012. Der Anstieg geht unter anderem auf die starke Zuwanderung Schutzsuchender in den Jahren 2014, 2015 und 2016 zurück. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Durchschnitt deutlich jünger und weist einen etwas höheren Männeranteil auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Zudem lebt sie häufiger in Familien und zählt im Mittel etwas mehr Haushaltsmitglieder. Ihre Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen bleiben jedoch nach wie vor hinter den Chancen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zurück. Mit Hilfe der Daten des Mikrozensus kann darüber hinaus gezeigt werden, wie gut die gesellschaftliche Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz voranschreitet.

Mehr Zu- als Fortzüge

Seit 1950
deutlich mehr
Zu- als Fortzüge

Rheinland-Pfalz weist deutlich mehr Zu- als Fortzüge auf – und das nicht erst, seit in den vergangenen Jahren zahlreiche Schutzsuchende in Rheinland-Pfalz Zuflucht vor Verfolgung oder Vertreibung gefunden haben. Dieser Schluss ist möglich, wenn das Wanderungsgeschehen des Landes über einen längeren Zeitraum betrachtet wird.

So sind seit 1950 bereits mehr als 7,5 Millionen Menschen über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz immigriert. Das entspricht in etwa dem 1,8-fachen der Einwohnerzahl des Landes zum Jahresende 2017. Allerdings

haben seit Beginn der 50er-Jahre auch gut 6,4 Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer das Land (wieder) verlassen, sodass in den betrachteten 68 Jahren netto etwa 1,1 Millionen Menschen mehr nach Rheinland-Pfalz zu- als abgewandert sind. Die Bevölkerungsstruktur – wie auch ihre Entwicklung – werden somit in hohem Maße von Zu- und Fortzügen geprägt. Das gilt vor allem auch für die jüngere Vergangenheit des Landes.

Denn allein seit 1991 beläuft sich die Netozuwanderung auf circa 519 500 Personen. Damit übersteigt die Zahl der Zuzüge

Wanderungsgewinne seit 1991 gehen überwiegend auf Ausländerinnen und Ausländer zurück

die der Fortzüge seit Beginn der 90er-Jahre um durchschnittlich gut 19 200 Personen pro Jahr. Von den knapp 3,2 Millionen Personen, die sich seitdem insgesamt in Rheinland-Pfalz niedergelassen haben, verfügten gut 1,3 Millionen bzw. 42 Prozent nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den knapp 2,7 Millionen Personen, die das Land seitdem (wieder) verlassen haben, waren hingegen nur rund 956 000 Ausländerinnen bzw. Ausländer (36 Prozent). Somit gehen die Wanderungsgewinne, die Rheinland-Pfalz seit 1991 beinahe durchgehend erzielte¹, überwiegend auf die ausländische Bevölkerung zurück.

Wanderungssaldo unter den Deutschen seit 2006 durchgehend negativ

Dies verdeutlicht auch der durchschnittliche jährliche Wanderungssaldo, der sich unter den Ausländerinnen und Ausländern auf gut 13 600 Personen beläuft. Unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit beträgt er hingegen nur etwa 5 600 Personen. War der Wanderungssaldo unter den Deutschen bis 2005 noch durchgehend positiv, fällt er seither in jedem Jahr negativ aus. Dagegen gab es seit 1991 kein Jahr, in dem mehr Ausländerinnen und Ausländer das Land verlassen haben, als neu hinzugezogen sind. Entsprechend werden die Bevölkerungsgewinne, die Rheinland-Pfalz durch Außenwanderungen erzielt, seit 2006 allein von den Ausländerinnen und Ausländern getragen.

Zuwanderer und ihre Nachkommen – ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit – prägen somit das Bild und die Bevölkerungsstruktur von Rheinland-Pfalz. Allerdings kann sich gerade für die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Wechsel des Wohnortes eine Vielzahl besonderer

¹ Nur in den Jahren 2008 und 2009, die von einer weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt waren, fiel der Wanderungssaldo in Rheinland-Pfalz negativ aus (–6 600 bzw. –2 800 Personen).

Herausforderungen verbinden. Zum Beispiel, wenn die Integration in ein neues soziales, Wohn- und Beschäftigungsumfeld zusätzlich noch durch sprachliche und kulturelle Unterschiede erschwert wird. Nicht selten können sich daraus dauerhafte Nachteile mit Blick auf die jeweiligen Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen ergeben – wie auch für die Lebenschancen insgesamt. Zum Teil können sich diese Nachteile sogar noch bis auf die Kinder- und Enkelgenerationen der Migrantinnen und Migranten übertragen. Die Frage, wie sich die Lebenssituation bzw. die soziale Lage von Menschen mit Migrationshintergrund darstellt und wie sie sich von Menschen ohne Migrationshintergrund unterscheiden, ist daher von erheblicher sozial- und gesellschaftspolitischer Bedeutung. „Wie hat sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren entwickelt?“, „Wie leben sie und wie stellt sich ihre Sozialstruktur dar?“ und „Wie gut sind die Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz integriert?“ sind daher wesentliche Fragen, denen im Folgenden nachgegangen werden soll. Grundlage für die Beantwortung sind die Ergebnisse des Mikrozensus, mit dessen Hilfe bereits seit 2005 jährlich umfangreiche Daten zu den Personen mit Migrationshintergrund erfasst werden.

Definitionen, Abgrenzungen und methodische Hinweise

Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Diese Definition liegt den Ergebnissen des Mikrozensus zugrunde, die im Folgenden präsentiert werden.

Integration von Migrantinnen und Migranten ist wichtige sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe

Begriffsbestimmungen

Im Einzelnen fallen darunter

- zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer,
- zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,
- (Spät-)Aussiedlerinnen und -Aussiedler,
- Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben, sowie
- mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Kinder der vier zuvor genannten Gruppen.

Die Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs und ihre Nachkommen gehören hingegen nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Das gilt auch für Personen, deren beide Eltern keinen Migrationshintergrund haben, und mit deutscher Staatsangehörigkeit während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren sind, da in diesem Fall sie selbst wie auch ihre Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind. Kinder von Eltern ohne Migrationshintergrund können keinen Migrationshintergrund haben.

Migrationshintergrund im engeren und weiteren Sinne

Im Rahmen des Mikrozensus wird zwischen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinn und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn unterschieden. Dies liegt im Frageprogramm des Mikrozensus sowie in dessen Anlage als Haushaltserhebung begründet. So können Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Merkmale keinen direkten Migrationshintergrund haben, jedoch von wenigstens einem Elternteil abstammen, das Ausländerin oder Ausländer, eingebürgert oder (Spät-)Aussiedlerin bzw. (Spät-)Aussiedler ist, und nicht mit diesem Elternteil im gleichen Haushalt leben, nur in den Erhebungsjahren 2005, 2009 und 2013 identifiziert werden. Werden diese Fälle in die Ergebnisdarstellung einbe-

zogen, handelt es sich um die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn. Der Ausweis des Migrationshintergrundes im engeren Sinn bedeutet hingegen immer, dass nur jene Informationen über Eltern genutzt werden, die mit der bzw. dem Befragten im gleichen Haushalt leben. Um bei der Darstellung von Entwicklungen im Zeitverlauf eine möglichst hohe Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird im Folgenden stets für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinn berichtet. Dadurch wird die Gesamtzahl der Personen mit Migrationshintergrund allerdings unterschätzt.

Bei Vergleichen über die Zeit sollte weiter beachtet werden, dass sich das Erhebungsprogramm der Merkmale, die für die Bestimmung des Migrationshintergrundes relevant sind, im Zeitverlauf gewandelt hat. So wurde beispielsweise in Folge des im Jahr 2016 geänderten Mikrozensusgesetzes ab dem Berichtsjahr 2017 die Frage zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit um die Antwortmöglichkeit „durch Adoption durch einen deutschen Elternteil“ ergänzt. Die Frage deckt somit erst ab diesem Zeitpunkt alle Möglichkeiten zur Art des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit detailliert ab. Diese und weitere Anpassungen können die Vergleichbarkeit der Ergebnisse über die Zeit in einzelnen Fällen einschränken.

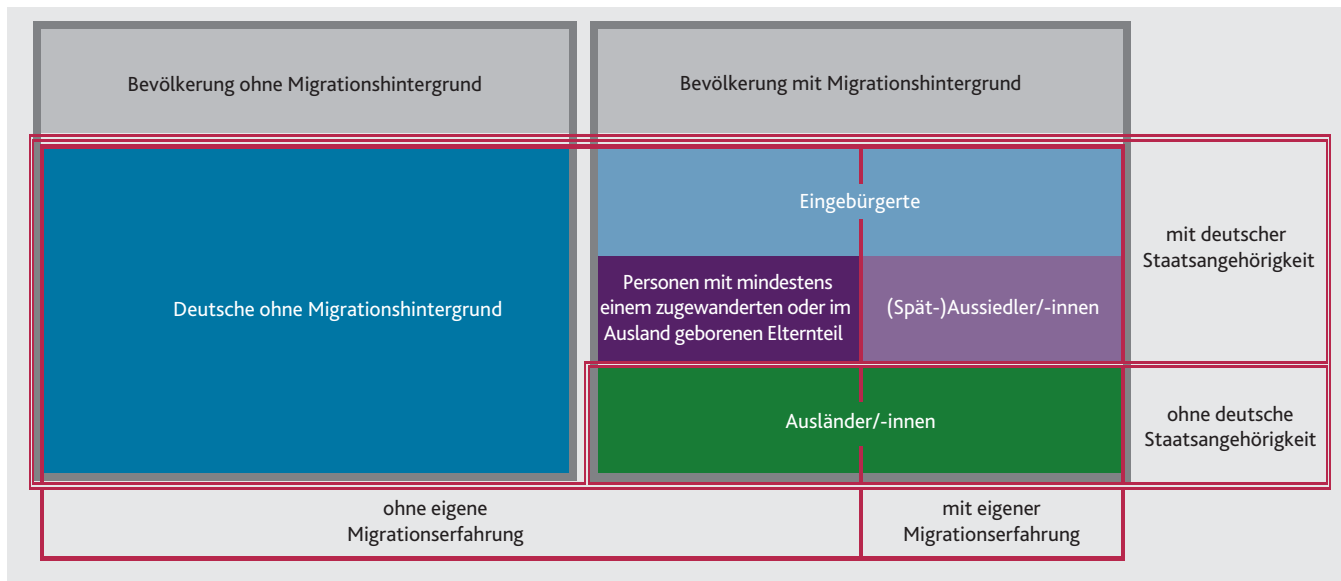
Aussagekraft von Vergleichen über die Zeit teilweise eingeschränkt

Losgelöst von diesen Aspekten kann die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weiter untergliedert werden. So ist es zum Beispiel möglich, danach zu trennen, ob eine Person zugewandert, d. h. im Ausland geboren, oder nicht zugewandert, also in Deutschland geboren ist. Für diese Unterscheidung wird im Folgenden auch der Ausdruck „Personen mit (bzw. ohne) eigene Migrationserfahrung“ genutzt. Zudem können anhand der

Teilgruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Ü 1

Binnendifferenzierung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund



jeweiligen Staatsangehörigkeit Deutsche von Ausländerinnen und Ausländern getrennt oder spezielle Teilgruppen – etwa (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie Eingebürgerte – identifiziert werden, wie in Übersicht 1 beispielhaft illustriert.

Fast jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer hat einen Migrationshintergrund

Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund nähert sich der Milliongrenze

Von den knapp über vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern², die 2017 in Rheinland-Pfalz lebten, hatten circa 935 600 Personen einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 23 Prozent und bedeutet, dass annähernd jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt oder von wenigstens einem Elternteil abstammt, auf das dies zutrifft.

² Grundlage der Berechnungen ist – sofern nicht anders angegeben – nachfolgend stets die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz.

Gegenüber dem Jahr 2012 – also deutlich vor dem Einsetzen des starken Zustroms Schutzsuchender nach Rheinland-Pfalz – haben sich die Zahl und der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund kräftig erhöht (+181 800 Personen bzw. +4,2 Prozentpunkte). Neben der verstärkten Zuwanderung Schutzsuchender in den Jahren 2014, 2015 und 2016 dürfte hierzu auch die zuletzt deutlich höhere Geburtenrate ausländischer gegenüber deutschen Frauen beigetragen haben. Die Zahl der Menschen ohne Migrationshintergrund ist im gleichen Zeitraum dagegen geschrumpft – und zwar um 116 000 Personen auf knapp 3,08 Millionen.

Gut zwei Drittel (68,4 Prozent) der Personen mit Migrationshintergrund verfügen über eine eigene Migrationserfahrung, d. h. es handelt sich um Zuwanderer, deren Geburtsort im Ausland liegt. Ihre Zahl ist besonders in den Jahren 2015 und 2016 stark angewachsen (+21 000 bzw. +61 600 Personen). Insgesamt ergibt sich gegenüber dem Jahr

Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund seit 2012 kräftig gestiegen

Gut zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund sind im Ausland geboren

T 1

Bevölkerung 2012–2017 nach Migrationshintergrund

Bevölkerungsgruppe	2012	2013	2014	2015	2016	2017
1 000						
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	3 195,1	3 148,1	3 136,8	3 132,0	3 100,3	3 079,1
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	753,8	788,3	808,2	838,0	912,7	935,6
Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung	502,1	525,7	541,1	562,1	623,7	639,7
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	271,6	280,6	280,5	276,5	285,2	282,5
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	230,4	245,1	260,6	285,7	338,6	357,2
Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung	251,7	262,6	267,1	275,9	289,0	295,8
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	199,1	212,4	215,3	221,1	234,9	237,7
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	52,6	50,3	51,8	54,8	54,1	58,1
%						
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	80,9	80,0	79,5	78,9	77,3	76,7
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	19,1	20,0	20,5	21,1	22,7	23,3
Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung	12,7	13,4	13,7	14,2	15,6	15,9
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung	6,9	7,1	7,1	7,0	7,1	7,0
Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung	5,8	6,2	6,6	7,2	8,4	8,9
Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung	6,4	6,7	6,8	7,0	7,2	7,4
Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung	5,0	5,4	5,5	5,6	5,9	5,9
Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5

2012 ein Plus in Höhe von 137 700 Personen. Damals lag der Anteil der Zugewanderten an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund noch bei 66,6 Prozent.

Mehrheit der
Zuwanderer
ohne deut-
schen Pass

Etwas mehr als die Hälfte der Zuwanderer verfügt nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit (56 Prozent), gehört also zur Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer. Bei den übrigen Zugewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich in der Mehrzahl (170 700 Personen bzw. 27 Prozent) um (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Die Gruppe der Eingebürgerten mit eigener Migrationserfahrung beläuft sich dagegen „nur“ auf 111 900 Personen (17,5 Prozent).

Als wichtigstes Motiv für den Zuzug nach Deutschland gibt der weitaus größte Teil der

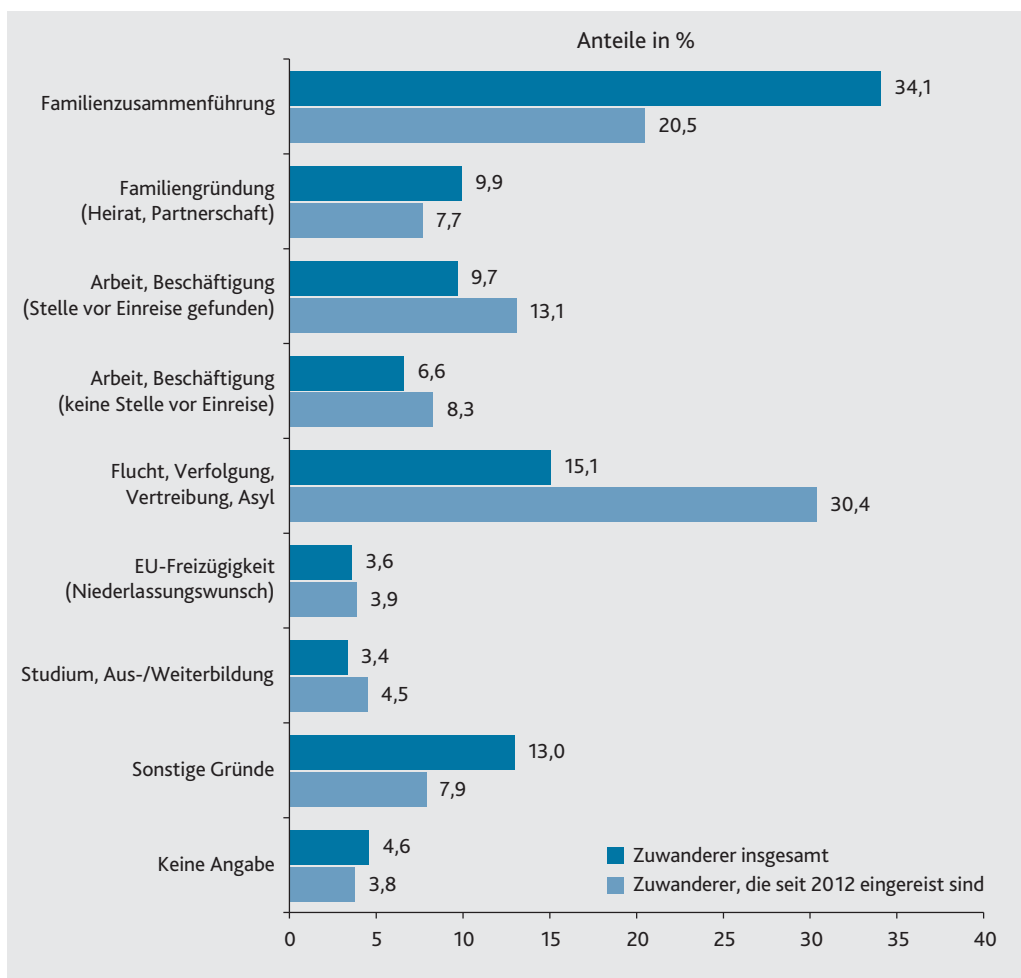
Zugewanderten familiäre Gründe an. So ist mehr als jede dritte Person gemeinsam mit einem Familienmitglied nach Deutschland eingereist bzw. diesem im Zuge der Familienzusammenführung gefolgt (34,1 Prozent bzw. 218 100 Personen). Weitere 63 600 Personen bzw. 9,9 Prozent sind zum Zweck der Familiengründung mit Heiratsabsichten bzw. zum Eingehen einer Partnerschaft nach Deutschland gekommen.

Familie, Arbeit
und Flucht sind
die wichtigsten
Zuwanderungs-
motive

Aussichten auf einen (besseren) Arbeitsplatz bewegen knapp jede sechste Zugewanderte bzw. jeden sechsten Zugewanderten, ihren bzw. seinen Lebensmittelpunkt nach Deutschland zu verlegen (16,3 Prozent). Das entspricht rund 104 300 Personen. Dabei hatte der etwas größere Teil mit rund 62 000 Personen bereits vor der Einreise eine Arbeitsstelle gefunden (9,7 Pro-

G 1

Hauptzugsmotive der in Rheinland-Pfalz lebenden Zugewanderten 2017 nach Zeitpunkt des Zuzugs



zent), während sich für die übrigen gut 42 300 Erwerbswilligen die Suche nach Arbeit nach der Ankunft zunächst noch weiter fortsetzte (6,6 Prozent).

Gemessen an allen Zugewanderten, die im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz lebten, führten 15,1 Prozent Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl als wichtigstes Zuzugsmotiv an. Das entspricht etwa 96 500 Menschen. Angesichts des Bürgerkriegs in Syrien und anderer gewaltsamer politischer Konflikte hat die Bedeutung von Flucht und Vertreibung gegenüber anderen Zuzugsmotiven in den letzten Jahren stark zugenommen.

Werden nur jene Zuwanderer betrachtet, die zwischen 2012 und 2017 nach Rheinland-Pfalz gekommen sind, so zeigt sich, dass Flucht, Vertreibung, Verfolgung und Asyl in diesem Zeitraum die mit Abstand wichtigsten Einreisemotive waren (30 Prozent). Erst weit danach folgt die Zusammenführung von Familien (20,5 Prozent).

Vergleichsweise selten nannten die Zugewanderten im Jahr 2017 die EU-Freizügigkeit, also den Wunsch nach einer dauerhaften Niederlassung in Deutschland (23 200 Personen bzw. 3,6 Prozent), und die eigene Ausbildung, etwa in Form eines Studiums (21 500 Perso-

EU-Freizügigkeit und der Wunsch nach Ausbildung führt nur wenige Zuwanderer nach Rheinland-Pfalz

nen bzw. 3,4 Prozent), als wichtigstes Zuwanderungsmotiv. Bei der Interpretation sollte jedoch beachtet werden, dass im Zuge der Befragung nur nach dem Hauptmotiv des Zuzugs gefragt wurde. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass in einigen der berichteten Fälle mehrere Zuzugsmotive zugleich vorlagen und nicht immer eindeutig entschieden werden konnte, welcher Grund bei der Migrationsentscheidung am stärksten wog.

In Deutschland geborene Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat überwiegend deutsche Staatsbürgerschaft

Wird die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet, die selbst über keine eigene Migrationserfahrung verfügen, so übersteigt der Anteil der Deutschen denjenigen der Ausländerinnen und Ausländer um mehr als das Vierfache (gut 80 gegenüber knapp 20 Prozent). Somit besaßen von den in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund 237 700 die deutsche Staatsbürgerschaft. Bei rund 58 100 Personen war dies hingegen nicht der Fall.

Ausländeranteil steigt auf über zehn Prozent

Wird die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt unterteilt nach Deutschen und Ausländerinnen bzw. Ausländern, überwiegt der Anteil der Deutschen mit knapp 56 Prozent leicht. Gegenüber dem Jahr 2012 hat er jedoch um 6,8 Prozentpunkte abgenommen. Das bedeutet, die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist anteilig überproportional stark angewachsen. Das verdeutlichen auch die absoluten Zahlen. So lebten im Jahr 2017 circa 415 300 Ausländerinnen und Ausländer in Rheinland-Pfalz. Das waren 132 300 mehr als 2012. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung ist damit um 3,2 Prozentpunkte von 7,2 auf nunmehr gut zehn Prozent gestiegen. Mehr als jede zehnte Einwohnerin bzw. jeder zehnte Einwohner des Landes hatte 2017 also keinen deutschen Pass. Ähnlich wie im Fall der Bevölkerung mit Migrationshinter-

grund insgesamt verlief der Anstieg im Zeitverlauf kontinuierlich, wobei die Jahre 2015 und 2016 mit besonders starken Wachstumsraten hervorstechen.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist deutlich jünger und mit höherem Männeranteil

Wird die Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit Blick auf ihre zentralen soziodemografischen Eigenschaften gegenübergestellt, so fällt auf, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr viel jünger und tendenziell ist und einen höheren Männeranteil hat. Allerdings fallen die Unterschiede in der Geschlechterstruktur sehr viel moderater aus als die Abweichungen in der Altersstruktur. So lebten im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz gemessen an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund etwas mehr Frauen als Männer (51 gegenüber 49 Prozent). Seit 2012 hat sich an diesem Verhältnis praktisch nichts geändert. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund übersteigt dagegen der Männeranteil den Frauenanteil leicht (51 gegenüber 49 Prozent). Zudem erweist sich das Geschlechterverhältnis als etwas variabler. Denn seit 2012 ist der Männeranteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund um 1,3 Prozentpunkte gestiegen.

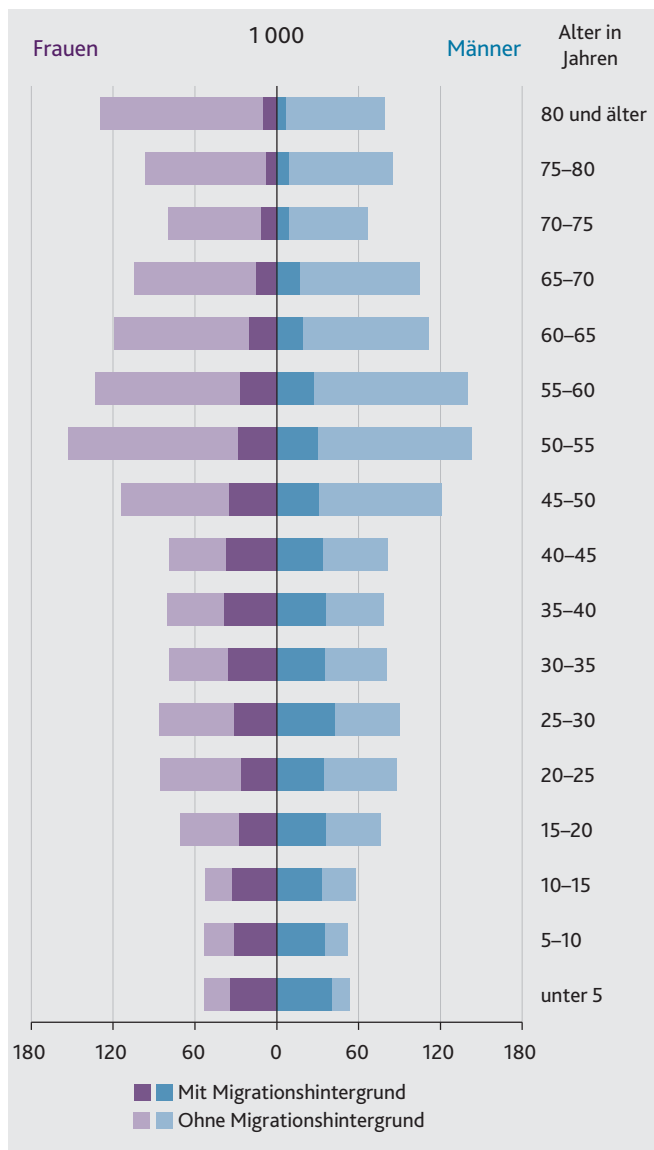
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit etwas höherem Männeranteil

Seinen Ursprung dürfte der leicht höhere Männeranteil unter anderem in der Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben. Diese ist – wie aus Grafik 2 hervorgeht – deutlich jünger als der Aufbau der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Da Personen mit Migrationshintergrund in den höheren Altersgruppen einerseits unterrepräsentiert, Frauen auf-

Ursachen könnten in Altersstruktur und Zuzugsmotiven zu finden sein

G 2

Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2017 nach Alter und Geschlecht



grund ihrer höheren Lebenserwartung in diesen Altersgruppen jedoch überrepräsentiert sind, unterscheidet sich die Geschlechterstruktur von derjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erkennbar. Eine weitere Ursache dürfte jedoch auch darin zu suchen sein, dass Männer unter den Personen mit eigener Migrationserfahrung etwas häufiger zu finden sind – womöglich, weil sie sich im Falle einer erwerbsmotivierten Migra-

rationsentscheidung bessere Arbeitsmarktchancen einräumen als Frauen. Ähnliches gilt unter Umständen für Zuwanderer, die in Folge von Flucht, Vertreibung, Verfolgung und auf der Suche nach Asyl nach Rheinland-Pfalz gekommen sind.

Die deutlich jüngere Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird besonders am Medianalter deutlich, welches die Bevölkerungsgruppe in zwei exakt gleich große Altersgruppen unterteilt. Im Jahr 2017 lag es bei gerade einmal 34,5 Jahren und damit auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie 2012 (34,2 Jahre). Inhaltlich bedeutet dies, dass die eine Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 älter als 34 Jahre und sechs Monate war, die andere Hälfte dagegen jünger. Das Medianalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lag dagegen bei 46,7 Jahren und damit um mehr als zwölf Jahre höher. Zudem ist die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund selbst in dem vergleichsweise kurzen Zeitintervall seit 2012 erkennbar schneller gealtert – nämlich um 0,9 Jahre (gegenüber 0,3 Jahren im Fall der Bevölkerung mit Migrationshintergrund).

Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Mittel um zwölf Jahre jünger

Der jüngere Altersaufbau der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kommt zudem besonders gut im Vergleich der folgenden drei Kernaltersgruppen zum Ausdruck: Jüngere (unter 20 Jahre), Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) sowie Ältere bzw. Seniorinnen und Senioren (65 Jahre und älter). Dabei zeigt sich nämlich, dass sich die Bevölkerungen mit und ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf die Personen im erwerbsfähigen Alter kaum unterscheiden. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt mit 61,5 bzw. 60,5 Prozent sehr nahe

Altersaufbau der Bevölkerung mit bzw. ohne Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich

beieinander. Der Anteil der Jüngeren ist mit 29 Prozent in der Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aber beinahe doppelt so hoch wie in der Gruppe der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (15 Prozent). In der Folge bedeutet dies, dass weniger als jede zehnte Person mit Migrationshintergrund zu den Älteren zählt (9,5 Prozent). Dagegen ist fast jede vierte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfäler ohne Migrationshintergrund bereits 65 Jahre oder älter (24 Prozent).

Höchste Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Altersgruppen unter 15 Jahren

Der höchste Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an einer einzelnen Altersgruppe findet sich in den jüngeren Altersjahrgängen. So hatten im Jahr 2017 etwas mehr als zwei von fünf Kindern unter fünf Jahren in Rheinland-Pfalz einen Migrationshintergrund (41 Prozent). Nur wenig geringer fiel der Anteil in der Gruppe der 5- bis unter 10-Jährigen (39 Prozent) und in der Gruppe der 10- bis unter 15-Jährigen (37 Prozent) aus. Am niedrigsten war er dagegen in der Gruppe der 80-Jährigen und Älteren (7,7 Prozent), gefolgt von den 75- bis

unter 80-Jährigen (8,6 Prozent) sowie den 70- bis unter 75-Jährigen (13 Prozent).

Zahl der Haushalte und Familien mit Migrationshintergrund nimmt weiter zu

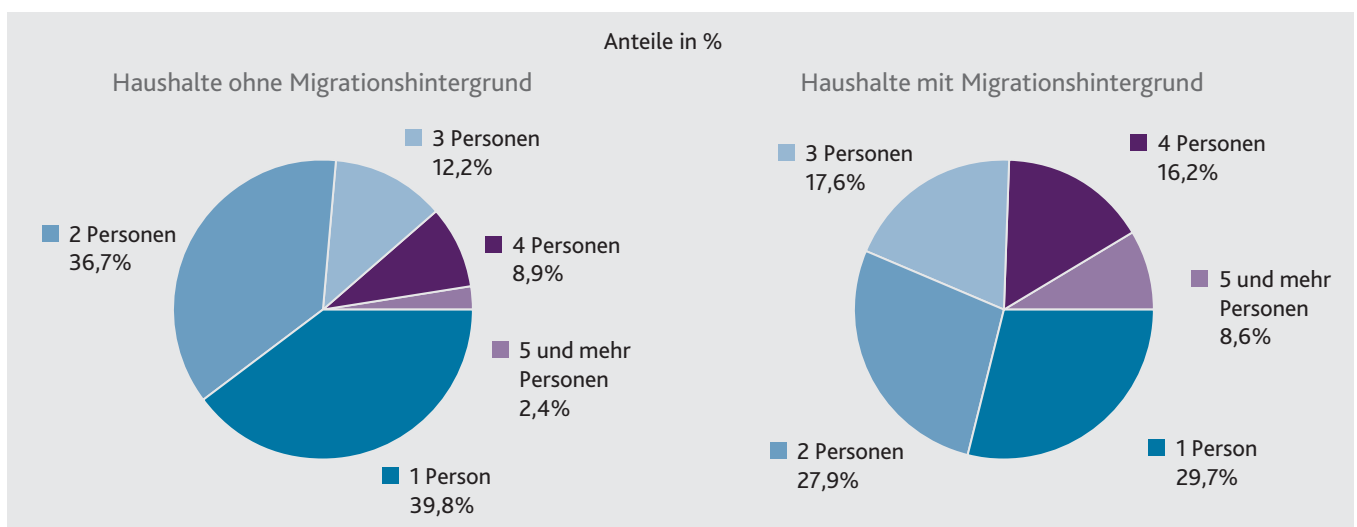
Die bereits skizzierten Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit bzw. ohne Migrationshintergrund spiegeln sich auch in der Art und Weise wider, wie die Menschen ihr Zusammenleben und ihre privaten Beziehungen organisieren. So ist die Zahl der Haushalte, in denen mindestens eine Person mit Migrationshintergrund lebte, seit dem Jahr 2012 um 88 700 auf 421 000 Haushalte angestiegen. Das entspricht einem Anteil von 21,9 Prozent an allen Haushalten sowie einem Zuwachs um 4,1 Prozentpunkte. Die Zahl der Haushalte, in denen keine Person mit Migrationshintergrund lebte, ist dagegen im gleichen Zeitraum um 28 600 auf knapp 1,5 Millionen gefallen.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund lebt in rund 421 000 Haushalten

Dass der Anteil der Haushalte mit Migrationshintergrund an allen Haushalten etwas geringer ausfällt als der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der

G 3

Haushalte ohne und mit Migrationshintergrund 2017 nach Zahl der Haushaltsmitglieder



Durchschnittlich leben in Haushalten mit Migrationshintergrund 2,5 Personen, in Haushalten ohne Migrationshintergrund nur zwei Personen

Gesamtbevölkerung ausmacht, deutet bereits darauf hin, dass sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stärker als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in den Haushalten konzentriert. Entsprechend leben in einem Haushalt mit Migrationshintergrund mit durchschnittlich 2,5 Personen erkennbar mehr Menschen als in Haushalten ohne Migrationshintergrund, deren durchschnittliche Haushaltsgröße bei knapp unter zwei Personen liegt (1,98). Allerdings kann sich auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund dem allgemeinen Trend der Verkleinerung der Haushalte nicht entziehen. So lebten im Jahr 2012 in einem Haushalt mit Migrationshintergrund durchschnittlich noch 2,57 Personen. In einem Haushalt ohne Migrationshintergrund waren es 2,03 Personen.

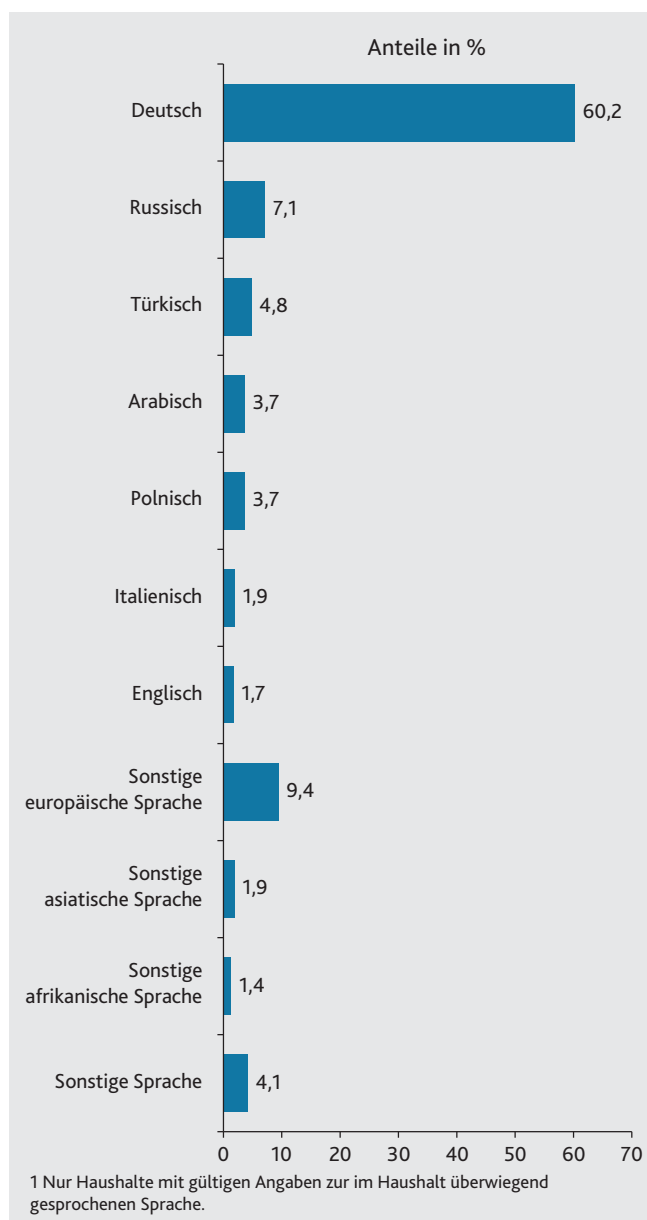
Personen mit Migrationshintergrund leben seltener allein

Eine weitere Aufgliederung der Haushalte anhand der Zahl ihrer Mitglieder zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Großhaushalten sehr viel häufiger anzutreffen sind. Im Jahr 2017 setzten sich 42 Prozent aller Haushalte mit Migrationshintergrund aus drei und mehr Personen zusammen. Das entsprach einer Anzahl von 178 600 Haushalten. Darunter befanden sich 36 300 Haushalte (8,6 Prozent), in denen fünf und mehr Personen lebten. Unter den Haushalten ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil der größeren Haushalte mit drei und mehr Personen hingegen nur auf 23,5 Prozent (351 900 Haushalte). Nur 2,4 Prozent waren Großhaushalte mit fünf und mehr Personen. Damit war die absolute Zahl der Großhaushalte mit 35 700 unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sogar etwas geringer als unter den Haushalten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Umgekehrt leben Menschen mit Migrationshintergrund sehr viel seltener alleine, denn der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten liegt in dieser Gruppe lediglich bei

30 Prozent. In der Gruppe der Haushalte ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil hingegen 40 Prozent. Allerdings ist der Anteil der Alleinlebenden unter den Personen mit Migrationshintergrund seit 2012 vergleichsweise stark gewachsen (+6 Prozentpunkte), während der Zuwachs unter den Personen ohne Migrationshintergrund eher moderat ausfällt (+2,3 Prozent).

G 4

Haushalte¹ mit Migrationshintergrund 2017 nach überwiegend gesprochener Sprache



In drei von fünf Haushalten mit Migrationshintergrund wird überwiegend deutsch gesprochen

Einen ersten Hinweis darauf, wie gut die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft integriert ist, kann die überwiegend im Haushalt gesprochene Sprache geben. Danach befragt, gaben im Jahr 2017 gut drei Fünftel (60 Prozent) aller rheinland-pfälzischen Haushalte mit Angaben zur überwiegend im Haushalt gesprochenen Sprache an, im Alltag Deutsch zu sprechen. Die am weitesten verbreitete Sprache neben Deutsch war Russisch, das in 7,1 Prozent der Haushalte mit Migrationshintergrund gesprochen wurde. An dritter Stelle folgte Türkisch (4,8 Prozent) vor Arabisch und Polnisch (jeweils 3,7 Prozent). Vergleichsweise selten wird in den rheinland-pfälzischen Haushalten mit Migrationshintergrund italienisch (1,9 Prozent) oder englisch (1,7 Prozent) gesprochen. Noch weniger verbreitet war die Landessprache des größten Nachbarstaates von Rheinland-Pfalz, Frankreich, ebenso wie die Weltsprache Spanisch.

Neben der Zahl der Haushalte hat sich auch die Zahl der Familien mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz zuletzt deutlich erhöht. Seit 2012 ist sie um mehr als ein

Fünftel auf 185 400 angewachsen. Gemessen an allen Familien in Rheinland-Pfalz bedeutet dies einen Anteil von 31 Prozent. Mit anderen Worten: Fast jede dritte Familie in Rheinland-Pfalz hatte 2017 einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2012 war es dagegen erst jede Vierte (25 Prozent).

Als Familie gelten vor diesem Hintergrund jene Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Eltern bzw. Elternteile sowie deren ledige Kinder, die gemeinsam in einem Haushalt leben. Kinder, die noch gemeinsam mit ihren Eltern in einem Haushalt wohnen, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, werden hingegen nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern als eigene Familie erfasst. Familien können damit Ehepaare, gleich- und gemischtgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt umfassen. Unberücksichtigt bleibt dabei das Alter der Kinder.

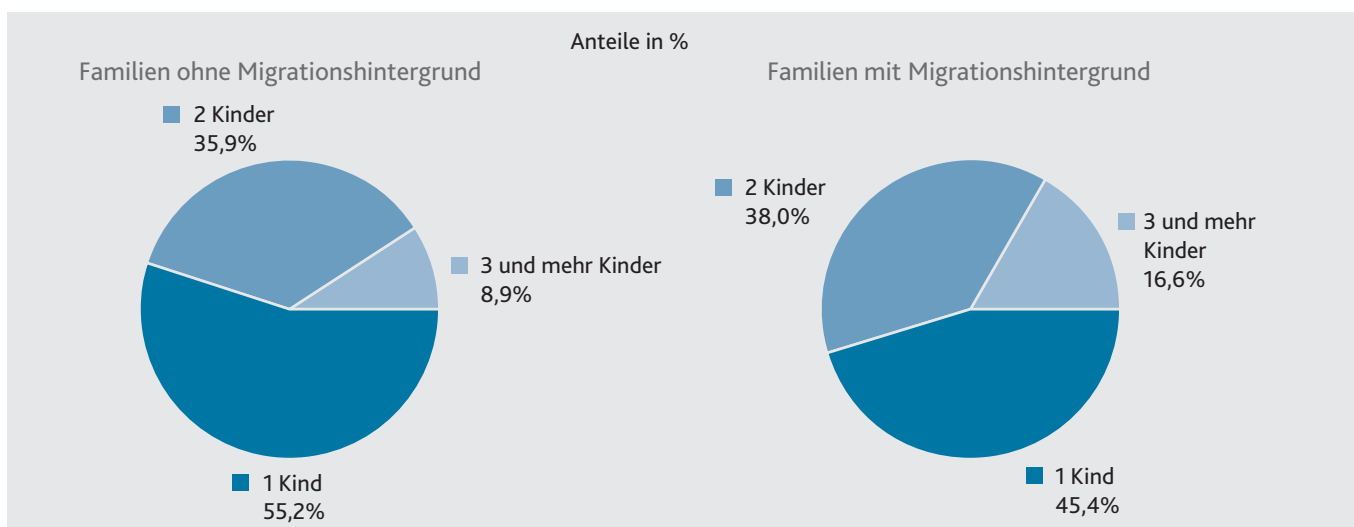
Werden vor diesem Hintergrund nur solche Familien betrachtet, in denen wenigstens ein minderjähriges Kind lebt, liegt der Anteil der Familien mit Migrationshintergrund an

Fast jede dritte Familie in Rheinland-Pfalz hat einen Migrationshintergrund

Familien als Eltern-Kind-Gemeinschaften definiert

G 5

Familien ohne und mit Migrationshintergrund 2017 nach Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren



Anteil der Familien mit Migrationshintergrund mit minderjährigen Kindern fällt noch etwas höher aus

allen Familien noch etwas höher, nämlich bei 35,5 Prozent. Das entspricht 141 500 Familien und bedeutet gegenüber dem Jahr 2012 einen Zugewinn um 25 600. Dagegen war die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern ohne Migrationshintergrund im gleichen Zeitraum rückläufig (-27 100), ebenso wie die Zahl der Familien ohne Migrationshintergrund insgesamt (-37 900).

In Familien mit Migrationshintergrund leben durchschnittlich 1,8 Kinder, in Familien ohne Migrationshintergrund nur 1,6 Kinder unter 18 Jahren

Wie bereits in den Ausführungen zur Altersstruktur deutlich wurde, ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Mittel deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dies spiegelt sich auch in der Zahl der minderjährigen Kinder, die im Mittel in den Familien der beiden Bevölkerungsgruppen leben. Während Familien mit Migrationshintergrund im Durchschnitt 1,78 Kinder unter 18 Jahren aufziehen, werden in Familien ohne Migrationshintergrund durchschnittlich nur 1,55 Kinder sozialisiert. Daran hat sich in den vergangenen fünf Jahren trotz der vergleichsweise hohen Zuwanderung Schutzsuchender aus Gesellschaften mit einer traditionell hohen Geburtenrate kaum etwas geändert.

Detaillierter aufgegliedert zeigt sich, dass in etwas mehr als der Hälfte der Familien ohne Migrationshintergrund nur ein lediges Kind unter 18 Jahren aufgezogen wird (55 Prozent). Im Fall der Bevölkerung mit Migrationshintergrund trifft dies dagegen nur auf etwas weniger als die Hälfte aller Familien zu (45 Prozent). Dafür wachsen in der zuletzt genannten Gruppe in fast doppelt so vielen Familien drei und mehr minderjährige Kinder auf (17 gegenüber neun Prozent).

Bildungsungleichheit verschärft sich

Die Grundlage für eine nachhaltig gelungene gesellschaftliche Integration wird im Rah-

men der frühkindlichen Sozialisation nicht nur in der Familie sondern auch im Bildungssystem gelegt. Denn die Art der besuchten Schule und die Erfolge, die Migrantinnen und Migranten darin erzielen, können sich stark auf die späteren Erwerbs-, Berufs-, Einkommens- und Lebenschancen auswirken. Aus diesem Grund ist es aus bildungs- und integrationspolitischer Sicht von Bedeutung, dass 2017 mehr als zwei von fünf Personen mit Migrationshintergrund lediglich über ein niedriges Qualifikationsniveau³ verfügten (41 Prozent), das maximal einem Bildungsabschluss unterhalb des Sekundarbereiches II gleichkommt, während nur etwas mehr als eine von fünf Personen, die keinen Migrationshintergrund hatten, niedrigqualifiziert war (21 Prozent). Zudem hat sich die Zahl der Niedrigqualifizierten in der Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund allein seit 2014 – vermutlich auch infolge des starken Zustroms Schutzsuchender, die zum Teil aus Ländern stammen, in denen das Bildungssystem erst schwach entwickelt ist – um 39 900 auf 295 000 erhöht, während sie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund um 33 200 auf 585 500 Personen gesunken ist.

Auf der anderen Seite gelingt es in den beiden Bevölkerungsgruppen immer mehr Menschen, einen Bildungsabschluss aus dem Tertiärbereich zu erwerben. So ist der Anteil der Hochqualifizierten in der Gruppe der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund seit 2014 um 1,7 Prozentpunkte auf 22 Pro-

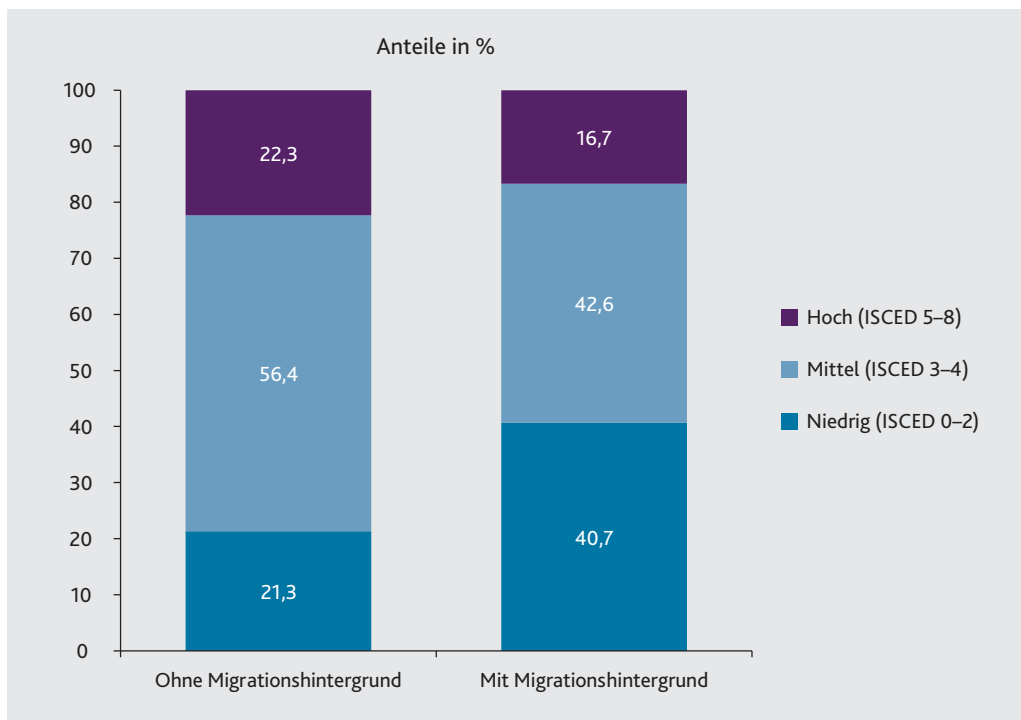
Etwa zwei von fünf Personen mit Migrationshintergrund sind geringqualifiziert

Immer mehr Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind hochqualifiziert

³ Das Qualifikationsniveau wird an dieser Stelle anhand der International Standard Classification of Education (ISCED 2011) festgemacht. Dabei wird zwischen einem niedrigen (ISCED-Level 0 bis 2: Abschluss unterhalb des Sekundarbereiches II), einem mittleren (ISCED-Level 3 bis 4: Abschluss aus dem Sekundarbereich II oder aus dem postsekundären, nicht tertiären Bereich) und einem hohen Bildungsgrad (ISCED-Level 5 bis 8: Abschluss aus dem Tertiärbereich) unterschieden und nur Personen ab 15 Jahren betrachtet.

G 6

Bevölkerung 2017 nach Migrationshintergrund und Qualifikationsniveau



zent und in der Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund um 0,7 Prozentpunkte auf knapp 17 Prozent gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs um gut 36 500 auf rund 614 800 bzw. um 20 300 auf knapp 121 000 Personen. Die Bildungsexpansion schreitet somit in beiden Teilgruppen der Gesellschaft weiter voran.

dagegen nur auf 1,4 Prozent. Im Zeitverlauf haben sich die Chancen der beiden Gruppen, Bildungsarmut zu entgehen, auseinanderentwickelt. Seit 2012 ist der Anteil der Bildungsarmen unter den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern, die einen Migrationshintergrund aufweisen, um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Unter denjenigen, die keinen Migrationshintergrund hatten, fiel er dagegen leicht (-0,3 Prozentpunkte).

Personen mit Migrationshintergrund häufiger von Bildungsarmut betroffen

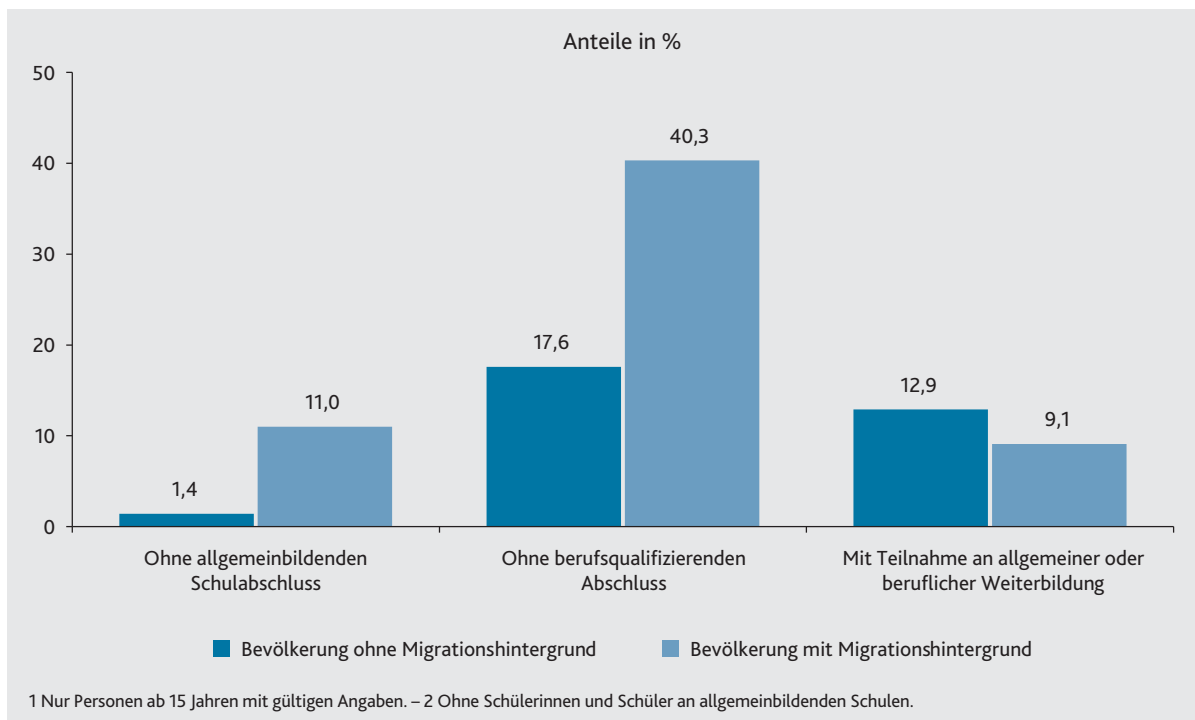
Gleichwohl ist vor allem unter den Menschen mit Migrationshintergrund Bildungsarmut – gemessen am (Nicht-)Vorhandensein eines allgemeinen Schul- bzw. berufsqualifizierenden Abschlusses – vergleichsweise weit verbreitet. Knapp elf Prozent der Personen mit Migrationshintergrund, die zum Zeitpunkt der Befragung 2017 keine Schule mehr besuchten, verfügten nicht über den formalen Minimalstandard eines allgemeinbildenden Schulabschlusses. In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil

Ähnlich stellt sich die Entwicklung hinsichtlich der berufsqualifizierenden Abschlüsse dar. Auch hier hat der Anteil der Personen ohne Abschluss in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zugenommen (+2,7 Prozentpunkte auf 40 Prozent), während anteilig immer weniger Menschen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ohne Berufsabschluss bleiben (-2,2 Prozentpunkte auf 18 Prozent).

Zwei von fünf Personen mit Migrationshintergrund verfügen nicht über einen berufsqualifizierenden Abschluss

G 7

Bevölkerung¹ 2017 nach Migrationshintergrund, allgemeinem Schulabschluss², berufsqualifizierendem Abschluss und Teilnahme an allgemeiner oder beruflicher Weiterbildung



Bildungsbeteiligung der beiden Bevölkerungsgruppen im non-formalen Sektor nähert sich an

Im Bereich des non-formalen Bildungssektors unterscheidet sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf die Teilnahme an Kursen und die Inanspruchnahme von sonstigen Angeboten der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung hingegen weniger stark. So nahmen 13 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und rund 9,1 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 eine solche Maßnahme wahr. Das entsprach circa 355 800 bzw. 66 000 Personen. Gegenüber dem Jahr 2012 ist die Weiterbildungsneigung in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund leicht gestiegen (+1,2 Prozentpunkte). In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hat sie dagegen leicht abgenommen (-0,6 Prozentpunkte).

Vor allem jüngere Menschen laufen Gefahr, dauerhaft von gesellschaftlicher Teilhabe

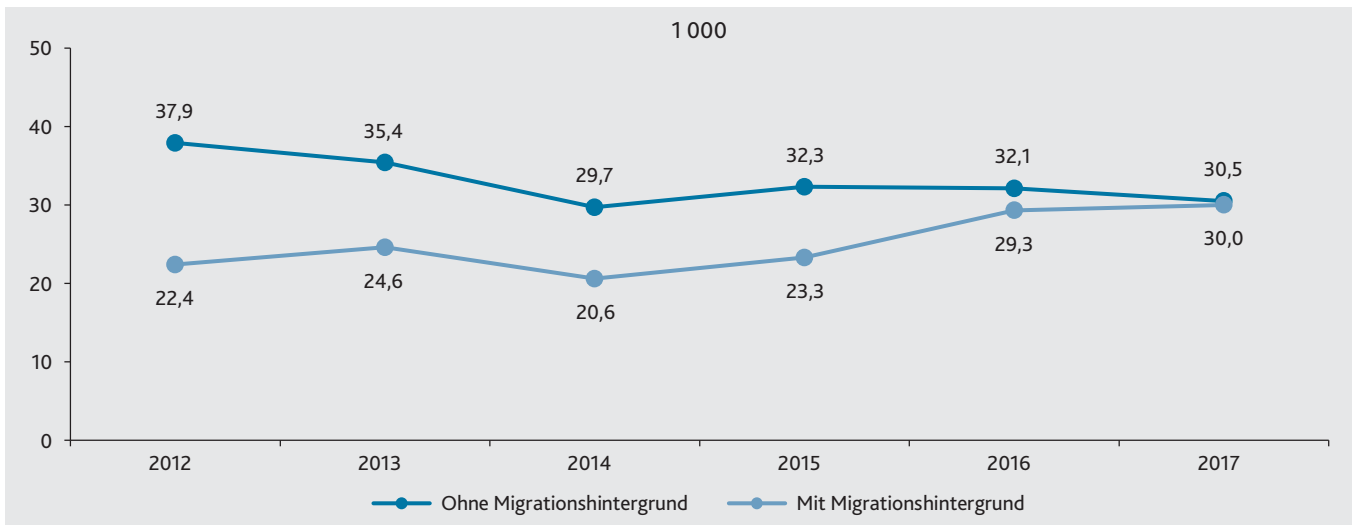
ausgeschlossen zu werden, wenn sie bis in die Phase der Postadoleszenz hinein keine hinreichende Bildung erfahren. Diese Gefahr steigert sich noch einmal, wenn sie zudem aus dem Erwerbsleben exkludiert sind. Befinden sie sich weder in formaler noch in non-formaler (Aus-)Bildung und gehen sie auch keiner Erwerbstätigkeit nach, wird von sogenannten NEETs⁴ gesprochen. Im Jahr 2017 lag die NEET-Quote unter den 15- bis unter 30-Jährigen mit Migrationshintergrund bei 15 Prozent und damit etwa zweieinhalbmal so hoch wie unter den 15- bis unter 30-Jährigen ohne Migrationshintergrund (6,1 Prozent). Seit 2012 hat sich die Zahl der NEETs, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen, um rund 7 600 Personen auf knapp

Mehr NEETs in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

4 Neither in employment nor in education or training.

G 8

NEETs im Alter von 15 bis unter 30 Jahren 2012–2017 nach Migrationshintergrund



30 000 erhöht. Ähnlich viele NEETs fanden sich 2017 in der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund (circa 30 500). Das waren allerdings knapp 7 500 weniger als noch fünf Jahre zuvor.

Erwerbschancen von Migrantinnen und Migranten deutlich geringer

Menschen mit Migrationshintergrund sind seltener erwerbstätig und häufiger erwerbslos

Soziale Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund treten – unter anderem infolge der ungleichen Bildungschancen – auch im Erwerbsleben auf. Dies belegt zum Beispiel die Erwerbstätigenquote⁵, die 2017 in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich niedriger ausgeprägt war als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (62 gegenüber 68 Prozent). Umgekehrt liefen Menschen mit Migrationshintergrund sehr viel häufiger Gefahr, erwerbslos zu werden. Gemessen an der Erwerbslo-

senquote⁶ fiel das Risiko für sie beinahe doppelt so hoch aus wie für Menschen, die über keinen Migrationshintergrund verfügten (5,3 gegenüber 2,8 Prozent). Allerdings konnten sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund zuletzt von der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Rheinland-Pfalz profitieren. Seit dem Jahr 2012 haben sich die Erwerbslosenquoten der beiden Gruppen fast kontinuierlich verringert. Damals lagen sie noch bei 6,5 respektive bei 3,5 Prozent.

Insgesamt hatten 2017 etwa 427 100 der knapp 2,04 Millionen rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren einen Migrationshintergrund. Das entsprach gut jeder bzw. jedem Fünften bzw. einem Anteil von knapp 21 Prozent. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil hingegen erst bei 18 Prozent. Seitdem hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund kräftig erhöht – und zwar um 85 700 bzw.

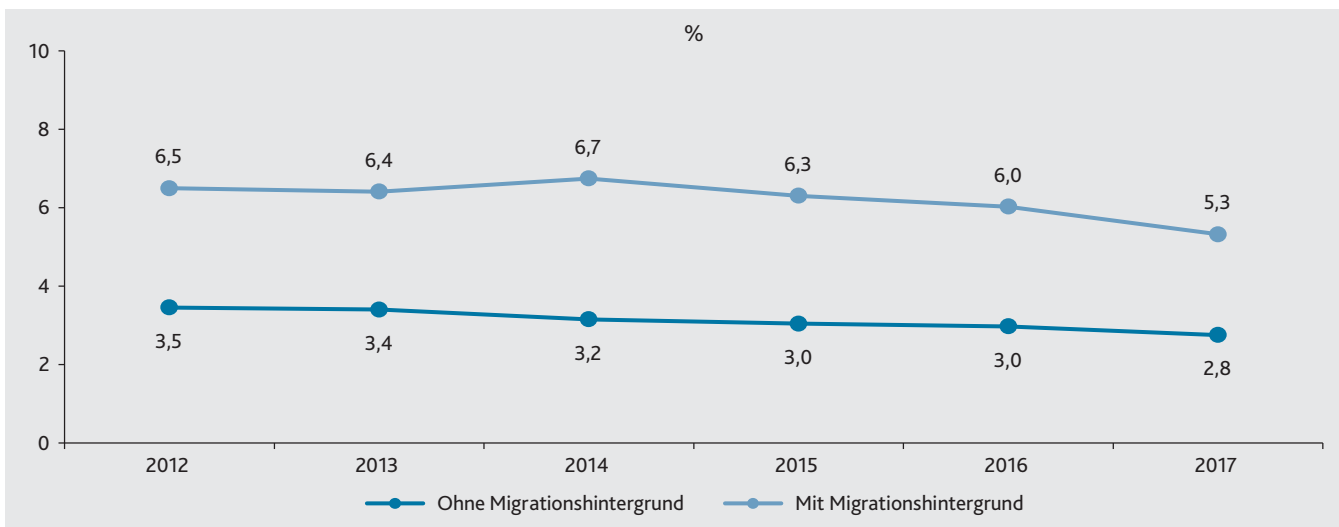
Zahl der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund steigt kräftig an

⁵ Die Erwerbstätigenquote wird berechnet, indem die Zahl der Erwerbstätigen ins Verhältnis zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter gesetzt wird. Das erwerbsfähige Alter umfasst dabei – der Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) folgend – alle Personen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren.

⁶ Die Erwerbslosenquote ist – in Anlehnung an die Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – definiert als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 75 Jahren.

G 9

Erwerbslosenquote 2012–2017 nach Migrationshintergrund



um 25 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund wuchs dagegen sehr viel schwächer, nämlich nur um 6 900 Personen bzw. um 0,4 Prozent.

Migrantinnen und Migranten gehen häufiger atypischen Beschäftigungsformen nach

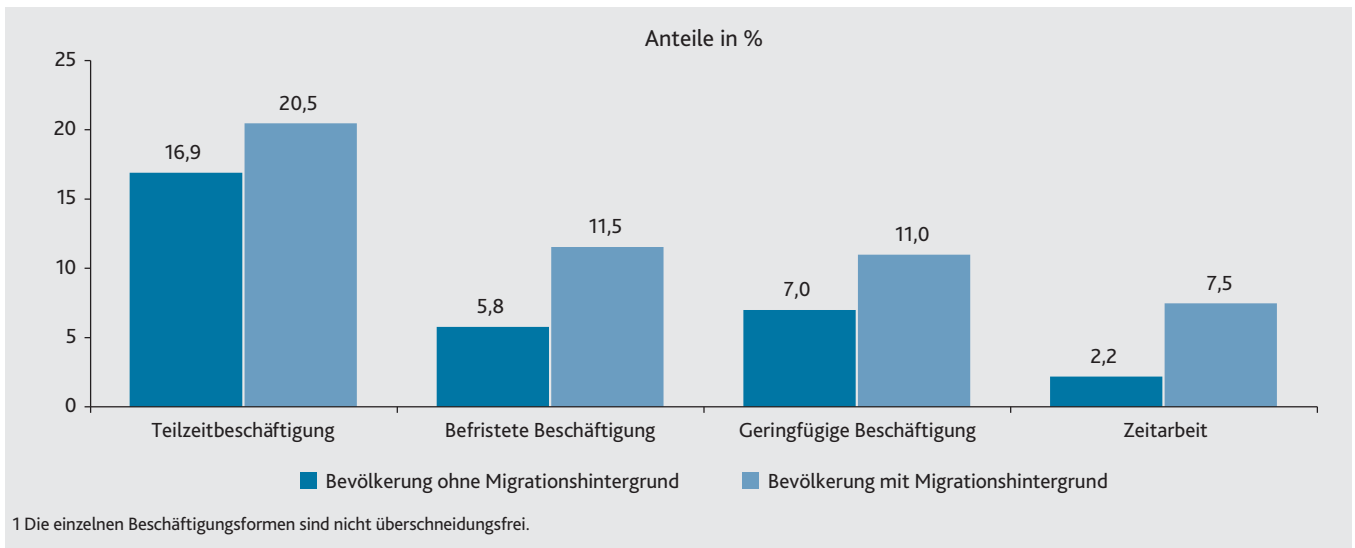
Wie gut Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt integriert sind, zeigt sich allerdings nicht alleine daran, ob sie einer Beschäftigung nachgehen oder nicht. Auch die Art bzw. die Qualität des Beschäftigungsverhältnisses spielt eine wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund kann zunächst festgestellt werden, dass Migrantinnen und Migranten in jeder Form der atypischen Beschäftigung überrepräsentiert sind. So war im Jahr 2017 gut jede bzw. jeder fünfte Erwerbstätige mit Migrationshintergrund, aber nur etwas mehr als jede bzw. jeder sechste Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund in Teilzeit tätig (20,5 gegenüber 17 Prozent). Auch befristete (11,5 gegenüber 5,8 Prozent) und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (elf gegenüber sieben Prozent) waren in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr viel weiter verbreitet. Am deutlichsten traten die

Unterschiede jedoch in der Zeitarbeit hervor. Hier lag der Anteil unter den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund mit 7,5 Prozent mehr als dreimal so hoch wie unter den Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund (2,2 Prozent). Besonders die Zeitarbeit ist es auch, die in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat. Seit 2012 hat sich die Zahl der Migrantinnen und Migranten in Zeitarbeit mehr als verdoppelt (+14 300 Personen bzw. +122 Prozent). Aber auch in den anderen Formen der atypischen Beschäftigung können Zuwächse konstatiert werden. Bei den befristeten Arbeitsverträgen beläuft sich die Steigerung auf 7 600 Erwerbstätige (+24 Prozent), bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf 4 800 Erwerbstätige (+14 Prozent) und bei den Beschäftigten in Teilzeit auf 14 100 Erwerbstätige (+25 Prozent). Innerhalb der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund war die Zahl der atypisch Beschäftigten hingegen – mit Ausnahme der Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer – in allen Teilformen rückläufig.

Zuwachs in der Zeitarbeit besonders hoch

G 10

Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 75 Jahren 2017 nach Migrationshintergrund und Art des Arbeitsvertrages¹



Mehr als jede dritte abhängig beschäftigte Kernerwerbstätige mit Migrationshintergrund ist atypisch beschäftigt

Werden nur die Kernerwerbstätigen betrachtet, das heißt jene Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die sich nicht mehr in (Aus-)Bildung befanden und keinen Wehr-, Zivil- oder Freiwilligendienst verrichteten, so lag der Anteil der atypisch Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten in der Gruppe der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund 2017 bei 35 Prozent. Dieser Anteil hat sich seit 2012 leicht – um 2,6 Prozentpunkte – erhöht. Da sich in diesem Zeitraum jedoch auch die Gesamtzahl der Migrantinnen und Migranten stark erhöht hat, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, fällt der Zuwachs absolut gesehen deutlich stärker aus (+31 800 Personen bzw. +36 Prozent). Umgekehrt bedeutet dies, dass knapp zwei Drittel aller abhängig Beschäftigten, die einen Migrationshintergrund hatten, einem Normalarbeitsverhältnis nachgingen (65 Prozent). In der Gruppe der Kernerwerbstätigen ohne Migrationshintergrund lag der Anteil der abhängig Beschäftigten mit einem Normalarbeitsverhältnis dagegen sehr viel höher, nämlich bei 76 Prozent. Folglich war

ein knappes Viertel (24 Prozent) der abhängig Beschäftigten ohne Migrationshintergrund atypisch beschäftigt. Im Gegensatz zu den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund ist der Anteil der atypisch Beschäftigten innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund seit 2012 leicht gesunken (–0,8 Prozentpunkte).

Einen weiteren Hinweis auf die insgesamt geringere Erwerbsintegration der Personen mit Migrationshintergrund geben die Zahlen zur Entwicklung der Selbstständigkeit. Unter allen Kernerwerbstätigen fanden sich im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz insgesamt 173 300 Personen, die selbstständig oder mithelfendes Familienmitglied waren. Davon besaßen 32 200 Personen einen Migrationshintergrund, 141 100 dagegen nicht. Der Anteil der Selbstständigen an allen Kernerwerbstätigen belief sich in der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund damit auf 9,9 Prozent. In der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund betrug er dagegen lediglich 8,5 Prozent. Ein Vergleich dieser Anteilswerte mit dem Jahr 2012 zeigt,

Personen mit Migrationshintergrund sind seltener selbstständig

dass die Zahl der Selbstständigen mit Migrationshintergrund anteilig stärker abgenommen hat als die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, die über keinen Migrationshintergrund verfügten (-2 gegenüber -1,1 Prozentpunkte).

Ursachen der geringeren Arbeitsmarktintegration sind vielfältig

Die Ursachen für die alles in allem deutlich geringere Arbeitsmarktintegration der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund sind vielfältig und können an dieser Stelle kaum hinreichend dargestellt werden. Zu den wichtigsten Einflussfaktoren dürften die bereits weiter oben angesprochenen Unterschiede im Bildungs- und Qualifikationsniveau sowie die damit einhergehenden Sprachkenntnisse zählen. Zudem können unter anderem unterschiedliche geschlechtsspezifische Rollenmuster, die Breite und Tiefe sozialer Netzwerke, die bei der Arbeitsplatzsuche unterstützen, sowie Diskriminierungsmechanismen im Zuge von Bewerbungsverfahren Einfluss auf die grundlegenden Erwerbschancen der in sich durchaus heterogenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund nehmen.

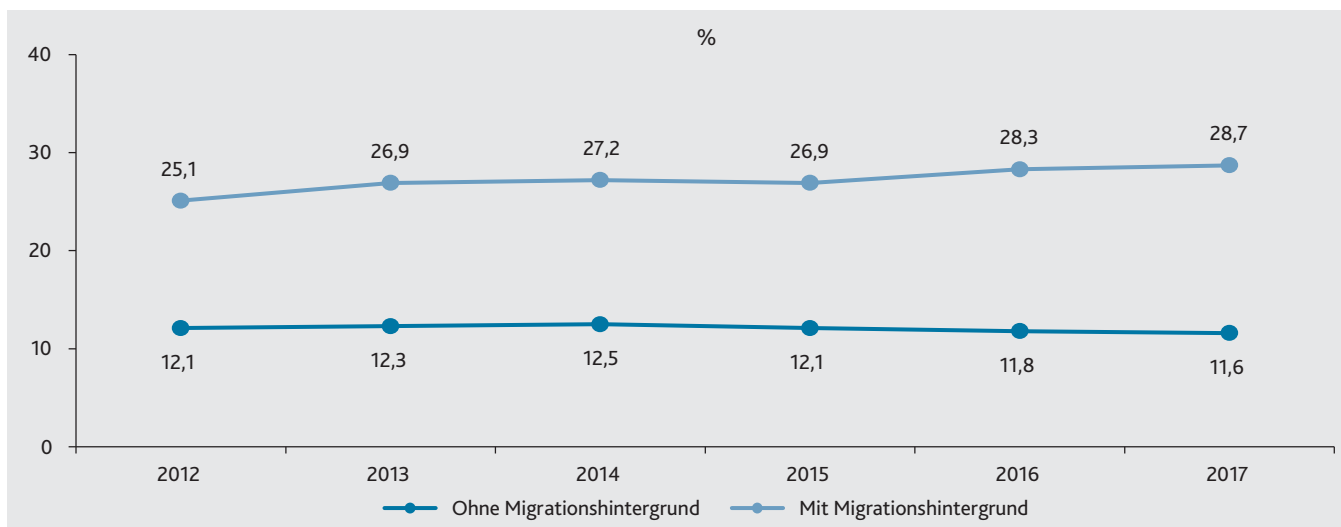
Bevölkerung mit Migrationshintergrund immer häufiger von Armut bedroht

Die im Durchschnitt geringeren Bildungs- und Erwerbschancen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund schlagen sich auch in den Indikatoren zur Einkommens- und Wohlstandssituation nieder. Verdeutlichen lässt sich dies beispielsweise anhand der Armutsgefährdungsquote⁷. Sie lag im Jahr 2017 bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei 29 Prozent und damit fast zweieinhalbmal so hoch wie bei Menschen, die keinen Migrationshintergrund vorzuweisen hatten (zwölf Prozent). Im Vergleich zum Jahr 2012

Armutsgefährdung nimmt weiter zu

⁷ Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung der relativen Einkommensarmut. Demnach gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn ihr Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten am Hauptwohnsitz) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Grundlage der Bedarfsgewichtung ist die sogenannte neue OECD-Skala. Definition und Berechnungsweise der Armutsgefährdungsquote orientieren sich an der Armutsdefinition der Europäischen Union, die Menschen als arm einstuft, wenn sie über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist. Es handelt sich damit um eine relative Armutsdefinition, die sich an einem normativ festgelegten sozio-kulturellen Existenzminimum orientiert.

G 11 Armutsgefährdungsquote 2012–2017 nach Migrationshintergrund



ist die Armutsgefährdungsquote der Migrantinnen und Migranten um 3,6 Prozentpunkte gestiegen. Noch stärker fiel der Zuwachs in der Teilgruppe der Ausländerinnen und Ausländer aus. Für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ohne deutsche Staatsangehörigkeit erhöhte sich das Risiko, armutsgefährdet zu sein, sogar um 9,2 Prozentpunkte auf 39 Prozent. In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hat sich das Armutsgefährdungsrisiko dagegen leicht reduziert. Im Vergleich zu 2012 fällt es heute um 0,5 Prozentpunkte niedriger aus.

Höheres Armutsgefährdungsrisiko ist oftmals Folge vorgelagerter bildungs- und erwerbsbezogener Nachteile

Dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Armut bedroht sind, ist an sich kein neuer Befund und erklärt sich zu einem großen Teil aus den bildungs- und erwerbsbezogenen Nachteilen, die bereits weiter oben skizziert worden sind. Hinzu kommt, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger über ein soziodemografisches Profil verfügen, das das Armutsgefährdungsrisiko erhöht. Hierzu zählen unter anderem die im Mittel jüngere Altersstruktur und die im Durchschnitt mitgliederstärkere Haushalts- und Familienzusammensetzung.

Mehrzahl der Migrantinnen und Migranten lebt von eigener Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit

Auch ein Blick darauf, wie die Angehörigen der Bevölkerung mit bzw. ohne Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreiten, deutet auf die tendenziell schwächere sozioökonomische Lage der Migrantinnen und Migranten hin. So gaben 2017 zwar etwas mehr als zwei von fünf Personen, die über einen Migrationshintergrund verfügten, an, ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer eigenen Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit zu erzielen (41 Prozent). Von denjenigen Personen, die keinen Migrationshintergrund vorzuweisen hatten, waren es anteilig jedoch noch etwas mehr (46,9 Prozent). Der Unterschied fällt sogar

noch deutlich größer aus, wenn berücksichtigt wird, dass 25 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund, aber nur 9,8 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund eine eigene Renten- oder Pensionszahlung als wichtigste Quelle des Lebensunterhalts nannten, für deren Auszahlung eine frühere Erwerbstätigkeit zumeist Voraussetzung war. Auf der anderen Seite waren 2017 rund 38 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund von den Einkünften einer oder eines Angehörigen abhängig. Demgegenüber stellte sich in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur ein Anteil von 23 Prozent ein.

Ursächlich für diese strukturellen Unterschiede sind auch in diesem Fall vor allem die ungleichen Alters- und Lebensformstrukturen. So wurde bereits in den vorangegangenen Abschnitten deutlich, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr viel weniger Ältere umfasst, die bereits das Rentenalter erreicht und damit überhaupt erst Anspruch auf die Zahlung einer Altersrente bzw. einer Pension haben. Zudem schlägt sich in den Anteilswerten die höhere Zahl an Kindern nieder, die aus naheliegenden Gründen noch überwiegend von den Einkünften ihrer Eltern abhängig sind.

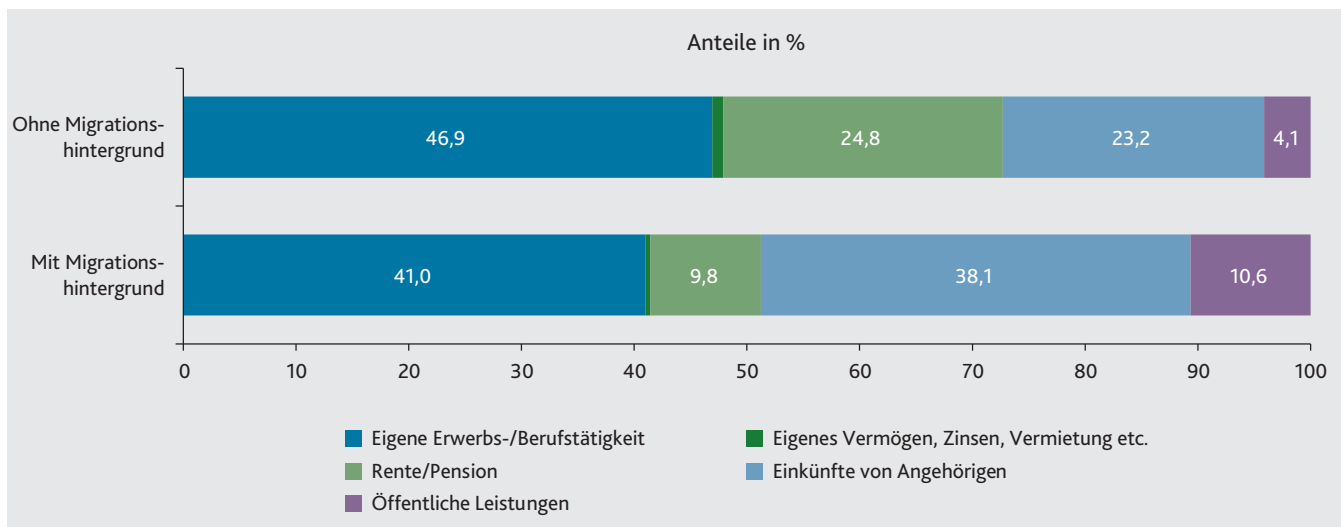
Die insgesamt ungünstigere sozioökonomische Lage der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt sich jedoch vor allem darin, dass sie im Mittel häufiger auf soziale Transfers und sonstige Formen öffentlicher Leistungen (ohne Renten und Pensionen) angewiesen sind. Das gilt unter anderem für den Bezug von Arbeitslosengeld I (1,1 gegenüber 0,7 Prozent), den Erhalt von Leistungen nach Hartz IV, worunter insbesondere das Arbeitslosengeld II und der Bezug von Sozialgeld fallen (3,6 gegenüber 1,6 Prozent),

Unterschiede erklären sich unter anderem durch Alters- und Lebensformstrukturen

Personen mit Migrationshintergrund häufig von öffentlichen Leistungen abhängig

G 12

Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts 2017 nach Migrationshintergrund



sowie die Gewährleistung von Formen der Sozialhilfe wie die Hilfe zum Lebensunterhalt oder die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (1,7 gegenüber 0,4 Prozent). Auch sonstige Unterstützungsleistungen⁸ sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als überwiegende Quelle des Lebensunterhalts weiter verbreitet (4,2 gegenüber 1,4 Prozent).

bezieherinnen und Leistungsbezieher damit mehr als verdreifacht. Nahezu verdoppelt hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger mit Migrationshintergrund (ohne Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach Hartz IV). Innerhalb der vergangenen fünf Jahre ist ihre Anzahl um etwa 7 300 auf knapp 15 300 Personen angewachsen (+87 Prozent). Nicht ganz so stark, aber doch erkennbar, fiel der Anstieg im Fall des Arbeitslosengeldes I und der Leistungen nach Hartz IV aus (+16 bzw. +21 Prozent). Auch hier stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger um insgesamt 7 300 auf zusammen 44 200 Personen an. Innerhalb der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund war der Bedarf an öffentlicher Unterstützung zur Finanzierung des Lebensunterhalts – mit Ausnahme der sonstigen Unterstützungsleistungen – anteilig dagegen weniger weit verbreitet und im Zeitverlauf rückläufig. Insgesamt waren im Jahr 2017 rund 127 200 Personen ohne Migrationshintergrund auf eine der genannten Transfer- bzw. Unterstützungsleistungen angewiesen.

Personen ohne Migrationshintergrund dagegen seltener von sozialen Transfers abhängig

Zahl der auf soziale Transfers angewiesenen Personen mit Migrationshintergrund nimmt zu

Im Vergleich zum Jahr 2012 hat sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, die auf eine der genannten Formen öffentlicher Leistungen zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts angewiesen waren, deutlich erhöht. Das gilt zu allererst für die sonstigen Unterstützungsleistungen, die beispielsweise auch die Gewährung von Asylbewerberleistungen umfassen. Hier beträgt das Plus rund 27 200 Menschen, was für das Jahr 2017 eine Gesamtzahl von knapp 39 800 Personen bedeutet. Gegenüber dem Jahr 2012 hat sich die Zahl der Leistungs-

⁸ Darunter fallen zum Beispiel der Bezug von BAföG, die Gewährung von Asylbewerberleistungen, oder Leistungen der Pflegeversicherung sowie der Bezug von Elterngeld.

Fazit

Im Jahr 2017 lebten in Rheinland-Pfalz rund 935 600 Menschen, die entweder selbst oder von denen wenigstens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besaßen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag damit bei fast einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Vor allem der starke Zuzug Schutzsuchender in den Jahren 2014, 2015 und 2016 – aber auch die höhere Geburtenrate ausländischer Frauen – haben dazu beigetragen, dass sich die Zahl und der Anteil der Menschen, die über einen Migrationshintergrund verfügten, seit 2012 weiter erhöht haben. Rheinland-Pfalz ist damit aufgrund der Datenlage als Einwanderungsland anzusehen.

Die Ergebnisse des Mikrozensus belegen, dass sich nicht nur die soziodemografischen Strukturen der Bevölkerungen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden, sondern auch ihre präferierten Lebensformen. So ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Durchschnitt sehr viel jünger und zudem von einem etwas höheren Männeranteil geprägt. Außerdem leben die Migrantinnen und Migranten häufiger in Familien und im Mittel in etwas größeren Haushalten.

Mit Blick auf die jeweiligen Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen stellen sich für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund häufiger Nachteile ein als für dieje-

nigen, die über keinen Migrationshintergrund verfügen. Zudem hat sich die soziale Ungleichheit zwischen den beiden Gruppen in den vergangenen fünf Jahren tendenziell leicht verschärft. Allerdings ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in sich vergleichsweise heterogen, sodass eine grundlegende Beurteilung ihrer allgemeinen Lebenschancen nur unter Zuhilfenahme einer detaillierteren Analyse vorgenommen werden sollte.

Der Mikrozensus bietet diese Möglichkeiten aufgrund seines umfangreichen Erhebungsprogramms, das seit dem Berichtsjahr 2017 infolge des neuesten Mikrozensusgesetzes noch einmal erweitert wurde (beispielsweise um das Hauptmotiv für den Zuzug nach Deutschland oder die vorwiegend im Haushalt gesprochene Sprache). Bereits seit 2005 werden in der Haushaltserhebung zahlreiche Informationen rund um die Lebenssituation der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erhoben. Diese Daten können auch dazu genutzt werden, um den Stand und das Voranschreiten der sozialen und ökonomischen Integration der Migrantinnen und Migranten abzubilden, sowie ferner als sozial- und gesellschaftspolitische Handlungs- und Entscheidungsgrundlage dienen.

Sebastian Fückel, M.A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

20	129 151	130 953	128 093	127 842
752	134 121	126 824	133 450	128 432
6 058	134 545	157 284	157 811	110 138
134 628	157 827	111 776	113 466	77 052
157 811	113 035	80 756	87 007	61 7
113 466	84 980	63 568	65 282	
87 007	64 829	77 648	78 320	
65 282	78 146	92 396	95 409	
78 320	94 429	125 873	125 677	
95 409	125 677	103 80	87 027	69

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ^{1,2}	4 070 ^{1,2}	4 075	4 074	4 075	4 085	4 086	4 085	...
darunter Ausländer ³	1 000	397 ^{1,2}	421 ^{1,2}	432	432	434	451	453	453	...

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 768	1 729	1 107	2 132	501	1 658	1 185	3 620	...
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 126	3 121	2 995	3 198	2 986	3 194	2 799	3 081	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	8,9	9,2	8,6	9,2	8,3	8,9	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 819	3 950	3 783	4 250	4 088	3 720	3 808	4 196	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	11,7	11,3	12,3	11,8	10,7	11,3	12,1	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	12	8	13	9	11	8	13	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,7	2,7	4,1	3,0	3,4	2,9	4,2	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	-829	-788	-1052	-1102	-526	-1009	1 115	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,1	-2,5	-2,4	-3,0	-3,2	-1,5	-3,0	3,2	...

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	11 783	11 238	9 223	12 247	16 355	11 360	9 290	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	5 796	5 464	4 095	6 427	7 916	5 853	4 397	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	10 337	10 153	9 928	9 907	13 140	9 405	9 489	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	4 472	4 473	5 126	4 392	4 814	4 108	5 024	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	1 446	1 085	-705	2 340	3 215	1 955	199	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	16 131	14 309	14 722	13 390	14 328	16 022	13 461	12 616	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2015	2016	2017			2018			
		30.06.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 345	1 365	1 379	1 389	1 416	1 405	1 406	1 412	1 442
* Frauen	1 000	627	637	646	648	659	657	656	656	669

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2015	2016	2017				2018		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	117	128	134	141	148	143	148	155	163
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	373	386	394	400	404	405	406	410	415
* darunter Frauen	1 000	309	318	324	328	331	332	332	334	338
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	13	14	11	12	14	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	424	427	430	437	432	432	434	445
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	294	299	301	304	311	309	309	312	320
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	213	216	218	221	227	225	225	227	228
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	403	413	420	420	427	428	428	425	434

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Arbeitslose	Anzahl	106 299	98 764	103 267	100 232	97 960	101 873	99 059	96 055	95 893
* Frauen	Anzahl	48 166	44 729	46 098	45 202	44 392	44 665	43 907	42 843	43 033
Männer	Anzahl	58 132	54 035	57 168	55 030	53 568	57 208	55 152	53 212	52 860
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 178	40 147	42 787	39 885	38 158	45 431	42 578	39 627	38 550
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	64 121	58 617	60 480	60 347	59 802	56 442	56 481	56 428	57 343
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,8	4,4	4,7	4,6	4,4	4,6	4,4	4,3	4,3
* Frauen	%	4,7	4,3	4,5	4,4	4,2	4,2	4,2	4,1	4,1
* Männer	%	5,0	4,6	4,9	4,7	4,5	4,8	4,7	4,5	4,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,1	4,2	4,0	3,9	4,2	4,0	3,9	3,8
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	2,9	2,6	2,7	2,7	2,8	2,8	2,9	2,7
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,7	4,4	4,6	4,5	4,3	4,5	4,3	4,2	4,2
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,2	4,8	5,1	5,0	4,7	5,0	4,8	4,7	4,6
* Ausländer/-innen	%	13,4	11,7	13,0	12,6	11,1	12,3	11,9	11,5	10,9
Deutsche	%	4,0	3,6	3,8	3,7	3,6	3,7	3,6	3,5	3,5
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	4 929	...	14 530	641	567
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	37 936	40 467	39 913	39 856	40 594	39 797	39 567	39 890	40 265

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹¹

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	248 972	240 488	246 128	247 427	246 945	232 071	233 537	234 596	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 480	118 759	121 177	121 550	121 347	115 187	115 723	116 087	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	169 173	161 337	166 036	166 837	166 625	154 604	156 079	156 996	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	68 036	66 455	67 565	67 729	67 663	64 906	64 965	65 096	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	66 032	64 479	65 576	65 734	65 671	63 000	63 067	63 174	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2017	2018					2019			
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	546	510	456	405	548	405	517	468	552
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	486	446	390	363	477	367	457	410	491
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	5	3	2	5	4	2	2	4
Unternehmen	Anzahl	67	68	60	68	65	60	50	30	55
private Haushalte	Anzahl	476	437	393	335	478	341	465	436	493
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 113	1 174	1 034	802	1 260	819	984	1 096	1 034
* Umbauter Raum	1 000 m ³	696	701	639	546	743	501	667	703	679
* Wohnfläche	1 000 m ²	129	130	117	96	139	95	120	126	125
Wohnräume	Anzahl	5 138	5 171	4 542	3 726	5 464	3 682	4 651	4 878	5 017
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	228	230	198	161	240	165	213	233	220

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	134	122	119	104	131	94	98	114	111
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	14	12	12	18	11	12	16	15
Unternehmen	Anzahl	78	80	73	74	76	64	73	85	67
private Haushalte	Anzahl	39	27	34	18	37	19	13	13	29
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	23	5	9	2	22	3	15	15
* Umbauter Raum	1 000 m ³	713	892	803	817	1 519	816	546	826	571
* Nutzfläche	1 000 m ²	103	134	125	131	172	119	87	113	92
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	125	117	133	152	134	75	105	114

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 350	1 186	955	1 417	1 083	958	1 317	1 049
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 892	5 927	5 169	4 325	6 123	4 568	5 359	5 616	5 057

Landwirtschaft

	Einheit	2017	2018					2019		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 599	11 625	12 603	10 921	12 322	10 194	12 544	11 179	11 682
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 853	1 859	1 971	1 669	2 144	1 526	1 924	1 650	1 696
darunter										
* Kälber	t	8	8	11	6	11	15	6	5	8
* Jungrinder	t	8	9	18	10	12	7	7	5	8
* Schweine	t	9 695	9 714	10 588	9 204	10 118	8 611	10 584	9 491	9 949
* Eierzeugung ²	1 000	17 285	16 822	18 254	17 420	17 742	17 245	19 169	18 175	20 675

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 017	1 041	1 014	1 032	1 046	1 042	1 017	1 031	1 035
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 468	260 572	256 044	257 346	259 127	262 004	260 744	261 787	261 933
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 402	32 905	34 314	31 903	33 819	28 918	34 694	33 206	33 995
* Entgelte	Mill. EUR	1 102	1 145	1 058	1 017	1 067	1 101	1 097	1 073	1 129
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 820	8 361	7 910	7 972	9 136	7 245	7 800	7 753	8 486
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 253	4 372	4 494	4 247	4 735	3 594	4 673	4 302	4 597
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 181	2 282	1 956	2 146	2 575	2 397	1 907	2 295	2 651
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	94	86	84	84	98	72	68	76	90
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 293	1 620	1 376	1 495	1 727	1 182	1 153	1 081	1 147
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 433	2 462	2 597	2 446	2 720	2 124	2 785	2 457	2 612
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 046	1 091	862	975	1 245	1 195	855	1 120	1 346
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 368	4 813	4 534	4 676	5 306	4 008	4 491	4 468	4 876
Exportquote ⁶	%	55,9	57,6	57,3	58,7	58,1	55,3	57,6	57,6	57,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	112,4	119,5	131,4	122,6	132,9	106,3	109,0	106,9	111,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	113,6	110,8	123,9	115,2	123,7	86,2	119,0	111,0	120,7
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	107,6	114,0	130,2	114,2	129,0	128,4	99,2	104,4	99,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2017	2018					2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	161,8	150,1	131,5	131,9	176,8	119,1	120,0	141,4	188,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	122,0	173,1	166,0	183,1	181,4	102,9	104,6	96,9	114,7
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	114,7	110,0	124,0	113,2	122,8	83,1	116,0	111,4	124,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	102,6	115,0	112,8	114,3	132,9	135,3	86,1	99,7	96,3

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	173	173	173	173	173	173	173	173	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 531	9 807	9 759	9 756	9 753	9 861	9 852	9 852	9 858
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 141	1 186	1 242	1 158	1 181	1 022	1 282	1 191	1 210
* Entgelte ³	Mill. EUR	43	45	39	41	40	46	41	40	43
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	323	271	253	348	330	356	450	383	321
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	309	257	239	334	316	341	435	370	307

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 910	20 563	20 119	20 042	20 174	20 711	20 803	20 917	20 989
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 012	2 039	1 464	1 331	1 882	1 604	1 373	1 775	1 960
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	340	355	305	250	331	294	294	354	364
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	650	667	545	512	631	555	527	600	659
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 022	1 017	615	569	920	755	553	821	936
darunter Straßenbau	1 000 h	561	555	302	266	467	390	268	410	483
* Entgelte	Mill. EUR	65	71	60	54	61	71	63	62	67

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2017	2018					2019			
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	286	321	162	185	244	461	179	228	276
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	53	59	37	44	52	79	38	55	53
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	97	107	59	68	93	138	64	86	107
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	155	66	73	100	243	76	87	116
darunter Straßenbau	Mill. EUR	72	81	31	30	48	115	37	38	54

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2017	2018	2017		2018			2019		
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	438	379	437	436	384	380	377	376	406
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 825	15 929	17 084	16 958	16 028	15 789	16 016	15 883	16 597
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 210	4 896	5 314	5 214	4 894	4 843	4 964	4 884	5 062
* Entgelte	Mill. EUR	138	136	137	149	130	134	134	146	138
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	485	473	478	600	360	460	478	595	414

Handel⁵Großhandel⁶

Einheit	2017	2018					2019			
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Beschäftigte	2015=100	99,9	102,7	102,0	101,7	102,0	103,0	102,5	102,8	103,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,1	96,8	96,4	96,2	96,4	96,9	97,1	97,1	97,7
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	98,0	103,2	89,5	90,3	107,4	96,2	100,0	100,6	111,6
* Umsatz real ⁷	2015=100	96,6	99,6	87,4	88,2	104,9	93,1	96,8	97,0	107,4

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	102,4	102,9	102,6	102,4	102,7	104,1	102,7	102,6	102,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,4	103,6	102,9	102,4	102,9	105,1	103,2	103,2	103,1
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	105,7	107,5	97,3	92,4	111,7	119,5	99,7	97,1	108,8
* Umsatz real ⁷	2015=100	104,0	104,2	95,2	90,2	108,5	115,7	96,9	94,0	105,0

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹
Kfz-Handel^{1,2}

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Beschäftigte	2015=100	104,1	106,6	105,1	104,9	105,1	108,3	108,0	107,6	107,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	105,8	107,9	106,4	106,3	106,3	109,0	109,2	109,0	109,1
* Umsatz nominal ³	2015=100	109,2	113,7	97,7	98,2	121,2	99,1	103,2	106,4	124,8
* Umsatz real ³	2015=100	106,7	110,0	95,0	95,5	117,8	94,9	98,7	101,6	119,0

Gastgewerbe¹

* Beschäftigte	2015=100	100,4	99,8	91,9	92,6	97,3	94,0	89,6	91,4	95,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,1	100,5	92,0	92,7	97,8	93,9	90,1	92,6	96,1
* Umsatz nominal ³	2015=100	108,6	112,6	84,0	78,6	97,2	105,7	82,0	83,7	102,1
* Umsatz real ³	2015=100	104,1	105,7	80,0	74,6	92,0	98,8	76,6	78,0	95,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	739	753	380	406	574	478	363	403	577
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	160	62	76	96	91	58	69	100
* Gästeübernachtungen	1 000	1 852	1 884	948	1 002	1 383	1 188	922	973	1 384
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	442	156	188	222	236	146	170	247

Verkehr
Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2016	2017		2018			2019		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 820	1 835	1 789	1 524	1 516	1 718	1 744	1 532	1 391
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 266	1 234	1 019	982	897	1 123	1 066	910	914
* Getötete Personen	Anzahl	13	15	13	14	5	10	14	9	23
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	9	8	4	3	8	4	13
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	-	-	-	1	-	-	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	-	-	1	1	1	3
Fußgänger	Anzahl	2	2	2	6	-	5	4	4	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 638	1 594	1 372	1 270	1 187	1 464	1 430	1 187	1 197

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwere Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensfälle unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	222	190	177	201	244	181	211
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	147	114	109	116	147	108	117
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	74	83	13	22	21	29	20	11	33
Radfahrer	Anzahl	48	44	22	17	17	21	18	13	23
Fußgänger	Anzahl	30	29	34	34	23	29	48	36	24

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 081	13 420	12 358	11 973	16 871	10 960	12 295	12 615	16 920
darunter										
Krafträder	Anzahl	622	696	262	388	1 256	166	258	623	1 446
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 959	11 174	10 634	10 324	13 958	9 199	10 539	10 538	13 555
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 036	1 090	1 107	963	1 215	1 115	1 094	1 059	1 302
Zugmaschinen	Anzahl	373	357	276	248	365	333	327	332	520

Personenbeförderung

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	70 419	67 851	69 098	73 192	70 901	69 858	66 784	63 859	60 704
Personenkilometer ³	Mill.	717	746	740	734	760	752	748	724	677

Binnenschifffahrt

	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gütereingang	1 000 t	1 024	943	986	947	1 042	489	986	1 164	1 050
* Güterversand	1 000 t	776	776	735	639	846	452	580	786	777

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 569	4 198	4 892	4 835	4 564	3 872	4 703	4 704
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	319	262	292	328	318	257	332	320
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 199	3 892	4 527	4 443	4 157	3 523	4 228	4 239

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2016	2017			2018				2019	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	25	22	22	24	26	19	21	20
* Halbwaren	Mill. EUR	144	150	143	157	168	134	120	162	154
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 821	4 024	3 728	4 348	4 251	3 996	3 384	4 045	4 065
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	951	1 025	877	1 140	1 016	959	800	1 166	1 075
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 871	2 999	2 851	3 208	3 235	3 037	2 584	2 879	2 990
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 065	3 196	2 958	3 452	3 554	3 153	2 522	3 203	3 282
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 749	2 855	2 686	3 109	3 200	2 850	2 280	2 884	2 961
Belgien	Mill. EUR	198	204	191	221	206	205	185	249	235
Luxemburg	Mill. EUR	54	53	49	49	51	54	44	47	48
Dänemark	Mill. EUR	45	51	42	54	47	50	41	50	54
Finnland	Mill. EUR	30	35	27	30	39	32	26	30	33
Frankreich	Mill. EUR	446	440	359	498	470	477	376	456	489
Griechenland	Mill. EUR	29	33	18	32	32	36	30	38	42
Großbritannien	Mill. EUR	302	295	280	285	275	292	249	302	357
Irland	Mill. EUR	19	77	267	233	370	40	15	29	43
Italien	Mill. EUR	265	272	219	271	304	285	189	282	270
Niederlande	Mill. EUR	314	327	323	321	339	306	275	310	284
Österreich	Mill. EUR	165	171	155	184	174	188	142	172	183
Schweden	Mill. EUR	79	84	68	86	86	88	69	85	83
Spanien	Mill. EUR	216	225	204	248	227	225	180	255	229
Portugal	Mill. EUR	41	42	34	48	38	32	24	37	30
* Afrika	Mill. EUR	117	113	106	109	96	138	135	104	108
* Amerika	Mill. EUR	551	579	541	628	552	580	587	621	566
darunter nach USA	Mill. EUR	380	399	394	443	372	407	422	444	384
* Asien	Mill. EUR	596	630	549	648	588	632	597	733	708
darunter nach China	Mill. EUR	142	164	144	197	169	203	207	243	243
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	39	52	44	54	45	60	32	42	41

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 877	3 362	3 525	3 805	3 566	3 403	3 062	3 676	3 338
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	240	270	291	298	258	273	236	265	260
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 483	2 927	3 059	3 307	3 124	2 872	2 564	3 056	2 723
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	36	37	29	37	37	40	31	39	37
* Halbwaren	Mill. EUR	217	290	322	409	288	261	274	266	274
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 230	2 600	2 707	2 862	2 799	2 571	2 259	2 751	2 412

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einheit	2016	2017		2018				2019		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	517	703	874	832	959	593	484	628	636
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 714	1 898	1 833	2 029	1 840	1 978	1 775	2 123	1 776
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 155	2 494	2 768	2 838	2 674	2 549	2 331	2 663	2 490
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 964	2 268	2 566	2 582	2 462	2 278	2 134	2 441	2 247
Belgien	Mill. EUR	253	291	270	292	278	261	251	256	246
Luxemburg	Mill. EUR	52	53	47	48	50	51	43	55	50
Dänemark	Mill. EUR	21	30	69	16	28	22	19	20	20
Finnland	Mill. EUR	12	15	14	15	18	12	13	14	12
Frankreich	Mill. EUR	242	276	325	276	314	336	280	306	326
Griechenland	Mill. EUR	8	8	7	9	8	16	17	10	9
Großbritannien	Mill. EUR	100	118	112	115	124	140	119	133	119
Irland	Mill. EUR	137	107	216	163	130	92	52	102	89
Italien	Mill. EUR	175	216	377	301	433	231	178	214	250
Niederlande	Mill. EUR	299	325	319	440	323	331	325	331	343
Österreich	Mill. EUR	118	107	114	115	113	120	123	109	114
Schweden	Mill. EUR	52	68	66	74	52	45	38	42	44
Spanien	Mill. EUR	129	215	228	270	135	142	277	396	144
Portugal	Mill. EUR	18	21	16	21	21	20	17	21	18
* Afrika	Mill. EUR	47	53	50	55	49	45	57	55	50
* Amerika	Mill. EUR	254	274	228	389	270	308	260	359	292
darunter aus USA	Mill. EUR	198	217	179	318	224	250	221	289	241
* Asien	Mill. EUR	415	528	467	513	563	489	405	587	494
darunter aus China	Mill. EUR	183	214	200	267	229	236	223	281	224
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	3	6	6	7	3	6	5

Gewerbeanzeigen³

Einheit	2017	2018				2019				
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 638	2 664	3 315	2 674	2 956	2 059	3 502	2 633	2 808
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	442	461	514	511	517	413	621	433	475
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 732	1 725	2 142	1 707	1 870	1 200	2 247	1 755	1 891
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 678	2 671	3 533	2 660	2 910	3 214	3 651	2 407	2 627
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	385	394	587	383	416	447	597	392	392
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 815	1 791	2 220	1 766	1 985	2 301	2 387	1 551	1 747

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Insgesamt	Anzahl	451	404	427	400	451	390	387	382	371
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	60	62	65	69	61	71	59	60
* Verbraucher	Anzahl	267	238	262	237	261	240	208	220	216
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	104	88	88	83	99	75	91	86	83
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	18	15	15	22	14	17	17	12
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	55	59	52	66	63	58	61	45	78

Handwerk²

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,1	99,5	100,8	99,2	98,8	98,9	101,2	99,7	99,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	110,6	115,0	113,9	123,7	95,7	115,3	118,9	130,2	103,4

Preise

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	101,7	103,4	102,5	102,7	103,4	103,4	103,7	104,7	104,9
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	101,4	102,8	102,4	102,4	102,6	103,9	104,1	104,3	104,4

Verdienste⁷

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 999	4 118	3 688	3 703	3 694	3 748	3 782	3 823	...
* Frauen	EUR	3 483	3 593	3 254	3 257	3 279	3 302	3 352	3 379	...
* Männer	EUR	4 215	4 331	3 870	3 891	3 864	3 930	3 957	4 004	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 557	7 818	6 782	6 750	6 773	6 859	6 946	6 937	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 610	4 778	4 291	4 297	4 330	4 374	4 431	4 472	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 439	3 556	3 188	3 220	3 210	3 263	3 291	3 329	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 773	2 913	2 593	2 614	2 634	2 720	2 719	2 754	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 307	2 422	2 196	2 196	2 199	2 262	2 290	2 337	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 336	4 482	3 901	3 933	3 877	3 979	3 977	4 025	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 910	3 959	3 603	3 663	3 544	3 604	3 643	3 716	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 512	4 666	4 005	4 062	4 016	4 109	4 087	4 155	...
* Energieversorgung	EUR	5 296	5 585	4 729	4 742	4 739	4 790	4 912	4 935	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 411	3 481	3 200	3 231	3 193	3 235	3 295	3 261	...
* Baugewerbe	EUR	3 465	3 609	3 342	3 285	3 199	3 353	3 429	3 410	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 800	3 896	3 563	3 569	3 585	3 608	3 664	3 699	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 621	3 716	3 320	3 363	3 390	3 397	3 421	3 456	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 017	2 972	2 833	2 875	2 745	2 807	2 810	2 862	...
* Gastgewerbe	EUR	2 367	2 321	2 229	2 303	2 247	2 248	2 242	2 225	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 175	5 610	4 780	4 806	4 982	5 097	5 185	5 276	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 272	5 252	4 450	4 437	4 440	4 365	4 555	4 481	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	4 258	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796	3 825	3 846	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 008	5 126	4 431	4 390	4 559	4 544	4 526	4 609	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 539	2 685	2 405	2 434	(2 498)	2 559	(2 592)	(2 650)	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 832	3 920	3 782	3 724	3 742	3 742	3 826	3 861	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 212	4 422	4 187	4 103	4 270	4 259	4 318	4 308	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 916	4 024	3 697	3 728	3 669	3 723	3 845	3 863	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 842	3 862	3 495	3 553	3 553	3 576	3 590	3 705	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 486	3 571	3 274	3 293	3 280	3 335	3 361	3 438	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	120 539	120 115	120 624	121 502	122 740	122 902	124 560	125 627
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 125	10 093	10 016	9 838	9 889	9 879	9 991	10 156

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsraumes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2016	2017		2018				2019
	Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 874	10 674	10 314	10 538	10 351	10 101	10 069	10 050	10 222
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	102 905	99 740	99 708	100 070	101 313	102 750	102 954	104 519	105 249
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	119 667	115 837	115 731	115 942	116 794	118 030	117 838	118 640	119 354
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 875	106 329	106 469	106 932	107 879	109 291	110 308	111 156	111 675
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 799	9 508	9 262	9 010	8 915	8 739	7 530	7 484	7 679
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 624	4 702	4 384	4 682	4 708	4 710	5 064	5 920	6 273

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Sichteinlagen	Mill. EUR	65 568	69 255	69 770	72 685	71 010	72 760	74 439	77 175	76 285
Termineinlagen	Mill. EUR	20 740	15 921	15 150	15 787	15 775	16 026	15 884	15 506	15 575
Sparbriefe	Mill. EUR	3 658	2 923	2 854	2 764	2 683	2 624	2 542	2 460	2 395
Spareinlagen	Mill. EUR	27 311	26 275	26 229	26 200	26 073	26 031	25 917	26 149	26 201
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	115 318	112 722	112 357	115 797	113 762	115 708	117 024	119 422	118 587
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	112 677	110 134	109 808	112 770	110 928	112 475	113 973	116 071	115 620
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 640	2 588	2 549	3 027	2 834	3 233	3 051	3 351	2 967
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 960	1 652	1 646	1 639	1 779	1 733	1 758	1 868	1 869

Steuern

Einheit	2017	2018			2019			
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 415	4 573	4 692	4 713	3 812	3 677	5 084	4 707	4 110
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 340	1 374	1 125	1 859	797	897	1 381	1 759	897
Lohnsteuer	Mill. EUR	888	951	1 257	645	695	781	1 300	689	726
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	172	185	574	-	-	-	584	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	189	207	38	636	19	22	13	731	69
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	102	101	28	43	30	61	13	26	55

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2017	2018				2019				
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April		
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	25	26	68	3	5	21	38	3	5
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	20	58	-	-	-	34	0	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	136	89	-268	533	47	13	18	309	42
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-31	-298	-	-	-	17	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 075	3 199	3 568	2 854	3 015	2 781	3 703	2 948	3 214
Umsatzsteuer	Mill. EUR	558	552	748	437	526	576	686	441	487
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 517	2 647	2 820	2 417	2 489	2 204	3 016	2 508	2 726
Zölle	Mill. EUR	220	226	249	212	213	189	274	237	213
Bundessteuern	Mill. EUR	88	89	52	131	71	47	53	120	72
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	30	31	12	36	32	4	16	31	31
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	58	40	94	39	43	36	89	41
Landessteuern	Mill. EUR	83	87	76	100	82	85	92	93	89
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	21	24	18	31	21	20	29	19	21
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	44	40	41	46	45	47	47	53
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	15	14	18	11	18	13	18	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	8	2	1	2	8	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	2	2	2	2

Einheit	2017	2018	2017		2018				2019	
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	718	789	706	723	794	876	773	712	738
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	5	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	140	142	155	130	134	143	163	130	136
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	549	615	518	566	630	700	576	554	574
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	24	26	27	23	25	28	28	24	23

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

**Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Mill. EUR	1 119	1 206	1 080	1 509	783	1 323	1 159	1 559	748	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	449	504	416	393	605	587	448	374	551
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	438	454	415	832	14	489	438	875	32
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	62	75	61	127	-0	71	75	152	1

Einheit	2017	2018			2019			
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April

Mill. EUR	1 066	1 064	979	984	805	902	1 085	1 371	811	
Landessteuern	Mill. EUR	83	87	76	100	82	85	92	93	89
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	520	529	399	767	276	385	525	700	317
Lohnsteuer	Mill. EUR	313	336	474	211	232	332	486	224	240
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	80	88	16	270	8	9	6	311	29
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	47	48	13	17	10	29	9	9	24
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	11	12	30	1	2	9	17	1	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	68	44	-134	266	24	7	9	155	21
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	436	418	498	108	376	434	455	577	356
Umsatzsteuer	Mill. EUR	329	296	420	-40	295	323	385	408	273
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	107	121	79	148	81	111	70	169	83
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	7	8	1	3	19	-1	3	0	15
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	1	6	-0	1	0	-1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	15	16	3	6	38	-2	7	0	29
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	1	1	8	-0	1	0	6
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 114	2 216	2 189	2 331	1 866	1 714	2 363	2 275	1 981
Bundessteuern	Mill. EUR	88	89	52	131	71	47	53	120	72
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	586	598	460	833	344	386	589	772	388
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 521	1 675	1 365	1 432	1 282	1 718	1 383	1 507
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	7	8	1	3	19	-1	3	0	15

Neuerscheinungen im Mai 2019

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2018 (vorläufiges Ergebnis)

Kennziffer: A1013 201842

Gerichtliche Ehelösungen und Aufhebungen von Lebenspartnerschaften 2018

Kennziffer: A2023 201800

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2018 (vorläufiges Ergebnis)

Kennziffer: A6013 201800

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Hochschulfinanzen 2017

Kennziffer: B3073 201700

Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz 2018

Kennziffer: B3083 201800

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im April 2019

Kennziffer: C2013 201901

Weinmosternte 2018

Kennziffer: C2053 201800

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung 2018

Kennziffer: C3053 201844

Weinerzeugung 2018

Kennziffer: C4043 201800

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Februar 2019

Kennziffer: D1023 201902

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im März 2019 – Ergebnisse

des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201903

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2018

Kennziffer: E1053 201800

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im März 2019

Kennziffer: E1113 201903

Bauhauptgewerbe im Februar 2019 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 201902

Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Februar 2019

Kennziffer: E4023 201902

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im März 2019

Kennziffer: F2033 201903

Baufertigstellungen 2018

Kennziffer: F2053 201800

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Februar 2019

Kennziffer: G1023 201902

Aus- und Einfuhr im März 2019

Kennziffer: G3023 201903

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im März 2019

Kennziffer: G4023 201903

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2018

Kennziffer: H1013 201800

Straßenverkehrsunfälle im Februar 2019

Kennziffer: H1023 201902

Binnenschifffahrt im Januar 2019
Kennziffer: H2023 201901

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2018 – Empfängerinnen und Empfänger von
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
im Dezember 2018
Kennziffer: K1063 201800

Umwelt

Waren, Bau- und Dienstleistungen für
den Umweltschutz 2017
Kennziffer: Q3023 201700

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Februar 2019
Kennziffer: Z1013 201902

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Mai 2019
Kennziffer: Z2201 201905

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen –
Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: Mai 2019
Kennziffer: A5034E201900

Europawahl am 26. Mai 2019 –
Teil 1: Analyse der Wahlergebnisse
in der Wahlnacht
(Statistische Analyse N° 50)
Kennziffer: Z2108 201901

Faltblatt: Tourismus 2019

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Iris Stadler
Motiv: Burg Trifels

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte